F 57 S 91
Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 1. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl. Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien. Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm; ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Braun: Neubau der Hauptfeuerwache Floridsdorf keinesfalls abgeschmettert (216/FS: 30.1.)

Straßenbenennungen in der Donaustadt (217/FS: 31.1.)

Umfrage zur Schneeräumung (218/219/FS: 31.1.)

Wissenswertes über Selbstschutz unter 15 25 (220/FS: 1.2.)

Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 12. Februar (221)

Säuglingssterblichkeit: Wien jetzt unter Österreich-Schnitt (222)

Himmelhofwiese täglich ab 10 Uhr in Betrieb (223)

Wiener ÖVP kündigt weitere „Demokratieoffensive" an (224)

Flächenschneeräumung in den kommenden Tagen (nur FS/30.1., 2.2.)

Panne bei Oldtimerfahrt der Tramway (nur FS/31.1.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Braun: Neubau der Hauptfeuerwache Floridsdorf keinesfalls abgeschmettert

Bereits am 30. Jänner 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 30.1. (RK-LOKAL) „Trocken abgeschmettert habe ich höchstens den Antrag der ÖVP als solchen, aber natürlich nicht das Projekt des Neubaus der Hauptfeuerwache Floridsdorf. Es stimmt allerdings, daß derzeit dafür keine Mittel vorhanden sind. Die erforderlichen Vorarbeiten inklusive Planungsstudie wurden aber bereits getätigt." Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag zu einer Aussendung des ÖVP-Pressedienstes. Braun wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es selbstverständlich dank der Anstrengungen der Feuerwehr keine Probleme bei den Einsatzmöglichkeiten gibt, der Neubau der Hauptfeuerwache Floridsdorf aber notwendig ist, um die Versorgung des linksufrigen Stadtgebiets mit Feuerwehrkräften noch zu verstärken. Selbstverständlich, so Braun gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ", wird er auch weiterhin alles daransetzen, Budgetmittel für den Neubau dieser Hauptfeuerwache zu erhalten. (Schluß) hrs/rr

Straßenbenennungen in der Donaustadt

Bereits am 31. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 31.1. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß drei Straßenbenennungen im 22. Bezirk nach Ivan CANKAR, Dr. Karl PEUCKER und Dr. Hermann SCHLETTER.

Die Verkehrsfläche zwischen der Niklas-Eslarn-Straße und der Wolfgang-Mühlwanger-Straße bei der Seiseneggergasse wird nach dem slowenischen Literaten Ivan Cankar in „Cankarstraße" benannt. Ivan Cankar (1876-1918) hat 13 Jahre in Wien gelebt.

Die Verkehrsfläche zwischen der Niklas-Eslarn-Straße und der Wolfgang-Mühlwanger-Straße bei der Kupetzkygasse wird nach dem Geographen und Begründer der Lehre von der Raumwirkung der Farben Dr. Karl Peucker (1859-1940) in „Peuckerstraße" benannt.

Die Verkehrsfläche zwischen der Eipeldauer Straße und der Finsterergasse wird nach dem Arzt Dr. Hermann Schletter in „Schlettergasse" benannt. Dr. Schletter (1897-1965) hat sich in selbstloser Weise als praktischer Arzt um die medizinische Betreuung der Kagraner Bevölkerung verdient gemacht und vor allem in der Nachkriegszeit dazu beigetragen, die Lebensbedingungen der Menschen im medizinischen und sozialen Bereich zu verbessern. (Schluß) gab/bs

Umfrage zur Schneeräumung

**Breite Zustimmung zum Salzstreuverbot
bei kritischer Einstellung zur Schneeräumung**

Bereits am 31. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 31.1. (RK-LOKAL) Die Schneesituation der vergangenen Tage ist für zwei Drittel der Wiener ein Zustand, mit dem man hin und wieder rechnen muß, für knapp ein Drittel eine Situation, die sie wirklich tief verärgert. 51 Prozent hatten ernsthafte Probleme durch die Straßenverhältnisse, 49 Prozent nicht. Breite Zustimmung gibt es erfreulicherweise zum Salzstreuverbot. Das sind die Ergebnisse einer IFES-Telefonumfrage, die jetzt durchgeführt wurde. „Ich habe in den letzten Tagen natürlich sehr viele Anrufe und Briefe zur Schneeräumung bekommen. Um ein repräsentatives Bild von der Einstellung der Wienerinnen und Wiener zu bekommen, habe ich daraufhin vom IFES eine telefonische Blitzumfrage unter 300 Bewohnern unserer Stadt durchführen lassen. Diese Umfrage zeigt, daß es kritische Punkte gibt, ein Großteil der Befragten aber auch sieht, daß die Schneesituation der letzten Zeit etwas ist, mit dem man hin und wieder rechnen muß. Bemerkenswert ist auch das Ergebnis der Frage nach der Art der Schneeräumung: genau 47 Prozent sprechen sich dafür aus, mit möglichst geringem Kostenaufwand nur die Hauptstraßen freizumachen, und ebenfalls genau 47 Prozent wollen ohne Rücksicht auf die Kosten auch die Nebenstraßen freigemacht wissen". Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN am Samstag dazu gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ".

Die gestellten Fragen und die gegebenen Antworten im einzelnen:

1) In den vergangenen Tagen ist auch in Wien sehr viel Schnee gefallen, ergibt das eine Situation, die Sie wirklich tief verärgert oder ist das für Sie ein Zustand, mit dem man im Winter eben hin und wieder rechnen muß?

67 Prozent „damit muß man hin und wieder rechnen",
31 Prozent „tief verärgert"

2) Hatten Sie persönlich in den letzten Tagen wirklich ernsthafte Probleme, die durch die Straßenverhältnisse in Wien verursacht wurden?

51 Prozent ja, 49 Prozent nein

3) Waren die Gehsteige insgesamt so gut geräumt, daß Sie ohne größere Probleme und Gefährdung gehen konnten?

33 Prozent ja, 63 Prozent nein

4) Bis jetzt hat die Schneeräumung in Wien Kosten von 330 Millionen Schilling verursacht. Meinen Sie, daß man unbedingt noch mehr Geld hätte aufwenden müssen, damit der Schnee schneller und auch in den Nebenstraßen weggeräumt wird, oder wird das Notwendige zur Aufrechterhaltung des Verkehrs ohnehin getan?

33 Prozent für mehr Geldaufwand, 39 Prozent das Notwendige wird ohnehin getan, 25 Prozent nein

5) Ist es Ihrer Meinung nach überhaupt sinnvoll, ohne Rücksicht auf die Kosten auch die Nebenstraßen freizumachen oder ist es vernünftiger, mit möglichst geringen Kosten in erster Linie die Hauptstraßen zu räumen?

47 Prozent alle Straßen freimachen, 47 Prozent nur die Hauptstraßen.

Forts. auf Blatt 219

Forts. von Blatt 218

6) In Wien gibt es etwa 2.700 Straßenkilometer — das entspricht viermal der Strecke Wien-Bregenz. Wenn man das bedenkt, hat dann die Wiener Stadtverwaltung die Schneeräumung

sehr gut organisiert? — 4 Prozent
recht gut organisiert? — 32 Prozent
nicht sehr gut organisiert — 46 Prozent
sehr schlecht organisiert — 16 Prozent

7) Umweltschützer fordern, daß die Salzstreuung zur Freimachung der Straßen möglichst vermieden werden soll. Halten Sie es für besser, auf die Salzstreuung möglichst zu verzichten oder sollte doch wie früher mehr Salz gestreut werden?

78 Prozent möglichst verzichten, 17 Prozent mehr Salz streuen

8) Hatte das Verhalten der Autofahrer insgesamt Ihrer Meinung nach die Situation ...

... wesentlich verschlechtert — 29 Prozent
... etwas verschlechtert — 40 Prozent
... eigentlich keinen Einfluß — 27 Prozent

9) Hat die Polizei richtig reagiert oder hätte sie stärker eingreifen müssen?

57 Prozent sagen: hat richtig reagiert
25 Prozent sagen: hätte stärker eingreifen müssen.

(Schluß) hrs/rr

Wissenswertes über Selbstschutz unter 15 25

Tonbanddienst der Stadtinformation

Bereits am 1. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Selbstschutz ist keine „Modeerscheinung", sondern kann plötzlich und unerwartet entscheidend sein für Leben, Gesundheit und Schutz des Eigentums. Die Stadt Wien bietet daher im Rahmen eines Piloprojektes eine Reihe von Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten an. Eine ausführliche Übersicht über Veranstaltungsorte und -zeiten gibt der Telefondienst der Stadtinformation unter der Nummer 15 25, der rund um die Uhr erreichbar ist. Anmeldungen für die Teilnahme an Selbstschutz-Kursen nimmt die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89 entgegen. (Schluß) and/gg

Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 12. Februar

Im Rathaus, Schmidthalle

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Die nächste zentrale Selbstschutz-Beratung findet am Donnerstag, dem 12. Februar, und damit — wegen der Semesterferien-Woche — ausnahmsweise nicht am ersten Donnerstag im Monat statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten in der Schmidt-Halle des Rathauses Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation. Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial bieten außerdem die Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr, geöffnet.

Auf dem laufenden bleiben

Wer sicher sein möchte, stets über alle aktuellen Informationen zu verfügen und Wissenswertes über entsprechende Veranstaltungen der Stadt Wien und der Volkshochschulen zu erfahren, kann seine Adresse und seine speziellen Interessen zu diesem Thema elektronisch speichern lassen. Die Stadtinformation (Telefon 43 89 89, Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr, außerhalb dieser Zeit Anrufbeantworter) und alle Bürgerdienst-Außenstellen nehmen solche Bestellungen entgegen. Entsprechende Postkarten liegen dort und auch in allen Volkshochschulen auf.

Selbstschutz-Kurse in vier „Häusern der Begegnung"

Am 13., 16., 20. und 23. Februar beginnen in vier Volkshochschulen beziehungsweise Häusern der Begegnung (22., 19., 10. und 15. Bezirk) kostenlose Kurse zum Thema „Selbstschutz". Anmeldungen dafür nehmen die Stadtinformation (43 89 89) und alle Wiener Volkshochschulen entgegen. (Schluß) and/rr

Säuglingssterblichkeit: Wien jetzt unter österreich-Schnitt

Stacher: Umfangreiches Wiener Baby-Schutzprogramm

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Die Säuglingssterblichkeit in Wien ist im vergangenen Jahr erstmals unter den österreichischen Durchschnitt gesunken. Das gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekannt. In Wien beträgt die Säuglingssterblichkeit nur mehr 10,1 Promille, während sie österreichweit derzeit bei 10,3 Promille liegt. Am höchsten war 1986 die Säuglingssterblichkeit in Oberösterreich mit 12,1 Promille, am niedrigsten in Salzburg (8,5 Promille). Der Wiener Gesundheitsstadtrat verwies in diesem Zusammenhang auf das umfangreiche Maßnahmenpaket, das die Stadt Wien anbietet, um auch „Problemkinder" zu gesunden Menschen zu machen. Das Risikokinderprogramm gehört ebenso dazu wie eine ständige Verbesserung der Betreuung gefährdeter Neugeborener, die Aufklärung von Müttern über Gefahren in der Schwangerschaft und die sorgfältige Analyse jedes einzelnen Falls, in dem ein Neugeborenes stirbt.

Gesundheitsstadtrat Alois Stacher hat bereits vor Jahren eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um dem Problem der Säuglingssterblichkeit Herr zu werden. Dazu gehört beispielsweise das sogenannte „Ottakringer Modell" zur Betreuung von Risikoschwangerschaften. Dabei werden alle Risikobabys erfaßt, die im Wilhelminenspital geboren werden sollen. Es gibt eine eigene Spezialambulanz, und von hier aus werden auch ständig die Mütter durch eine ambulante Hebamme oder Schwester betreut. Stoffwechselstörungen und die Neigung zur Frühgeburt werden intensiv überwacht. In ähnlicher Weise ist die „Familienhebamme" in Favoriten tätig, und es gibt auch eigene Spezialambulanzen zur entwicklungsneurologischen Kontrolle. Pro Jahr werden tausend Kinder durch das sogenannte „Risikokinderprogramm" erfaßt, wobei die Hauptschwierigkeit darin liegt, die Mütter gefährdeter Kinder zur verstärkten medizinischen Betreuung der Kleinen zu motivieren. Nicht zuletzt bringen neue Erkenntnisse und Möglichkeiten der Medizin auch ständig steigende Überlebens-Chancen für gefährdete Neugeborene. (Schluß) and/gg

Himmelhofwiese täglich ab 10 Uhr in Betrieb

Wien, 2.2. (RK-LOKAL) In den Semesterferien ist die Himmelhofwiese täglich bereits ab 10 Uhr in Betrieb. Die Schneeverhältnisse sind hier und auf der Hohen-Wand-Wiese derzeit ideal (Liftbetrieb in Mauerbach täglich von 10 bis 22 Uhr). (Schluß) hof/gg

Wiener ÖVP kündigt weitere „Demokratieoffensive" an

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Manfried WELAN (ÖVP) forderte Montag in einem Pressegespräch den weiteren Ausbau der direkten Demokratie in Wien. Dies soll vor allem durch eine Reduktion der Zahl der Einleitungsunterschriften für Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Volksbegehren erfolgen, die schon auf Antrag von 10.000 Bürgern oder auf Verlangen von bereits 25 Gemeinderäten möglich sein sollten.

Wenn zu Beginn des nächsten Jahres die Dezentralisierung in Kraft treten wird, solle gleichzeitig eine Erweiterung der Bürgerrechte erfolgen, forderte Welan. Beispielsweise sollten Bürgerantragsrechte eingeräumt sowie ein unabhängiger Bürgeranwalt und ein unabhängiger Umweltschutzanwalt ernannt werden.

Weiters forderte Welan eine Aufwertung der Möglichkeiten und Rechte der Opposition, da der Opposition die wichtige Rolle der Kontrollfunktion zukomme.

Kauer fordert Maßnahmen gegen NDP-Aktivitäten

Scharfe Maßnahmen gegen neonazistische Umtriebe forderte GR. Mag. Rober KAUER (ÖVP). In einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 29. November 1985 wurde darauf verwiesen, daß jedes Staatsorgan die Pflicht habe, neonazistischen Umtrieben entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang haber er — Kauer — schon wiederholt Bürgermeister Dr. Helmut ZILK aufgefordert, gegen die Vorgänge im „N.D.P.-Haus" im 3. Bezirk, Landstraßer Gürtel, einzuschreiten. Bis jetzt sei jedoch nichts geschehen, kritisierte Kauer. (Schluß) lei/bs

Chef vom Dienst:
42 300/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl. Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Dienstag, 3. Februar 1987 **Blatt 225**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Neue Donau: Täglich Pferdeschlittenfahrt während der Semesterferien (226/nur FS: 2.2.)

Neue Naturwächter angelobt (227)

Gaspreis bleibt um 15 Prozent verbilligt (229)

Braun: Wien weit von Smog-Alarm entfernt (230)

Braun: Wien schwindelt sich nicht um Smog-Warnung herum (231)

Fußgänger lief in die Straßenbahn (nur FS/2.2.)

Kultur:

Ausstellung „Die schöne Leich“ im Bezirksmuseum Simmering (228)

Neue Donau: Täglich Pferdeschlittenfahrt während Semesterferien

Bereits am 2. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 2.2. (RK-LOKAL) Die Pferdeschlittenfahrt am linken Ufer der Neuen Donau, bei der Reichsbrücke, sind bei den Kindern so gut angekommen, daß sie nun während der Semesterferien täglich durchgeführt werden: Ab morgen Dienstag gibt es bis einschließlich Sonntag jeweils von 11 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit Pferdeschlittenfahrten (ausreichende Schneelage vorausgesetzt). Die Fahrten sind für Kinder kostenlos, Erwachsene zahlen pro Fahrt 40 Schilling. (Schluß) hrs/bs

Neue Naturwächter angelobt

Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Fünf neue Naturwächter wurden Montag abend von Umweltstadtrat Helmut BRAUN angelobt. Die Männer, die entsprechende Prüfungen abgelegt haben, sind dem Naturschutzgesetz entsprechend im Interesse der Natur tätig. (Schluß) hrs/bs

Ausstellung „Die schöne Leich" im Bezirksmuseum Simmering

Wien, 3.2. (RK-KULTUR) Die 205. Wechselausstellung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek „Die schöne Leich" wird bis Ende April 1987 nun auch im Bezirksmuseum Simmering gezeigt.

Die Ausstellung erwies sich schon bei ihrer Erstpräsentation zur Jahreswende 1985/86 im Wiener Rathaus als ausgesprochener Publikumsmagnet und zog in der Folge auch im Josefstädter und Landstraßer Bezirksmuseum eine große Zahl interessierter Besucher an. „Die schöne Leich" gibt einen historischen und kulturgeschichtlichen Überblick über Tod, Begräbnis und Totengedenken in Wien und versucht unter verschiedenen Aspekten das Sterben — wenn man es so sagen will — auch als Bestandteil des Wiener Lebens zu zeigen. (Schluß) gab/rr

Gaspreis bleibt um 15 Prozent verbilligt

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL kündigte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters an, daß die mit 30. April 1987 befristet gewesene Senkung des Gastarifes (vom 1. Oktober 1986 um rund 15 Prozent) aufgrund der gegebenen Situation bis 31. Dezember 1987 verlängert werden kann. Hatzl verwies darauf, daß die Stadtwerke bei der Tarifgestaltung wegen der starken Schwankungen der Energiepreise am Weltmarkt sehr flexibel handeln müssen. Deswegen ist auch die Befristung notwendig. Schwankungen wirken sich für die Stadtwerke aufgrund ihrer Lieferverträge mit einer drei- bis sechsmonatigen Verzögerung aus.

Stadtrat Hatzl stellte in Zusammenhang mit der Wiener Strompreissenkung fest, daß schon sieben vergleichbare Landes- und Stadtgesellschaften in Österreich, darunter die oberösterreichische, die steirische und die Salzburger Gesellschaft, die über viel billigere Wasserkraft verfügen, aber auch Niederösterreich, teurere Strompreise als Wien haben. Vor wenigen Jahren war Wien noch an der Spitze gelegen, hat aber, trotz hoher Investitionen für den Umweltschutz, durch eigene Anstrengung — so wurden Verteuerungen des Verbundstromes im Gegensatz zu anderen Ländern nicht weitergegeben — diesen günstigen Tarif erreicht.

Bekanntlich wird der Wiener Stromtarif mit 1. Februar um sechs Groschen auf 131,4 Groschen pro Kilowattstunde (Arbeitspreis für Haushalte, ohne Mehrwertsteuer) gesenkt. Diese Senkung wurde durch eine im Rahmen des Rechnungsabschlusses der Wiener Stadtwerke durchgeführte Neubewertung der Ölvorräte ermöglicht. (Schluß) roh/gg

Braun: Wien weit vom Smog-Alarm entfernt

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Einen Überblick über die Wiener Luftsituation von Mitte November 1986 bis heute gab Umweltstadtrat Helmut BRAUN am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Demnach hat es im bisherigen Winter in Wien meistens sehr gute Luftqualität gegeben. Im Jänner 1987 gab es sogar mehrere Tage mit einem Tagesmittelwert von 0,01 mg SO_2/m^3. Lediglich im Zeitraum vom 15. bis 19. Jänner traten erhöhte Immissionskonzentrationen auf. So wurde am 15. ein Tagesmittelwert von 0,34 mg SO_2/m^3 gemessen, es bestand aber dennoch kein Grund, durch Auslösen eines Smog-Alarms massiv in die Lebensgewohnheiten der Wiener einzugreifen.

Heute, Dienstag, vormittag wurde ein durchschnittlicher Halbstundenmittelwert von 0,16 mg SO_2/m^3 gemessen. Der Grenzwert für Smog-Alarm liegt in Wien bei 0,4 mg.

Braun betonte, daß dieser Grenzwert weit unter dem deutschen Grenzwert liege. Außerdem ist Wien mit den 16 Meßstellen das Bundesland mit dem besten flächendeckenden Meßnetz. Selbstverständlich werden bei Auslösung der diversen Smog-Alarmstufen jeweils entsprechende Maßnahmen für die Bevölkerung gesetzt. Außerdem werden regelmäßige Veröffentlichungen über die Wiener Luftsituation vorgenommen. Braun hob hervor, daß sich aufgrund der bisher erhobenen Meßwerte herausgestellt habe, wie wichtig die Sanierung der Filteranlagen von Flötzersteig und Spittelau gewesen sei.

Fortsetzung des Müllkonzepts

Die getrennte Müllsammlung, die 1986 im 19., 20. und 10. Bezirk eingeführt wurde, wird heuer in den Bezirken 21, 2 und 22 weitergeführt. Im Jahr 1989 soll bei der getrennten Müllsammlung ein flächendeckendes Netz für ganz Wien vorhanden sein. Im 1. Bezirk wird ebenfalls heuer eine mobile Problemstoff-Sammelstelle eingerichtet, und es bestehen Pläne, eine Altpapierverwertung in Zusammenarbeit mit Firmen durchzuführen. (Schluß) du/gg

Braun: Wien schwindelt sich nicht um Smog-Warnung herum

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) „Entgegen der Aussendung von Gemeinderat Dr. Hawlik (ÖVP), Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Bürgerdienst, besteht weder die Absicht noch die Notwendigkeit sich um eine Smog-Warnung in Wien herumzuschwindeln", betonte Dienstag der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ". Braun stellte ausdrücklich fest, daß es nicht richtig sei, daß im Wiener Luftmeßnetz nur Schwefeldioxid gemessen wird. Es werden gleichzeitig Staub, bereits an drei Stellen Stickoxide und an zwei Stellen Ozon kontinuierlich gemessen. Braun: „Herr Gemeinderat Dr. Hawlik ist auch in Besitz des Umweltberichtes Luft 1986, der im Dezember vergangenen Jahres dem Gemeinderat vorgelegt wurde und in dem ausführlich über die Bestückung des Wiener Luftmeßnetzes berichtet wird. Auch im zitierten Kurier-Artikel steht kein Wort davon, daß nur SO_2 gemessen wird. Weiters müßte gerade ein Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Bürgerdienst wissen, daß der Leiter der Umweltschutzabteilung nicht Dipl.-Ing. Löffler, sondern Senatsrat Mag. J. Schorsch ist.

Was die Smogauslösung bei 0,2 mg SO_2 betrifft, wurde von einer Kommission der Akademie der Wissenschaften seinerzeit wohl ein derartiger Vorschlag gemacht, aber nach Diskussionen in Fachkreisen wieder zurückgezogen. Dieser niedrige Smog-Auslösegrenzwert sollte dazu dienen, Umweltschutzanstalten zur gleichzeitigen Messung von Staub **und** SO_2 zu zwingen — in Wien ist dies bereits seit Ende der 60er Jahre der Fall.

Im aktuellen Vorschlag der Akademie der Wissenschaften wird die Auslösung der Smogalarm-Warnstufe I bei einem Dreistundenmittelwert von 0,6 mg SO_2/m^3 vorgeschlagen. Die Stadt Wien hingegen hat aufgrund einer wissenschaftlichen Arbeit von Prof. Neuberger des Hygieneinstitutes der Universität Wien, die nachgewiesen hat, daß ab einem Dreistundenmittelwert von 0,4 mg SO_2 erhöhte Mortalität in der Bevölkerungsgruppe weiblich über 70 Jahre auftritt, das Auslösen der Alarmstufe I bei 0,4 mg festgelegt.

Somit ist wohl eindeutig bewiesen, daß Wien sich nicht um die Auslösung eines Smog-Alarmes herumschwindelt, sondern zum Schutze der Bevölkerung die strengsten Maßnahmen vorsieht", schloß Braun. (Schluß) du/gg

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
lontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien; Redaktion: Rathaus, iege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl; Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrousek; Verlags- und Herstellungsort Wien. etzt in der Helvetica 11 Punkt; Zeilenbreite 12,5 cm; ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 4. Februar 1987 **Blatt 232**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Streetworker: Neue Adresse für Fußballfans (233)

E-Werke: 110.000 Tonnen Schwefeldioxid weniger (234)

Die Wiener Stadtwerke im Jahr 1987 (235-237)

Bereits 1.000 Behandlungen mit dem Nierensteinzertrümmerer (239)

E-Strahler als Todesursache? (nur FS)

Kultur:

Käthe Gold feiert 80. Geburtstag (238)

Streetworker: Neue Adresse für Fußballfans

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Mehr Platz und ein größeres Angebot für Fußballfans haben die Wiener Streetworker nun in ihrem neuen Lokal in Wien 7, Sigmundgasse 16, Telefon 93 51 03, Montag bis Freitag jeweils von 14 bis 18 Uhr.

Das neue Lokal, das den Stützpunkt in der Burggasse ersetzt, bietet nicht nur mehr Möglichkeiten zur Einzelberatung bei Fußballfan-Problemen, sondern auch für Clubabende, Feste, Diskussionveranstaltungen etc. Auch Jugendliche des 7. Bezirkes, die mit ihrer Freizeitgestaltung Probleme haben, finden hier eine Anlaufstelle.

Zwar haben sich die Räumlichkeiten der Streetworker verändert, ihre Arbeitsweise, die Jugendlichen absolute Anonymität, Freiwilligkeit des Kontaktes und eine ünbürokratische, flexible Hilfe zusichert, aber ist die gleiche geblieben.

Während der Frühjahrsmeisterschaft werden die Streetworker des Wiener Jugendamtes wieder bei vielen Fußballspielen zu finden sein, um einzelnen Fans oder Fan-Gruppen zu helfen. (Schluß) jel/gg

E-Werke: 110.000 Tonnen Schwefeldioxid weniger

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Über den letzten Stand des Umweltprogrammes der Wiener E-Werke berichtete Stadtrat Johann HATZL am Dienstag abend in einem Pressegespräch. Zur Fortsetzung ihrer Umweltmaßnahmen werden die Wiener E-Werke im Jahr 1987 490 Millionen Schilling aufwenden. Diese Geldmittel werden vor allem dazu benötigt, um die Schadstoffemissionen aus den Wiener Kraftwerken weiter zu senken. Der Schwefeldioxidausstoß wird 1987 nur mehr 15 Prozent des Wertes von 1980 betragen. Außerdem soll auch der Stickoxidausstoß weiter vermindert werden.

Insgesamt machen die Kosten für die Umweltschutzmaßnahmen der Wiener E-Werke seit dem Jahr 1980 1.608 Millionen Schilling aus, wobei die weitaus größten Beträge in den beiden Jahren 1986 und 1987 zu finden sind. So betrugen etwa die Ausgaben im Jahr 1980 28 Millionen Schilling, 1986 hingegen wurden 503 Millionen Schilling für den Umweltschutz ausgegeben. Der Anteil der Investitionen für diverse Umweltschutzeinrichtungen machte in den letzten sieben Jahren 1.062 Millionen Schilling aus, der Anteil der Betriebsaufwendungen — das ist größtenteils die Verwendung von Erdgas statt Heizöl schwer beziehungsweise die Verwendung von schwefelärmerem Heizöl — betrug 546 Millionen Schilling.

Ohne das Umweltprogramm der Wiener E-Werke wäre der Schwefeldioxidausstoß seit 1980 um zirka 110.000 Tonnen höher gewesen, als dies nun tatsächlich der Fall ist.

Die wichtigsten Umweltmaßnahmen im Jahr 1987

• Einbau von stickoxidarmen Brennern im Block 5 des Kraftwerkes Simmering. Bereits seit 11. September 1986 ist im Blockkraftwerk 1/2 die Gasturbine mit stickoxidarmen Brennern in Betrieb. Derzeit wird im Block 5 der Austausch der Brenner und die Erneuerung der Regeleinrichtung vorbereitet. Auch das Kraftwerk Donaustadt ist bereits — ein Jahr früher als ursprünglich geplant — mit stickoxidarmen Brennern ausgerüstet. Der Stickoxidausstoß konnte dadurch von 900 Milligramm pro Kubikmeter auf unter 400 Milligramm pro Kubikmeter gesenkt werden.

• Einbau einer katalytischen Entstickungsanlage. Der nächste Schritt im Kraftwerk Donaustadt ist der Einbau der sogenannten De-NOx-Anlage, einer katalytischen Entstickungseinrichtung. Dadurch kann die Stickoxidemission nochmals um zirka 80 Prozent reduziert werden. Das bedeutet, daß der Stickoxidausstoß ab Herbst 1988 im Kraftwerk Donaustadt so geringe Werte erreichen wird, wie es derzeit noch bei keinem kalorischen Dampfkraftwerk in Österreich der Fall ist. Die Inbetriebnahme der katalytischen Entstickungsanlage wird im Block 2 im Herbst 1987 und im Block 1 im Herbst 1988 erfolgen.

• Umbau im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau. Im Kraftwerk Leopoldau laufen die Arbeiten für den Umbau auf Hochtoureh. Die elektrische Leistung des Kraftwerkes soll auf 150 Megawatt erhöht werden. Durch die gleichzeitige Auskupplung von 170 Megawatt Fernwärme wird ein Wirkungsgrad von rund 85 Prozent erreicht. Gleichzeitig wird eine Reihe von Umweltschutzmaßnahmen wie die Verwendung von Erdgas, der Einbau von stickoxidarmen Brennern und einer katalytischen Entstickungseinrichtung gesezt. Die Arbeiten erfolgen so, daß das Kraftwerk während der Heizsaison weiterhin zur Abdeckung von Spitzenlasten zur Verfügung steht. Im Juli 1988 wird auch in diesem Kraftwerke der gesamte Umbau abgeschlossen sein. (Schluß) roh/bs

Die Wiener Stadtwerke im Jahr 1987

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Über ein umfangreiches Maßnahmenprogramm der Wiener Stadtwerke im Jahr 1987 berichtete Stadtrat Johann HATZL am Dienstag abend in einem Pressegespräch. Die Wiener Stadtwerke planen eine ganze Reihe von kundenfreundlichen Verbesserungen wie beispielsweise mehr Übersicht bei der Strom- und Gasrechnung, direkter Kontakt der Energieversorgungsunternehmen zu den Konsumenten, Linienveränderungen und Beschleunigungsmaßnahmen bei den Wiener Verkehrsbetrieben.

Über drei Milliarden Schilling sollen im Laufe des heurigen Jahres investiert werden, wobei ein Großteil dieses Betrages der Wiener Wirtschaft zugute kommen wird.

Information und Kundenservice

• **Konsumentenfreundliche Jahresabrechnung:**
Ab dem Frühjahr 1987 wird die Jahresabrechnung der Wiener Stadtwerke für den Gas- und Strombezug ein neues, konsumentenfreundliches Gesicht bekommen. Sie wird intensiv erläutert, optisch übersichtlicher und damit leichter lesbar und leichter verständlich sein. So etwa werden Gas und Strom durch verschiedene Farben optisch deutlich getrennt aufscheinen.

• Konsumentengespräche unter dem Motto: „Wir stellen uns der Diskussion". Auf öffentlichen Plätzen, wie etwa auf Märkten, soll es einen „Energiestand" geben, wo Strom-, Gas- und HBW-Kunden Gelegenheit haben, ihre Wünsche, Anregungen und Vorschläge zu deponieren und mit Mitarbeitern der Betriebe ins Gespräch zu kommen.

• **Energieberatung in der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien.**
Um den Interessenten lange Wegzeiten in die Spitalgasse in die Energieberatungsstelle zu ersparen und um die Beratungen vor allem in Fragen der Finanzierung und Förderung noch wirkungsvoller durchführen zu können, werden „Außenstellen" der Energieberatung in den Filialen der „Z" eingerichtet. Die erste Außenstelle nimmt ihre Tätigkeit in der Zweigstelle Wien 21, Am Spitz 11, ab 2. März 1987 auf.

• **Energieausstellung im Donauzentrum.**
In der Zeit vom 21. April bis 2. Mai 1987 findet im Donauzentrum im 22. Bezirk eine Energieausstellung der E-Werke, Gaswerke und Heizbetriebe statt. Bei Fragen zu Strom- und Gasrechnungen können kundenbezogene Daten über Bildschirmterminal abberufen und sofort Auskünfte erteilt werden.

• **Der Info-Bus der Wiener Gaswerke** wird auf der Wiener Messe präsent sein. Darüber hinaus wird er je nach Bedarf örtlich eingesetzt.

• Am 25. Juni soll das bis dahin fertig renovierte und neu gestaltete **Bestattungsmuseum** im Rahmen einer festlichen Veranstaltung wieder eröffnet werden.

• Die Wiener Gaswerke setzen auch 1987 ihre Überprüfungsaktion bei den **Fünf-Liter-Durchlauferhitzern** weiter fort. Schwerpunkte im heurigen Jahr werden der 2., 6., 7., 9., 12., 17. und der 21. Bezirk sein.

• Im Zusammenhang mit dem Jubiläum **„75 Jahre Gaswerk Leopoldau"** wird es am 25. April 1987 im Gaswerk Leopoldau einen „Tag der offenen Tür" geben. Eine Ausstellung zu diesem Thema wird von 23. April bis 21. Juni 1987 im Bezirksmuseum Floridsdorf präsentiert.

• **Der Wiener Tramwaytag** wird heuer am 30. Mai 1987 stattfinden. Hauptveranstaltungsort wird die Garage Spetterbrücke im 15. Bezirk sein. Gleichzeitig wird an diesem Tag die Schnellbahnlinie S 45 (Vorortelinie) eröffnet.

Forts. auf Blatt 236

Forts. von Blatt 235

• **Im öffentlichen Verkehrsnetz** wird es 1987 folgende Erweiterungen und Verbesserungen geben: Bei einigen Straßenbahnlinien wird es zu Intervallverdichtungen und Betriebszeitverlängerungen kommen. Auch bei den U-Bahn-Linien U 2 und U 4 sind Intervallverdichtungen geplant. Auch im städtischen Autobusnetz wird es Neuerungen geben: Voraussichtlich werden zwei neue Autobuslinien eingeführt, sechs Autobuslinien verlängert, auf sieben Linien wird es Intervallverdichtungen geben und auf zwei Linien sind Betriebszeitverlängerungen geplant.

• Zur Fortsetzung des **Beschleunigungsprogrammes** werden 1987 mehr als 35 Millionen Schilling benötigt. So ist beispielsweise eine zusätzliche unterirdische Schleife beim Schottentor vorgesehen, um im Störungsfall einer Linie längere Verzögerungen bei den anderen Linien zu vermeiden. Für weitere sechs Straßenbahnlinien sind Beschleunigungsmaßnahmen vorgesehen, die jedoch im einzelnen noch mit den betroffenen Bezirksvertretungen und Interessensvertretungen abgeklärt werden müssen.

An **Investitionen** am Hoch- beziehungsweise Tiefbausektor haben die Wiener Stadtwerke folgendes geplant:

E-WERKE

• Errichtung des Kleinwasserkraftwerkes „Gaming 2"

• Errichtung des Umspannwerkes Josefstadt

• Umbau des Umspannwerkes West auf Fernsteuerbetrieb

• Umbau des Umspannwerkes Traiskirchen

• Errichtung des Umspannwerkes Landstraße

• Errichtung eines neuen Lastverteilers: Der neue Lastverteiler wird im Herbst 1987 ohne den zentralen Prozeßrechner in Betrieb gehen. Dieser wird etwa ein Jahr später zur Verfügung stehen.

• Errichtung einer 380-kV-Verbindung zwischen dem Umspannwerk Süd und dem Umspannwerk Süd-Ost: Durch die Weiterführung des 380-kV-Kabels vom Umspannwerk Süd zur Kabelüberführungsstation Pfarrgasse und den Bau der Freileitung zum Umspannwerk Süd-Ost wird voraussichtlich im März 1987 die Verbindung des Wiener 380-kV-Netzes mit dem gesamtösterreichischen 380-kV-Netz hergestellt. Durch diese Verbindung wird die Versorgungssicherheit für die Bundeshauptstadt weiter erhöht.

• Errichtung des Betriebsgebäudes 7. Haidequerstraße.

GASWERKE

• Gasrohre: Im Hochdrucknetz sind 24 Kilometer Gasrohre für die Wechslung beziehungsweise Druckanhebung vorgesehen. Im Niederdruckbereich sind 24,4 Kilometer Rohrneulegungen geplant. Schwerpunkte der Rohrlegungen sind im 10., 11., 13., 14., 18., 21. und 22. Bezirk. Für die Industrieaufschließung sind 5,1 Kilometer Rohrneulegungen vorgesehen.

• Bau von Regelstationen: Im Bereich des Hochdruckringes auf dem Areal des ehemaligen Gasbehälters Brigittenau soll eine neue Regelstation errichtet werden. Der Bau einer zweiten Regelstation ist im Ebner-Eschenbach-Park im 18. Bezirk geplant.

• Neuanschaffung von rund 35.000 Gaszählern.

BESTATTUNG

• Ausstattung der umgebauten Aufbahrungshalle auf dem Stammersdorfer Zentralfriedhof und der Aufbahrungsräume der Friedhöfe Atzgersdorf und Hütteldorf

• Anschaffung neuer Glaswagen für Totentransporte.

• Ankauf neuer Maschinen für den Sargerzeugungsbetrieb.

Forts. auf Blatt 237

Forts. von Blatt 236

VERKEHRSBETRIEBE

• Bahnhof Simmering: Errichtung einer beheizbaren Revisionshalle, Renovierung der Sanitär- und Aufenthaltsräume.

• Bahnhof Floridsdorf: Abschluß der Verlängerung der beiden Abstellhallen, Einbau von zwei Revisionshallen und Errichtung einer Bahnmeisterei.

• Bahnhof Favoriten: Die Generalinstandsetzung, die im Jahr 1983 begonnen wurde, kann heuer abgeschlossen werden.

• Zentralwerkstätte: Umbauarbeiten auf Grund sicherheitstechnischer Auflagen im Zusammenhang mit der Reparatur von flüssiggasbetriebenen Autobussen. Errichtung einer Oberbauwerkstätte und eines Oberbaulagers.

• Garage Vorgarten: Errichtung einer Autobusabstellhalle.

• Einbau elektrischer Weichen: Für das Jahr 1987 ist der Einbau von 13 neuen Weichenstellanlagen mit mechanischer Verriegelung und Nachfahrsicherung vorgesehen.

• Anschaffung neuer Straßenbahnen: Für 1987 sind elf Triebwagen und 14 Beiwagen vorgesehen.

• Anschaffung neuer Autobusse: 1987 werden 15 Gelenk-, 15 Normal- und 15 City-Autobusse als Ersatz für alte Busse angeschafft. Für den Betrieb von neuen Linien beziehungsweise für Linienverstärkungen werden weitere sieben Normalautobusse angeschafft.

• Gleisbauarbeiten: Größere Gleisbauarbeiten sind 1987 in der Ottakringer Straße im Bereich zwischen Baldiagasse und Redtenbachergasse notwendig. Außerdem ist die Fertigstellung in der Brünner Straße zwischen der Auffahrt zur S 2 bis zur Gerasdorfer Straße vorgesehen.

• Automaten: Für die Ausrüstung der schaffnerlosen Trieb- und Beiwagen sowie der Autobusse werden insgesamt 322 Fahrscheinentwerter und Fahrscheinausgabeautomaten angeschafft.

(Schluß) ba/gg

Käthe Gold feiert 80. Geburtstag

Wien, 4.2. (Rk-KULTUR) Käthe GOLD wurde am 11. Februar 1907 in Wien geboren. Ihre Schauspielausbildung erhielt sie an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien, nachdem sie schon mit vier Jahren in der Wiener Hofoper als Kind in „Madame Butterfly" debütiert hatte. Über das Berner Stadttheater — ihre erste Rolle war die Bianca in Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung" — und Mönchengladbach kam sie zu Paul Barnay nach Beslau, dann zu Otto Falckenberg nach München. Sie spielte 1932 schon am Wiener Burgtheater und war dann ab 1934 in Berlin, wo sie unter Gründgens und Fehling große Erfolge feiern konnte. Gegen Ende des Krieges holte sie Oskar Wälterlin nach Zürich, und seit 1947 ist sie Mitglied des Wiener Burgtheaters. Daneben trat sie bei den Salzburger und bei den Hersfelder Festspielen auf.

Käthe Gold spielte in ihrer langen Bühnenkarriere immer wieder die verträumten, poetischen, ewig-jungen Gestalten der Weltliteratur.

Zu Golds erfolgreichsten Rollen gehören das Gretchen in „Faust", die Hedwig in Ibsens „Wildente", Schillers „Maria Stuart" und Goethes Klärchen im „Egmont". Besonders eingeprägt haben sich ihre Tenessee Williams-Gestalten oder auch die Eugene O'Neills.

Auch einige Filme prägte Käthe Gold mit ihrer interessanten Ausstrahlung. In Reinhold Schünzels Filmmusical „Amphitryon" (1935) erhöhte sie durch bewußt eingesetzte Theatralik die groteskironische Grundstimmung. In „Die unheimlichen Wünsche" (1939) verlieh sie der Silhouettenschneiderin Pauline beseelte Überzeugungskraft. Eine weitere wichtige Rolle war die gelähmte, verständnisvolle Henriette Flamm in der Hauptmann-Verfilmung „Rose Bernd" (1957).

Käthe Gold wirkte auch in Fernseh-Reihen und -Filmen mit, so im „Kommissar" (1973 und 1974) und im Fernseh-Film „Abendlicht" (1977). Ihre letzten größeren Theaterrollen spielte Käthe Gold am Theater in der Josefstadt. 1984 trat sie neben Susanne Almassy und Vilma Degischer in der russischen Boulevard-Komödie „Einmal Moskau und zurück" auf. 1985 strahlte sie in John Patricks „Die verrückten Jahre" dezenten Humor und sensible, ruhige Freundlichkeit aus.

Anläßlich des 80. Geburtstages von Käthe Gold ist im Akademietheater eine Lesung von ihr mit Kurt Meisel, Paul Hofmann und Bernhard Minetti geplant. (Schluß) red/bs

Bereits 1.000 Behandlungen mit dem Nierensteinzertrümmerer

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Die 1.000ste Behandlung mit dem Nierensteinzertrümmerer wurde dieser Tage im Wiener Nierensteinzentrum im Krankenhaus Lainz durchgeführt. Die Leitung des Wiener Nierensteinzentrums, einer Tochtergesellschaft der Wiener Holding, legte im Rahmen einer Pressekonferenz Bilanz über den Erfolg der ersten tausend Behandlungen.

Der Nierensteinzertrümmerer ist seit 1985 in Betrieb und erlaubt die Entfernung von Nierensteinen ohne operativen Eingriff. Diese Behandlungsmethode gilt zur Zeit als die schonendste und billigste, zugleich aber auch als schmerzloseste. Seit Mai 1986 wurden alle Patienten ohne Narkose behandelt. Der älteste Patient war 85 Jahre alt, der jüngste 10 Jahre alt. Die Behandlung erfolgt in einem körperwarmen Bad durch Stoßwellen und erlaubt jede gewünschte Positionierung des Patienten. Dadurch können auch gelähmte Patienten erfolgreich behandelt werden. Nierensteinzertrümmerungen können selbst bei Fehlbildungen der Nieren erfolgreich durchgeführt werden. Die Behandlungsdauer beträgt je nach Größe des Steines zwischen 20 und 40 Minuten. Die Patienten können durchschnittlich bereits nach 4 Tagen das Krankenhaus wieder verlassen. Die Ergebnisse der bisherigen Behandlungen entsprechen den internationalen Erfolgsstatistiken großer Zentren. Für Wiener ist die Behandlung kostenlos.

Sehr erfolgreich wurden außerdem rund 220 Patienten mit Harnleitersteinen behandelt. Am Einsatz des Nierensteinzertrümmerers für die Behandlung von Gallengangsteinen arbeitet derzeit eine Projektgruppe des Wiener Nierensteinzentrums. (Schluß) ah/bs

Bereits 1.000 Behandlungen wurden mit dem Nierensteinzertrümmerer im Krankenhaus Lainz durchgeführt. Diese Behandlungsmethode gilt als die schmerzlosteste und billigste.

ef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
nn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
rige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

essum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, iege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl. Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien. etzt in der Helvetica, 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 5. Februar 1987 **Blatt 240**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

„Hedwig-Lehnert-Hof" in Floridsdorf (241)

Jugendamt: Weniger Kinder in Heimerziehung (242)

Verbesserung der Verkehrssituation beim Modenapark (243)

Entwurf des Wiener Kleingartenkonzeptes praktisch fertig (244)

Ehrenring für Hans Schmid (245)

Braun: BOKU berücksichtigt Filtereinbau nicht (246)

Zilk: Wien wird selbst über Staustufe entscheiden (247)

Wasserrohrbruch am Franz-Josefs-Kai (nur FS)

Gasrohrgebrechen in der Triester Straße (nur FS)

Flächenschneeräumung in Wien (nur FS)

Kultur:

Ehrenring für Hans Schmid (245)

„Hedwig-Lehnert-Hof" in Floridsdorf

Wien, 5.2. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß die Benennung einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 21, Prager Straße 92-96, nach Hedwig LEHNERT in „Hedwig-Lehnert-Hof".

Hedwig Lehnert (1898-1977) hat sich im Verlauf ihrer politischen Tätigkeit große Verdienste erworben. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie wesentlich am Wiederaufbau der Frauenorganisation der Sozialistischen Partei beteiligt, als Wiener Landtagsabgeordnete, als Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für öffentliche Unternehmungen und als Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Soziales hat sie große Leistungen erbracht. (Schluß) gab/rr

Jugendamt: Weniger Kinder in Heimerziehung

Hilfen für Familien erfolgreich

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien verzeichnete einen neuen, erfreulichen Rekord: Noch nie in der Geschichte des Jugendamtes mußten so wenige Wiener Kinder in ein Heim oder in eine Pflegefamilie vermittelt werden wie 1986. Nur 729 Kinder mußten 1986 neu aufgenommen werden, um in einem Heim oder in einer Pflegefamilie untergebracht zu werden. Das sind 169 Kinder weniger als 1985, also 19 Prozent. Damit verringerte sich die Zahl der jährlichen Neuübernahmen in den letzten beiden Jahren um insgesamt 31 Prozent.

Dieser erfreuliche Trend beruht nicht auf weniger Problemsituationen innerhalb der Familien, sondern auf einer intensiveren Arbeit der Mitarbeiter des Jugendamtes, die Probleme mit den Betroffenen immer öfter lösen können, ohne daß die Kinder ihre Familien für kürzere oder längere Zeit verlassen müssen. Zahlreiche Beratungseinrichtungen der Stadt Wien bieten dazu meist kostenlose, leicht erreichbare Hilfen an, die in Eigeninitiative in Anspruch genommen werden können.

Zusätzlich arbeitet das Jugendamt verstärkt mit dem Wiener Stadtschulrat und der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters zusammen.

Von jenen 729 Kindern, die 1986 in die Pflege des Jugendamtes übernommen wurden, konnten 171 ohne Zwischenstation im Heim direkt bei Pflegefamilien untergebracht werden. Zum Jahresende 1986 waren im Rahmen der Wiener Jugendwohlfahrt insgesamt 2.123 Kinder in Pflegefamilien und 1.734 Kinder in Heimen untergebracht. Insgesamt waren es 3.866 Kinder, um 231 weniger als 1985. (Schluß) jel/bs

Verbesserung der Verkehrsorganisation beim Modenapark

Wien, 5.2. (RK-LOKAL) Freitag nachmittag tritt in der Neulinggasse im 3. Bezirk eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. Die Neulinggasse ist nun nur mehr zwischen der Gottfried-Keller-Gasse und der Grimmelshausengasse für den Verkehr gesperrt (Ausnahme: Autobusse im öffentlichen Verkehr und Radfahrer). Der Abschnitt zwischen der Gottfried-Keller-Gasse und der Reisnerstraße kann wieder in beiden Fahrtrichtungen befahren werden.

Die neue Verkehrsregelung ermöglicht es den Anrainern am Modenapark, von der Gottfried-Keller-Gasse links in die Neulinggasse abzubiegen und weiter zur Reisnerstraße zu fahren. Dadurch bleibt die gewünschte Verkehrsberuhigung im Reisnerviertel erhalten, die Anrainer ersparen sich aber Umwege bei der Abfahrt vom Modenapark. (Schluß) sc/rr

Entwurf des Wiener Kleingartenkonzeptes praktisch fertig

Erstes Fachkonzept des Stadtentwicklungsplanes soll bald beschlossen werden

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Entwurf für ein Wiener Kleingartenkonzept liegt nun das erste Fachkonzept vor, das vom Stadtentwicklungsplan gefordert wird und vom Gemeinderat beschlossen werden soll. Es wurde kürzlich dem Kleingartenbeirat, einem Gremium aus Interessenvertretern, Politikern und Fachleuten unter Vorsitz von GR. Ing. Karl SVOBODA (SPÖ), vorgestellt und soll in den nächsten Wochen in eine Endfassung gebracht werden.

Im Kleingartenkonzept ist die derzeitige Kleingartensituation in Wien erfaßt, werden Probleme und Lösungsansätze zur Diskussion gestellt und sind konkrete Standortvorschläge für neue Kleingartenanlagen enthalten. Demnach gibt es in Wien derzeit etwa 35.000 Kleingärten mit unterschiedlichster Größe und Nutzung. Da die Nachfrage nach weiteren Kleingärten sehr groß ist, wurde durch die Kleingartenaktion 2000 bereits ein erster Schritt gesetzt, um dem breiten Bedürfnis nach gestaltbarem Grün- und Freiraum nachzukommen.

Durch diese Aktion 2000 wurden bisher schon 503 neue Kleingärten geschaffen, 227 werden zur Zeit aufgeschlossen und zur Verpachtung vorbereitet. Grundstücke für weitere 1.370 Kleingärten wurden durch die Stadt Wien bereits erworben, und über den Ankauf von Flächen für zusätzliche 990 Kleingärten wird verhandelt, sodaß in den nächsten Jahren über 3.000 Kleingärten in Wien neu entstehen sollen. Anmeldungen und Verpachtungen von Kleingärten nimmt der Zentralverband der Kleingärtner, in dem 254 Vereine zusammengeschlossen sind, vor.

Der Kleingarten soll kein Zweitwohnsitz werden

Das Kleingartenkonzept nimmt aber auch kritisch Stellung zur derzeitigen Entwicklung des Kleingartenwesens. Demnach ist ein Trend vom Nutz- zum Ziergarten sowie durch den qualitativ hohen Ausstattungsgrad der Gärten und Häuschen eine Entwicklung hin zum Zweitwohnsitz zu beobachten. Dadurch steigen sowohl der Wert der Kleingärten wie auch die Kosten einer Wiederverpachtung, sodaß Kleingärten zunehmend zum Erholungsort sozialer Mittel- und Oberschichten zu werden scheinen.

Das Kleingartenkonzept enthält daher auch die Forderung nach einer „Rückbesinnung" auf die eigentliche Funktion des Kleingartens, nämlich ein billiger, gut erreichbarer und zur Eigenversorgung dienender Erholungsraum für jene Stadtbewohner zu sein, die aufgrund schlechter Wohnlage unter Grünraummangel leiden. Der Kleingarten wird zudem als Bestandteil des städtischen Grünraumes verstanden, woraus sich die Forderung nach einer rücksichtsvollen Einbettung der Kleingärten in den bestehenden Landschaftsraum ergibt. Ergänzend zur Schaffung zusätzlicher Kleingärten schlägt das Konzept aber auch die verstärkte Schaffung und Förderung von Mietergärten im dichtbesiedelten Raum vor. Und schließlich sollte bei der Schaffung neuen Wohnraums eine bestmögliche Synthese von Wohn- und Grünraum erreicht werden. (Schluß) ah/gg

Ehrenring für Hans Schmid

Wien, 5.2. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Donnerstag vormittag im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an Hans Schmid den Ehrenring der Stadt Wien. Der Bürgermeister würdigte in seiner Ansprache die Verdienste des Geehrten um die Pflege des Wienerliedes. Hans Schmid — er ist Jahrgang 1897 — sei gleichsam eine „Wiener Institution", meinte Zilk. (Schluß) red/rr

Braun: BOKU berücksichtigt Filtereinbau nicht

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Die heute Donnerstag in zwei Tageszeitungen wiedergegebenen Behauptungen von Mitarbeitern der Universität für Bodenkultur, der Wienerwald würde durch mit Schadstoffen aus den Müllverbrennungsanlagen versetzten „Giftschnee" gefährdet werden, nehmen offensichtlich keine Rücksicht auf den bereits erfolgten Filtereinbau bei beiden Wiener Müllverbrennungsanlagen. Das erklärte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ". Zitiert wird eine Studie aus dem vergangenen Winter, befürchtet wird, daß die Schadstoffmengen heuer ähnlich seien — vergessen aber wird, daß bereits im vergangenen Winter die Rauchgaswäsche der MVA Flötzersteig und seit vergangenem Herbst auch jene der MVA Spittelau arbeiten. Wie bereits wiederholt mitgeteilt wurde, erzielen diese Rauchgasreinigungsanlagen ausgezeichnete Reinigungsleistungen: bei Schwefeldioxid sank der Ausstoß von früher 600 Milligramm pro Kubikmeter auf 50 bis 80, bei Salzsäure von 1.000 auf fünf, bei Staub von 300 auf 14 Milligramm. Damit und durch die niedrige Rauchgastemperatur werden sowohl die Partikel als auch die gasförmigen Schwermetalle weitgehend eliminiert. Diese Zahlen gelten auch für die Rauchgaswäsche Spittelau. (Forts. mgl.) hrs/rr

Zilk: Wien wird selbst über Staustufe entscheiden

Befremden über DoKW-Aussagen

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zur heutigen Aussendung des österreichischen Wirtschaftspressedienstes über die Staustufe Wien stellt Bürgermeister Dr. Helmut ZILK fest, daß von einem geplanten Baubeginn — egal ob Herbst 1987 oder Sommer 1988 — selbstverständlich keine Rede sein könne: „Die Planungsarbeiten sind noch lange nicht so weit gediehen, daß überhaupt über Bautermine gesprochen werden kann", betonte Zilk.

Die Entscheidung im laufenden Donauraum-Wettbewerb wird erst Anfang März erfolgen, wobei die Jury in ihrer Entscheidung unabhängig ist und auch Empfehlungen zur weiteren Vorgangsweise geben soll. Dem Juryentscheid folgen dann die angekündigte öffentliche Beurteilung der Wettbewerbsergebnisse und die zweite Bearbeitungsphase mit umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit. Erst dann kann — unter Einbeziehung der Wiener Bevölkerung — darüber entschieden werden, ob, unter welchen Voraussetzungen und wann gebaut wird.

Besonders verwundert zeigt sich der Wiener Landeshauptmann über die Formulierung von DoKW-Vorstandsdirektor Schmidt über das Vorliegen eines „gemeinsam mit der Stadt Wien ausgearbeiteten Amtsprojekts". „Ein gemeinsames Amtsprojekt existiert nicht, es gibt lediglich Pläne, die als Grundlage für die Ausschreibung des Donauraum-Wettbewerbs, also zur Information der Wettbewerbsteilnehmer erstellt wurden", hebt Zilk hervor.

Abschließend stellt der Bürgermeister fest, daß die Aussagen des neuen DoKW-Vorstandsdirektors nur auf dessen noch nicht genügender Vertrautheit mit der Materie und der Problematik basieren können. „Die Geschäftsführung der DoKW wird lernen müssen, daß nicht die Angestellten einer Kraftwerksgesellschaft bestimmen, was in Wien geschieht, sondern Wien selbst", schließt Zilk. (Schluß) red/gg

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
rige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, Stiege 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12.5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Wien: An einzelnen Meßstellen erhöhte Werte, doch kein Smog-Alarm nötig (250/FS: 5.2.)

Frostaufbrüche: Reparaturtrupps schon unterwegs (251)

„67 A" mit neuer Linienführung (252)

Ausstellung „Meidling im Wandel der Zeit" (253)

Zilk-Brief an Bundeskanzler Vranitzky (255)

Terminvorschau vom 9. bis 20. Februar (256/257)

Wiener AIDS-Studie dient wissenschaftlichen Zwecken (258)

Samstag wieder Freizeitprogramm auf der Donauinsel (nur FS)

Museum einmal anders (nur FS)

Rodelfest am Laaer Berg (nur FS)

Flächenschneeräumung am Wochenende (nur FS)

Kultur:

Mrkvicka: Drei Millionen für Jura-Soyfer-Theater (249/FS: 5.2.)

Wirtschaft:

WIGAST auch 1987 auf Erfolgskurs (254)

Mrkvicka: Drei Millionen für Jura-Soyfer-Theater

Steigerung um mehr als das Dreifache von 1983 bis 1986

Bereits am 5. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 5.2. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA betonte in einer Stellungnahme zu Meldungen über die Lage des Jura-Soyfer-Theaters, daß die Stadt Wien die Mittel für dieses Ensemble zwischen 1983 und 1986 von 825.000 Schilling auf rund drei Millionen Schilling aufgestockt hat. Der gleiche Betrag steht für das Soyfer-Theater auch 1987 zur Verfügung. Diese Dotation entspricht der einer Mittelbühne und damit dem Status den das Jura-Soyfer-Theater fordert.

Seinerseits wie auch seitens des Kulturamtes gibt es eine bereits oftmals unter Beweis gestellte Gesprächsbereitschaft mit dem Jura-Soyfer-Theater, sagte Mrkvicka. Bemühungen um eine Spielstätte für zwei Winterproduktionen für das Jura-Soyfer-Theater sind im Gange. Generell ist gerade dem Jura-Soyfer-Theater in den vergangenen Jahren eine Steigerung der Förderung wie keinem anderen Theater zugestanden worden, worin sich die Wertschätzung der künstlerischen Arbeit des Ensembles ausdrückt, schloß Mrkvicka. (Schluß) gab/bs

Wien: An einzelnen Meßstellen erhöhte Werte, doch kein Smogalarm nötig

Bereits am 5. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) An zwei Meßstellen in Wien (Liesing und AKH/Boden, beim Währinger Gürtel) wurden heute Donnerstag erhöhte Schwefeldioxid-Werte registriert. Smogalarm ist nach Aussage der Umweltexperten jedoch nach wie vor nicht erforderlich, da erhöhte SO_2-Werte nicht an mehr als der Hälfte (auch nicht an der Hälfte) aller Meßstellen registriert wurden. Nach Auskunft der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik ist außerdem eine Wetteränderung (derzeit Inversion in 290 Meter Höhe) zu erwarten.

Der durchschnittliche Halbstundenmittelwert während des Tages betrug heute 0,32 Milligramm SO_2, an einzelnen Meßstellen natürlich wesentlich weniger, an der Meßstelle Liesing dagegen — bedingt durch Industrie — gab es am Vormittag einen Spitzenwert von 0,52 Milligramm, an der Meßstelle AKH/Boden in der Nähe des Währinger Gürtels, offensichtlich durch Verkehr und Hausbrand bedingt, ebenfalls am Vormittag 0,48 Milligramm. (Schluß) hrs/bs

Frostaufbrüche: Reparaturtrupps schon unterwegs

Hofmann ersucht um Meldung von Straßenschäden

Wien. 6.2. (RK-LOKAL) Die Meteorologen haben für das kommenden Wochenende Regen und wärmeres Wetter vorhergesagt. Deshalb werden Samstag und Sonntag in Wien sieben Reparturtrupps unterwegs sein, um die ersten Frostschäden zu beheben. Die Mannschaften werden von der Einsatzzentrale der für die Straßenerhaltung zuständigen Magistratsabteilung 28 über Funk zu den Reparaturstellen dirigiert. Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN ersucht die Wienerinnen und Wiener, ab kommender Woche Frostschäden der MA 28 (Telefon 46 16 91, Montag bis Freitag von 7.30 bis 13.30 Uhr) bekanntzugeben, damit die Schlaglöcher so schnell wie möglich geschlossen werden können.

Frostschäden treten vor allem dann auf, wenn Tauwetter- und Frostperioden aufeinander folgen. Die Stadt Wien wird dann bis zu 25 Arbeitstrupps zur Behebung der Schäden ausschicken. Ist das nicht genug, werden zusätzlich Mannschaften von Firmen verpflichtet, die von Montag früh bis Freitag mittag rund um die Uhr eingesetzt werden können.

In der nächsten Zeit können die Schlaglöcher nur provisorisch geschlossen werden. Die endgültige Sanierung kann erst in der wärmeren Jahreszeit erfolgen, wenn keine Minustemperaturen mehr auftreten.

Stadtrat Hofmann appelliert in diesem Zusammenhang an die Kraftfahrer, besonders vorsichtig zu fahren, wenn Schlaglöcher erkennbar sind. Vor allem soll auf die Fußgänger Rücksicht genommen werden, die leider oft von Autos, die zu schnell durch Schlaglochpfützen fahren, angespritzt werden. (Schluß) sc/bs

„67 A" mit neuer Linienführung

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Zur besseren Erschließung des Industriegebietes an der Oberlaaer Straße verkehren die Autobusse der Linie „67 A" ab Montag, den 9. Februar, mit geänderter Streckenführung.

In Richtung Inzersdorf, Großmarkt, wird die Linie „67 A" ab der Laxenburger Straße/Oberlaaer Straße über die Oberlaaer Straße und die Großmarktstraße (statt Trappweg — Südrandstraße) geführt. In Richtung Reumannplatz fährt sie ab der Südrandstraße/Großmarktstraße über Großmarktstraße — Oberlaaer Straße zur bestehenden Fahrtroute.

Die Fahrgäste werden durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „67 A" informiert.

Ab 13. Februar tritt eine weitere Verbesserung auf der Linie „67 A" in Kraft, und zwar wird an Freitagen eine zusätzliche Fahrt zwischen Reumannplatz (U 1) und Heizwerkstraße durchgeführt. Abfahrtszeit ist ab Reumannplatz 18.57 Uhr und ab Heizwerkstraße 19.20 Uhr.

Umstellung im Kundendienstzentrum

Im Kundendienstzentrum der Wiener Verkehrsbetriebe im 4. Bezirk, Favoritenstraße 9-11, wird am Freitag, dem 13. Februar, und am Montag, dem 16. Februar, eine Umstellung der EDV-Anlage durchgeführt. Aus diesem Grund können an diesen Tagen Einsprüche und Anfragen in bezug auf die Bezahlung des „zusätzlichen Beförderungsentgeltes" nicht bearbeitet werden. (Schluß) roh/gg

Ausstellung „Meidling im Wandel der Zeit"

Planungsvarianten der Gürtelkommission werden gezeigt

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Die Bezirksentwicklung von Meidling ist das Thema einer Ausstellung, die ab Montag, den 9. Februar, im Magistratischen Bezirksamt des 12. Bezirks zu sehen ist. Ein Teil der Ausstellung beschäftigt sich mit „Meidling im Wandel der Zeit" und vermittelt mit Texten, Zeichnungen, Fotos und Plänen einen historischen Rückblick und einen Ausblick auf die Zukunft des Bezirks. Die Schau soll Diskussionen über die künftige Entwicklung des Bezirks einleiten und anregen. Die Besucher sollen Ideen und Vorschläge einbringen, die die Arbeiten für den Bezirksentwicklungsplan von Meidling mitbestimmen.

Im zweiten Teil der Ausstellung werden unter dem Motto „Werkstattbericht — Auf dem Weg vom Denkbaren zum Machbaren" Planungsvarianten der Gürtelkommission mit den Schwerpunkten Wiental, Gaudenzdorfer Gürtel und Altmannsdorfer Straße — Grünbergstraße präsentiert.

Die Ausstellung im Bezirksamt (1120 Wien, Schönbrunner Straße 259, 1. und 2. Stock) kann vom 9. Februar bis 12. März besichtigt werden. Sie ist Montag, Dienstag und Freitag jeweils von 10 bis 13 Uhr, Mittwoch und Donnerstag jeweils von 16 bis 19 Uhr geöffnet.

Sondertermine gibt es am Samstag, dem 21. Februar, und am Sonntag, dem 8. März, jeweils von 10 bis 13 Uhr. Am Donnerstag, dem 12. März, findet um 18.30 Uhr im Festsaal des Bezirksamtes eine Bürgerversammlung und Diskussionsveranstaltung statt. Die Ausstellung wird von der Wiener Bundesstraßen AG, der Magistratsabteilung 18 — Stadtstrukturplanung und vom Bezirksvorsteher von Meidling organisiert. (Schluß) sc/rr

WIGAST auch 1987 auf Erfolgskurs

Wien, 6.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die Bilanz über ein erfolgreiches Geschäftsjahr 1986 sowie Vorausblicke auf 1987 bot die WIGAST Gaststättenbetriebsgesellschaft mbH. der Wiener Holding Donnerstag abend im Rahmen einer Pressekonferenz im von ihr kürzlich übernommenen Wiener Rathauskeller. Obwohl 1986 für den Wiener Fremdenverkehr kein gutes Jahr war, verzeichnete die WIGAST eine reale Umsatzsteigerung von rund 7 Prozent. Der Umsatz liegt mit 461 Millionen Schilling um 63 Prozent über jenem von 1982. Der Beschäftigtenstand konnte 1986 um rund 100 Arbeitsplätze vergrößert werden. Durchschnittlich waren 1986 bei der WIGAST 760 Personen beschäftigt, davon 57 Lehrlinge, wobei saisonale Spitzen mit bis zu 1.000 Mitarbeitern verzeichnet wurden.

Verstärktes Bemühen um den Wiener Gast

Zu den wesentlichsten Gründen für den Erfolg des abgelaufenen Jahres zählt die WIGAST ihr Bemühen um den Wiener Gast. Durch die Sanierung von Betriebsstandorten wurden zum Teil richtungsweisende Projekte in der Gastronomie verwirklicht. Der Umbau des Dampfschiffes „Johann Strauß" in ein schwimmendes Konzertcafe ließ eine Attraktion ersten Ranges entstehen. Seit der Eröffnung des Konzertcafes im März 1986 besuchten 115.000 Gäste diesen wichtigen Träger eines nostalgischen Wien-Image. Die Zentrumsnähe der „Johann Strauß" ermöglichte eine erfolgreiche Führung als Abendrestaurant. Seit Jänner 1987 wird das Konzertcafe auch als Ball-Lokal geschätzt.

Die Einrichtung eines Kaffeehauses in der Ankunftshalle des Schwechater Flughafens als attraktiver Warteraum hat sich hervorragend bewährt. Das Interesse ist so groß, daß der Betrieb praktisch rund um die Uhr geführt wird. Erfolgreiche Initiativen waren 1986 auch die Einführung des Winterbetriebes am Campingplatz West II sowie die Preisrücknahmen bei alkoholfreien Getränken.

1987 ehrgeizige Projekte und große Investitionen

Mit der Übernahme des Wiener Rathauskellers stellt sich die WIGAST 1987 ein sehr ehrgeiziges Ziel: Das Traditionsrestaurant mit seinen 850 Sitzplätzen soll wieder zu einem Mittelpunkt kultivierter Gemütlichkeit werden. Mit gutbürgerlicher Küche, leichter Wiener Musik ab Ostern und besonderen Weinen soll vor allem der Wiener Gast wiedergewonnen werden. Die geplanten Investitionen sollen vorerst rund 9 Millionen Schilling betragen. Der angestrebte Umsatz wird mit 35 Millionen Schilling beziffert. Die 68 Beschäftigten wurden vom Vorpächter übernommen.

Mit der Revitalisierung des Schlosses Wilhelminenberg will die WIGAST vor allem den Bereich des Jugend- und Familientourismus erschließen. Und erste Verkaufserfolge stellen sich bereits ein. Ein letzter großer Schritt der firmeneigenen Reorganisation wird die Errichtung einer Zentralküche in St. Marx sein, die insbesondere der Versorgung der Gemeinschaftsverpflegungsmärkte dienen soll. Unter Einbeziehung internationaler Küchenfachleute soll dabei der letzte Wissensstand in der Ernährungsphysiologie und Lebensmitteltechnologie Anwendung finden. Die Fertigstellung soll im September 1988 erfolgen. (Schluß) ah/bs

Zilk-Brief an Bundeskanzler Vranitzky

Wien fordert Umweltverträglichkeitsprüfung für Staustufen-Projekt

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK richtete heute, Freitag, ein Schreiben an Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY, in dem er die Bundesregierung um die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Staustufe Wien ersucht. In dem Brief verweist Zilk einleitend darauf, daß die Stadt Wien im Zusammenhang mit dem Projekt der Staustufe die Bundesregierung bereits seinerzeit gebeten habe, vorerst von einer Erklärung zum bevorzugten Wasserbau Abstand zu nehmen, da die Ergebnisse des Donauraum-Wettbewerbs abgewartet werden sollen. Im weiteren ersucht der Bürgermeister den Bundeskanzler „im Sinne einer Versachlichung der in letzter Zeit verstärkt geführten Diskussion, eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Staustufe Wien durchführen zu lassen und alle zuständigen Bundesminister unverzüglich mit den dafür notwendigen Vorarbeiten zu betrauen". (Schluß) red/gg

Terminvorschau vom 9. bis 20. Februar

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 9. bis 20. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ" vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 9. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an Rudolf Holper, Rudolf Nowacek, Gerhard Pichler, Hubert Renoth, Rainer Weigl und Ernst Wenzel (Steinerner Saal I, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Planung und Stadtentwicklung

DIENSTAG, 10. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

12.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

13.15 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

14.00 Uhr, Festveranstaltung „10 Jahre Haus Atzgersdorf", StR. Smejkal (23, Gatterederstraße 12)

16.00 Uhr, Berufstitel „Hofrat" für Mag. pharm. Marianne Strausz (Büro StR. Stacher)

17.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hofmann „Gürtelausstellung" (MBA Meidling, 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock)

MITTWOCH, 11. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Psychotherapie in Wien" (PID)

DONNERSTAG, 12. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Louise Martini und Komm.-Rat Fröhlich (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Berufstitel „Regierungsrat" für OAR Hermann Reiterer (Büro StR. Seidl)

10.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Seidl an Senatspräsident Mag. Franz Maier (Arbeitszimmer, StR. Seidl)

FREITAG, 13. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

11.30 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien: Oberbürgermeister von Berlin (DDR) Erhard Krack (Roter Salon, Rathaus)

MONTAG, 16. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

13.00 Uhr, Festakt „75 Jahre Jugendzahnkliniken", StR. Stacher (9, Salzergasse 29)

DIENSTAG, 17. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

Forts. auf Blatt 257

Forts. von Blatt 256

MITTWOCH, 18. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Renate Holm, Prof. Günther Schneider-Siemssen und Prof. Rudolf Weishappel (Steinerner Saal I, Rathaus)

13.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Univ.-Prof. Dr. Otto Kraupp und Univ.-Prof. Dr. Franz Seitelberger (Steinerner Saal I, Rathaus)

DONNERSTAG, 19. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vizebürgermeister Mayr an Komm.-Rat Franz Wlasak, Komm.-Rat Franz Bimashofer, Komm.-Rat Wilfried Hornstein, Josef Müller, Gerhard Neubauer, Heinrich Othmar Smolik, Komm.-Rat Erich Tichy und Helga Radocha (Rathaus, Wappensaal)

10.00 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes durch StR. Smejkal (16, Schinaglgasse 8-12)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vizebürgermeister Mayr und Präs. Dittrich „Einkauf in Wien" (PID)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

FREITAG, 20. FEBRUAR:

ab 9 Uhr, Gemeinderat

(Schluß) red/gg

Wiener AIDS-Studie dient wissenschaftlichen Zwecken

Stadtrat Stacher antwortet Dr. Kalnoky

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den Feststellungen der ÖVP-Gesundheitssprecherin Dr. Lindi KALNOKY über die AIDS-Untersuchungen in Wiener Krankenhäusern erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, daß es sich dabei um eine wissenschaftliche epidemiologische Studie handelt. Stadtrat Stacher: „Hier wird kein Geld hinausgeschmissen — wir wollen nur mehr Informationen über die Ausbreitung der Krankheit bekommen. Da die Blutuntersuchungen in zwei Spitalslaboratorien erfolgen, kann damit auch kein Geschäft gemacht werden."

Zur Information der Bevölkerung verwies der Wiener Gesundheitsstadtrat auf die Broschüre „AIDS-Information", die von der Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit mitherausgegeben und bereits im März 1983 aufgelegt wurde. Alle Wiener Haushalte wurden in einer Publikation der Stadt Wien über AIDS informiert. Diese Information wurde zusätzlich in den Gesundheitsämtern, in den Dienststellen des Sozialamts, den Außenstellen des Bürgerdienstes und in Apotheken aufgelegt. Außerdem gibt es ja auch laufend ausführliche Informationen des Gesundheitsministeriums. (Schluß) sc/gg

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien. Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Hatzl: Klare Vorgangsweise bei Staustufe Wien (260/FS: 6.2.)

Wiener Luft: Kein Smogalarm erforderlich —
Belastungen sinken auch bereits (261/262/FS: 6.2.)

„Mobile Gebietsbetreuung" hilft gegen die Sanierungsspekulation (263/FS: 7.2.)

„Aldo-Moro-Hof" in Währing (264/FS: 8.2.)

Nächste zentrale Selbstschutzberatung kommenden Donnerstag (266)

Ausbildung zum Behindertenbetreuer (267)

Neue Apothekenleiterin im Psychiatrischen Krankenhaus (268)

Wiener ÖVP für neues Wien-Design (269)

Ammoniak strömte bei NÖM aus (nur FS/6.2.)

Schneeräumung und Tauwetter (nur FS/7.2.)

Eisfest auf Neuer Donau „geschmolzen" (nur FS/7.2.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Selbstmord und Selbstmordversuch im U-Bahn-Bereich (nur FS)

Kultur:

Ausstellung der Gruppe SXART im Bezirksmuseum Döbling (265)

Hatzl: Klare Vorgangsweise bei Staustufe Wien

Bereits am 6. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Man müsse sich fragen, was Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK mit seiner heutigen Aussendung bezwecke, wenn es bezüglich der Diskussion um den Bau der Staustufe Wien schon gestern eindeutige Klarstellungen seitens des Wiener Bürgermeisters und der DoKW gegeben habe, sagte Freitag Wiens Energiestadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ". Die Suche nach angeblich gegebenen Zusagen könne sich Busek ersparen, da die DoKW, wie sie in ihrer gestrigen Aussendung selbst klarstellte, selbstverständlich das Ergebnis des laufenden Wettbewerbes zur Kenntnis nehmen wird. Das von der Jury ausgewählte Projekt wird in die Einreichung zur wasserrechtlichen Bewilligung eingearbeitet werden. Ein Baubeginn kann selbstverständlich erst nach Abwicklung aller behördlichen Verfahren und in Übereinstimmung mit dem Land Wien erfolgen. Die von Busek geforderte klare Linie steht damit fest und wurde auch schon des öfteren öffentlich dargestellt, schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs

Wiener Luft: kein Smogalarm erforderlich – Belastungen sinken auch bereits

Bereits am 6. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 6.2. (RK-LOKAL) „Immer noch Zone 2-Überschreitungen, die entsprechend der Ausbreitungsbedingungen seit in der Früh wieder angestiegen sind. Über Mittag deutliches Absinken. Weder eine Voralarm- noch eine Smogauslösung sind notwendig. In der kommenden Nacht wird eine Westwetterlage mit stürmischen Winden der austauscharmen Wetterlage ein Ende bereiten."

Das ist die Zusammenfassung der heutigen Luftqualität in Wien: in zwei Bereichen, bei der Meßstelle Liesing und der Meßstelle in der Nähe des Währinger Gürtels, gab es am Vormittag Werte von 0,49 bzw. 0,60 Milligramm Schwefeldioxid, die jedoch bereits wieder sinken. Generell werden jedoch die strengen Bedingungen für einen Smogalarm in Wien — im Gegensatz zur BRD ist der Wiener Grenzwert 0,4 Milligramm SO_2 (BRD 0,6) bei mehr als der Hälfte der Meßstellen während mindestens drei Stunden überschritten und bei Anhalten der Wetterlage über 24 Stunden. Die zeitweise höheren Werte im Bereich der Meßstelle Liesing und AKH waren so wie gestern auf Industrie- bzw. Hausbrand- und Verkehrsemissionen zurückzuführen. Die Belastungen haben bereits jetzt stark sinkende Tendenz (HINWEIS: Zone 2 bedeutet in diesem Fall die Richtlinien der Akademie der Wissenschaften: ein Wert von 0,2 mg SO_2 darf maximal dreimal täglich bis höchstens 0,5 mg überschritten werden. DIES IST NICHT IDENT MIT DEN ALARMSTUFEN).

Zu den heute von der ÖVP durchgeführten NOx-Messungen, die Werte bis zum 20fachen der zulässigen Höchstgrenzen ergeben haben sollen, stellen die Umweltexperten der Stadt Wien, Dipl.-Ing. Helmut LÖFFLER von der MA 22 und Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang STRUNZ, fest, daß dabei offensichtlich wieder der Fehler gemacht wurde, NOx generell heranzuziehen. NOx, Stickoxide, entstehen bei Verbrennungsvorgängen. Diese Stickoxide setzen sich im wesentlichen zu 90 bis 95 Prozent aus NO und zu 5 bis 10 Prozent aus dem wesentlich giftigeren NO_2 zusammen. International sind Grenzwerte für NO_2 gültig, im Wiener Umweltalarm werden — ebenso wie bei Schwefeldioxid — auch diese Grenzwerte besonders niedrig, nämlich mit 0,4 Milligramm NO_2, angesetzt. NOx-Messungen ohne konkrete NO_2-Messung sind daher nicht entsprechend aussagekräftig. Die Meßstelle beim AKH, die NO_2 registriert und an einem der vom Verkehr her am stärksten belasteten Straßenzüge Wiens liegt, hat heute NO_2-Werte von 0,1 bis 0,2 Milligramm registriert.

Was den von der ÖVP geforderten Aufruf an die Autofahrer betrifft, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, betont der Luftexperte der Umweltabteilung, daß grundsätzlich optimale Einstellung der Heizungen und Verzicht auf Autoverkehr hilft, jede weitere Belastung — auch wenn sie im Einzelfall nicht so hoch erscheint — sollte vermieden werden, dies wurde auch den Hörern von Radio Wien mitgeteilt.

Zur Frage des Meßnetzes ist festzustellen, daß Wien derzeit über 16 Luftmeßstellen verfügt, grundsätzlich alle für SO_2-Meßungen eingerichtet, die Umrüstung aller Meßstellen auf zusätzliche Staubmessungen (bei einzelnen bereits vorhanden) sowie auf Stickoxide — NO, NO_2, NOx — im Gang ist.

Derzeit sind fünf Staubmeßgeräte im Eisnatz, für NOx bzw. NO_2 gibt es drei Meßmöglichkeiten.

In Wien wurden, wie die Umweltexperten betonen, besonders niedrige Werte für die Auslösung eines Smogalarms festgesetzt; sollten die entsprechenden Werte tatsächlich erreicht werden, würde selbstverständlich sofort die entsprechende Alarmstufe gegeben. Die entsprechenden Aufforderungen (Heizanlagen und betriebliche Feuerungen, Kraftfahrzeug-

Forts. auf Blatt 262

Forts. von Blatt 261

verkehr auf das unbedingt notwendige Maß einschränken, körperliche Anstrengungen bei Risikogruppen vermeiden, Heizanlagen für Amtsgebäude, Wohnhäuser, Betriebe drosseln, bei Kraftwerken — soweit nicht ohnehin, wie durch das Umweltprogramm der E-Werke forciert, schadstoffarme Brennstoffe verwenden — Umstellen auf Erdgas bzw. schadstoffärmere Brennstoffe) der Alarmstufe 1 würden in diesem Fall natürlich sofort hinausgegeben werden. Der Umwelt-Alarmplan selbst, der dies auch gesetzlich regelt, ist derzeit in interner Begutachtung.

Keinesfalls als Verharmlosung, aber als „greifbarer" Vergleich: der Co-Grenzwert für Wien etwa beträgt für Stufe 1 25 Milligramm CO pro Kubikmeter — pro kräftigem Zug an einer Zigarette hat man im Rauch zwischen 400 und 600 Milligramm CO, das ist das 16- bis 24fache. (Schluß) hrs/gg

„Mobile Gebietsbetreuung" hilft gegen die Sanierungsspekulation

Bereits am 7. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Die im Oktober des Vorjahres von der Stadt Wien ins Leben gerufene „Mobile Gebietsbetreuung" hat sich als wichtiges Instrument gegen die Sanierungsspekulation bewährt. Die Fachleute der „Mobilen Gebietsbetreuung" haben mehr als 100 Beschwerden über unredliche Absiedlungsmethoden in sanierungsbedürftigen Althäusern bearbeitet und die betroffenen Hausbewohner mit Information und rechtlicher Hilfestellung unterstützt.

Seit Juli 1986 gingen bei der „Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden 43 59 19 DW 55" des Wiener Stadterneuerungsfonds etwa 450 Anrufe ein. Zwei Drittel der Anrufe betrafen mietrechtliche Fragen, rund ein Viertel Absiedlungsprobleme in insgesamt 62 Häusern. Die Betreuung der Hausbewohner in 55 Häusern wurde der „Mobilen Gebietsbetreuung" übertragen, der Rest den bestehenden örtlichen Gebietsbetreuungen. Mit Information, Hausversammlungen, Mietertreffen, Vermittlungsgesprächen mit den Hausverwaltungen und mit der Ausarbeitung von alternativen Sockelsanierungskonzepten konnten in vielen Fällen ursprüngliche Schikanen gegen die Hausbewohner eingestellt, die Zurückziehung von Anträgen auf Ausstellung eines Interessensbescheides erreicht und somit eine Totalsanierung mit Absiedlung der Hausbewohner verhindert werden.

Um diese Tätigkeit fortzusetzen, wird die „Mobile Gebietsbetreuung" 1987 mit insgesamt 2,2 Millionen Schilling durch die Stadt Wien unterstützt. Die „Mobile Gebietsbetreuung" ist täglich von 9 bis 13 Uhr unter der Telefonnummer 48 69 91 oder im Büro, 18., Theresiengasse 35, erreichbar. (Schluß) ah/bs

„Aldo-Moro-Hof" in Währing

Bereits am 8. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 8.2. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in Wien 18, Antonigasse 41 — Leitermayergasse 26, nach Aldo MORO in „Aldo-Moro-Hof".

Aldo Moro zählte zu den führenden christdemokratischen Politikern Italiens in den Fünfziger- bis Siebzigerjahren. 1963 bildete er die erste Koalitionsregierung zwischen Christdemokraten und Sozialisten. 1978 wurde Aldo Moro von Terroristen ermordet. (Schluß) gab/gg

Ausstellung der Gruppe SXART im Bezirksmuseum Döbling

Wien, 9.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Döbling ist vom 10. bis 28. Februar eine Ausstellung der Gruppe SXART zu sehen. Die vier Künstler Günther BAUER, Otto H. GRÜN, Elisabeth OLIVIER und I. Z. VAJDA präsentieren Malerei, Graphik, Zeichnungen und Kleinplastiken. Die Ausstellung, die am Dienstag, dem 10. Februar, von Bezirksvorsteher Adolf TILLER eröffnet wird, ist jeweils Donnerstag und Freitag von 12 bis 20 Uhr, Samstag von 15.30 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr zu sehen. (Schluß) gab/gg

Nächste zentrale Selbstschutzberatung kommenden Donnerstag

Am 12. Februar in der Schmidthalle des Rathauses

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Die nächste zentrale Selbschutz-Beratung findet am Donnerstag, dem 12. Februar, statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten in der Schmidthalle des Rathauses Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation. Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial bieten außerdem die Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr, geöffnet.

Auf dem laufenden bleiben

Wer sicher sein möchte, stets über alle aktuellen Informationen zu verfügen und Wissenswertes über entsprechende Veranstaltungen der Stadt Wien und der Volkshochschulen zu erfahren, kann seine Adresse und seine speziellen Interessen zu diesem Thema elektronisch speichern lassen. Die Stadtinformation (Telefon 43 89 89, Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr, außerhalb dieser Zeit Anrufbeantworter) und alle Bürgerdienst-Außenstellen nehmen solche Bestellungen entgegen. Entsprechende Postkarten liegen dort und auch in allen Volkshochschulen auf. Auskünfte über das Selbstschutz-Ausbildungsangebot gibt es auch unter der Telefonnummer 15 25.

Selbstschutz-Kurse in vier „Häusern der Begegnung"

Am 13., 16., 20. und 23. Februar beginnen in vier Volkshochschulen beziehungsweise Häusern der Begegnung (22., 19., 10. und 15. Bezirk) kostenlose Kurse zum Thema „Selbstschutz". Anmeldungen dafür nehmen die Stadtinformation (43 89 89) und alle Wiener Volkshochschulen entgegen. Die Teilnehmerzahl pro Kurs ist mit maximal 25 Teilnehmern begrenzt. (Schluß) and/gg

Ausbildung zum Behindertenbetreuer

Anmeldungen bis 1. April

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Das Institut für Heimerziehung der Stadt Wien plant einen Lehrgang für Berufstätige zur Ausbildung als Behindertenbetreuer. Voraussetzungen für diesen drei Semester dauernden Kurs sind eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Matura und ein Jahr Praxis in der Behindertenarbeit. Der Kurs, für den man sich bis 1. April im Institut für Heimerziehung, 21, Freytaggasse 32, Tel.: 38 71 66, anmelden kann, ist kostenlos.

Ziel des Lehrgangs, der im Herbst 1987 startet, ist es, Personen, die in der Behindertenbetreuung tätig sind, eine qualifiziertere Ausbildung durch Fachleute auf dem Gebiet der Behindertenarbeit zu ermöglichen. Dieser erweiterten Ausbildung, die auf eine Initiative der gemeinderätlichen Behindertenkommission zurückgeht, kommt besonders im Hinblick auf die Schaffung von 1.000 neuen Behinderten-Wohnplätzen durch die Stadt Wien, die in den nächten Jahren entstehen sollen, große Bedeutung zu. (Schluß) jel/bs

Neue Apothekenleiterin im Psychiatrischen Krankenhaus

Stacher: Spitalskosten sparen durch Einsparungen bei Verbrauchsgütern

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER nahm Montag die Amtseinführung von Mag. Elisabeth SCHANDL zur neuen Leiterin der Anstaltsapotheke des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe vor. Sie folgt Mag. Gertrud MACIEJOVSKY, die in den Ruhestand getreten ist. Bei der Amtseinführung erklärte Stadtrat Stacher, daß auch über Kosteneinsparungen in den Anstaltsapotheken zur Kostenbegrenzung in den Spitälern beigetragen werden soll. Dies dürfe jedoch nicht zu Lasten der Patienten geschehen, sondern könne im Rahmen der Möglichkeiten auch durch Gespräche zwischen Ärzten und Apotheke erreicht werden.

Mag. Elisabeth Schandl begann ihren Dienst bei der Stadt Wien im Jahre 1956 in der Anstaltsapotheke der Krankenanstalt Rudolfstiftung, dann war sie als stellvertretende Apothekenleiterin im Allgemeinen Krankenhaus, als Apothekenleiterin im Sophienspital und schließlich als stellvertretende Apothekenleiterin im Elisabethspital tätig. Ihre Vorgängerin Mag. Gertrud Maciejovsky trat 1955 in die Anstaltsapotheke des Allgemeinen Krankenhauses ein. Seit 1980 war sie Apothekenleiterin im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe und trat im August 1986 in den Ruhestand.

An der Amtseinführung nahm neben anderen auch der Penzinger Bezirksvorsteher Otto BAUER teil. (Schluß) and/rr

Wiener ÖVP für neues Wien-Design

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Der Rückgang bei den Gästenächtigungen im Vorjahr müßte Anlaß sein, mit einer Reihe von Aktivitäten für Wien als Tourismus-Metropole zu werben, meinte ÖVP-Landesparteisekretär Dr. Ferdinand MAIER Montag in einem Pressegespräch. Derzeit verlasse man sich zu sehr auf das übliche Wien-Klischee. Es wäre Zeit, ein neues Wien-Design zu erarbeiten, betonte Maier. Wien sei keine verschlafene Stadt, es biete viel innere Spannung, die den Touristen durch die Fremdenverkehrswerbung näher gebracht werden müßte. Die ÖVP setzt sich für eine Werbelinie „Abenteuerspielplatz Wien" ein, in der das Bermuda-Dreieck herausgestrichen werden müßte und für neue Aktivitäten im Kulturtourismus wie zum Beispiel einem Jazz-Festival. Ebenso tritt die ÖVP für eine Teilung der Wiener Festwochen in ein Wiener Musikfest und in ein Wiener Theaterfestival ein. (Schluß) sei/gg

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Rekordumschlag im Containerterminal des Wiener Hafens (271/FS: 9.2.)

Mädchen vom Dach der Stadtbahn gerettet (272)

Neuer Flächenwidmungsplan im 22. Bezirk (273)

Planungsausschuß genehmigte Bauvorhaben (274)

Stadtentwicklungsbericht 1986: Fortschritte und Probleme (275-277)

Auch Bezirksvertretungen sollen Schlaglöcher melden (278)

Experten-Gespräch über Psychotherapie (280)

Wiener Umweltforderungen erfüllt (279)

Beschluß des Stadtsenats zum Thema AIDS-Untersuchungen (281)

Reinigen der Straßen von Streusplitt hat begonnen (282)

Rekordumschlag im Containerterminal des Wiener Hafens

Bereits am 9. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 9.2. (RK-WIRTSCHAFT) Der Wiener Hafen — mit den drei Unternehmungen WIENER HAFEN Gesellschaft m.b.H. (WHG), WIENER HAFEN UND LAGER Ausbau- und Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H. (WHV), WIENER HAFEN Lager und Umschlagsbetriebe Gesellschaft m.b.H. (WHL) — verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Der Wiencont Containerterminal brachte es auf einen Jahresumschlag von mehr als 50.000 Einheiten, was den dritten Rekord in ununterbrochener Reihenfolge bedeutete. Auch die Bemühungen, den kostengünstigen und umweltfreundlichen Wassertransport zu forcieren, waren von Erfolg gekrönt. Schiffsumschlag und die Zahl der abgefertigten Schiffe weisen gute Steigerungsraten auf.

Alle drei Unternehmungen des Wiener Hafens bilanzieren positiv. (Schluß) wh/rr

Mädchen vom Dach der Stadtbahn gerettet

Nun Ehrung durch das Land Wien

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Durch den koordinierten Einsatz von sechs Männern, die nun vom Land Wien ausgezeichnet wurden, konnte im September 1985 ein größeres Unglück verhindert werden: Ein elfjähriges Mädchen, das sich in Begleitung einer Freundin in einem Stadtbahnzug von einem Mann unsittlich belästigt fühlte, war in Panik auf das Dach des Wagens geklettert. In dieser gefährlichen Situation zwischen den Stationen Heiligenstadt und Nußdorfer Straße kam es zu einer raschen Hilfsaktion: Der Fahrer eines Gegenzuges bemerkte das Mädchen und verständigte die Betriebsinspektion der Verkehrsbetriebe, worauf der Fahrer des betroffenen Zuges in einer vorsichtigen Bremsung die Garnitur zum Stillstand brachte und die Stromabnehmer absenkte. Unter tatkräftiger Mithilfe von zwei Bahnhofsbediensteten und zwei Gleisarbeitern wurde das Kind geborgen und der Mann der inzwischen verständigten Funkstreife übergeben.

Am Montag überreichte Stadtrat Johann HATZL nun in Anwesenheit von Landtagspräsident Fritz HAHN diesen sechs Männern das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien. Geehrt wurden Hubert RENOTH, der Fahrer des betroffenen Zuges, Rudolf NOWACEK, der Fahrer des Gegenzuges, die beiden Bahnhofsbediensteten der Verkehrsbetriebe Gerhard PICHLER und Rainer WEIGL sowie die beiden Gleisarbeiter Rudolf HOLPER und Ernst WENZEL. (Schluß) roh/bs

Die sechs Männer, die durch ihren vorbildlichen Einsatz ein größeres Unglück verhinderten und dafür von Stadtrat Johann Hatzl mit dem Silbernen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet wurden.

Neuer Flächenwidmungsplan im 22. Bezirk

Öffentliche Auflage

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Alter Donau, Laberlweg/Fischerstrand und der U-Bahn-Trasse beziehungsweise der Wagramer Straße wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Der Planentwurf liegt vom 12. Februar bis 12. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Zusätzlich gibt es jeden Donnerstag Nachmittag während der Zeit der öffentlichen Auflage eine zusätzliche Informationsmöglichkeit in den Räumen der Bezirksvorstehung Donaustadt.

Dieser Bereich gehörte zum Gebiet, für das der städtebauliche Ideenwettbewerb „Donaustadt 2000" abgehalten wurde. Der vorliegende Entwurf ist der erste Teil eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für diesen Stadtteil. Ziele sind die Erhaltung des durchgrünten Einfamilienhauscharakters, der betrieblichen Nutzung an der Wagramer Straße und die Sicherung der Erholungsfunktion. Durch besondere Bestimmungen soll die bauliche Ausnutzbarkeit von Grundstücken begrenzt werden. Für den Plangebietsteil westlich der Wagramer Straße wird vorerst nur die Flächenwidmung festgelegt, um nachteiligen Entwicklungen entgegentreten zu können. Die detaillierten Bebauungsbestimmungen werden später festgelegt. Entlang der Alten Donau wird der Bestand an Badehütten und Freizeiteinrichtungen gesichert. (Schluß) and/rr

Planungsausschuß genehmigte Bauvorhaben

Wohnhausanlage mit 60 Wohnungen in Favoriten

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die Planung für eine städtische Wohnhausanlage in Favoriten sowie einige Straßenprojekte standen Montag nachmittag auf dem Programm des Gemeinderatsausschusses für Planung und Stadtentwicklung.

Die Wohnhausanlage in der Herzgasse 15 bis 19 im 10. Bezirk soll etwa 60 Wohnungen umfassen, davon 10 Wohnungen für Behinderte. In der Tiefgarage sind Stellplätze für 40 PKW vorgesehen. Außerdem wird in dem Gebäude, dessen Errichtungskosten auf 48 Millionen Schilling geschätzt werden, ein zweigruppiges Kindertagesheim eingerichtet. Mit der Planung für die Anlage wird der Architekt Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Josef KRAWINA beauftragt. Der Ausschuß genehmigte auch grundsätzlich einige Straßenprojekte in Liesing:

- Zwischen der Laxenburger Straße und der Großmarktstraße soll entlang des Liesingbaches ein Fußweg angelegt werden.
- Zur Erschließung des Betriebsbaugebietes Draschegründe Ost wird die Birostraße ausgebaut.
- Ebenfalls der Erschließung des Betriebsbaugebietes Draschegründe, aber auch der Verkehrsentlastung des Ortskerns von Inzersdorf dient der Ausbau einer Straße zwischen der Richard-Strauss-Straße und der Laxenburger Straße.

Zur Behebung von Frostschäden und zur Herstellung von Asphaltbetonbelägen auf Fahrstreifen von Straßen des 10. und 23. Bezirks genehmigte der Planungsausschuß insgesamt 4,74 Millionen Schilling. (Schluß) sc/bs

Stadtentwicklungsbericht 1986: Fortschritte und Probleme

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Ein weiterer Rückgang der Wiener Bevölkerung trotz erstmals positiver Wanderungsbilanz, ein weiterhin angespannter Arbeitsmarkt bei gleichzeitigem Ansteigen der offenen Stellen und Facharbeitermangel in einzelnen Branchen, eine stabile Entwicklung der Geschäftszentren innerhalb und eine Bedeutungszunahme von Hauptzentren außerhalb des Gürtels, eine immer stärkere Verlagerung des Wohnbaugeschehens auf die Stadterneuerung, jedoch nach wie vor keine Auflockerung in den zu dicht bebauten Stadtteilen und keine Milderung des Parkplatzproblems sowie eine zu dominierende Konzentration der Betriebsansiedlungen im Süden Wiens — das sind einige der wesentlichsten Ergebnisse und Tendenzen, die im Wiener Stadtentwicklungsbericht 1986 aufgezeigt werden, über den Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters informierte.

Seit dem Beschluß über den Stadtentwicklungsplan im Jahr 1984 wird jährlich ein Stadtentwicklungsbericht erstellt, in dem thematisch umfassend, aber in komprimierter Form, die wichtigsten — positiven wie negativen — aktuellen Tendenzen dargestellt und daraus zugleich Prognosen, aber vor allem auch Forderungen für die Zukunft abgeleitet werden. Der Stadtentwicklungsbericht zeigt, auf welchen Gebieten Fortschritte im Sinne der angestrebten Stadtentwicklung erzielt wurden, setzt sich aber kritisch gerade auch mit jenen Bereichen auseinander, wo es Probleme gibt, und fordert entsprechende Konsequenzen.

Die wichtigsten Schwerpunkte des Stadtentwicklungsberichtes 1986, dessen Rohfassung in den nächsten Tagen der Stadtentwicklungskommission vorgelegt werden wird:

Wiener werden weniger

Der Trend der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre setzte sich auch 1985 und 1986 fort. 1984 zählte Wien 1,517.000 Einwohner, 1985 1,508.000 und 1986 ziemlich genau 1,5 Millionen. Diese Entwicklung ist nach wie vor auf das Geburtendefizit zurückzuführen, während die Wanderungsbilanz erstmals seit Jahren wieder einen Überschuß (702) zeigt.

Mehr Arbeitslose, aber auch mehr offene Stellen

Das weiter zu beobachtende Ansteigen der Arbeitslosen in Wien wird gleichzeitig von einem starken Ansteigen gemeldeter offener Stellen begleitet. In einzelnen Branchen gibt es einen ausgeprägten Mangel an Facharbeitern. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Wien im Vergleich zu den anderen Bundesländern wesentlich geringer. In Wien ist derzeit etwa jeder fünfte Arbeitslose ein Jugendlicher im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, im übrigen Österreich jeder Dritte. Betroffen von der Jugendarbeitslosigkeit sind vor allem solche Personen, die ihre Schulausbildung oder Lehre abgebrochen haben. Entsprechend der Situation auf dem Wiener Arbeitsmarkt erscheinen daher vor allem Maßnahmen zur Weiterbildung bzw. Umschulung von Arbeitskräften erforderlich.

Innere Stadt weiterhin Einkaufszentrum Nummer 1

Eine in Abständen von fünf Jahren durchgeführte genaue Analyse zeigt, daß die Innere Stadt nach wie vor das mit großem Abstand umsatzstärkste Einkaufszentrum Wiens ist und gegenüber 1981 eine weitgehend stabile Entwicklung aufweist. Eine außergewöhnliche Lagegunst hat das Gebiet um den Verkehrsknoten Wien-Mitte, wo es eine starke Tendenz zu weiteren Einrichtungen des tertiären Wirtschaftssektors gibt. Allerdings stehen diese Konzentrationstendenzen in einem gewissen Widerspruch zu den im Stadtentwicklungsplan festgelegten Zielen einer stärkeren Dezentralisierung zur besseren Versorgung der Stadtrandbezirke. Vor einer Umwidmung von weiteren derzeit unbebauten Flächen sollte deshalb eine genaue Analyse der Auswirkungen der gegenwärtigen Entwicklung erfolgen.

Forts. auf Blatt 276

Forts. von Blatt 275

Überdurchschnittliche Steigerungsraten wurden in folgenden Geschäftszentren erzielt: Fußgängerzone Favoriten, Floridsdorf, Simmering, Donauzentrum, Hietzing und Hütteldorfer Straße (die der deutlichste Aufsteiger überhaupt ist).

Unterdurchschnittlich haben sich dagegen die Praterstraße, die Favoritenstraße im 4. Bezirk, die Wiedner Hauptstraße, die Lerchenfelder Straße, die Josefstädter Straße und die äußere Mariahilfer Straße entwickelt. Sonderfälle sind wegen des derzeitigen U-Bahn-Baues die Landstraßer Hauptstraße und die innere Mariahilfer Straße.

Betriebsansiedlung: Zu wenig im Nordosten

Die Betriebsansiedlung zeigt eine deutliche Präferenz der Unternehmen für den Süden Wiens. Lediglich 19 Prozent der in den vergangenen zwei Jahren vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds verkauften bzw. vermittelten Flächen liegen im Nordosten der Stadt. Gerade im 21. und 22. Bezirk wäre jedoch eine verstärkte Betriebsansiedlung nötig, um das Einwohner-Arbeitsplatz-Verhältnis zu verbessern und damit den donauquerenden Berufspendlerverkehr zu reduzieren. Der Stadtentwicklungsbericht empfiehlt deshalb, einerseits die Betriebsansiedlung im Süden Wiens zu verlangsamen und andererseits gemeinsam mit einem Ausbau des Förderungsinstrumentariums die Betriebsansiedlung im Nordosten zu forcieren.

Parkplatzprobleme verschärft

Während sich die Wohnbautätigkeit immer stärker zur Stadterneuerung verlagert, hat sich der Gegensatz zwischen der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes und des Parkplatzangebotes für die Wohnbevölkerung weiterhin verschärft. Der Stadtentwicklungsbericht bemängelt, daß praktische Konsequenzen noch weitgehend fehlen. In einem aktualisierten Park-and-Ride-Programm werden folgende 15 Standorte an U- und S-Bahn-Linien vorgeschlagen: Hütteldorf, Ober St. Veit, Unter St. Veit, Schönbrunn, Reumannplatz, Heiligenstadt, Erdberg, Siebenhirten, Perfektastraße, Schöpfwerk, Liesing, Strebersdorf, Leopoldau, Atzgersdorf-Mauer und Brünner Straße. Diese 15 neuen Standorte umfassen etwa 2.500 Parkplätze, die Baukosten belaufen sich auf etwa 120 Millionen Schilling.

Im Bereich von Straßenbahn und Autobus kritisiert der Stadtentwicklungsbericht, daß die Beschleunigungsmaßnahmen bisher zu wenig durchgreifend gewesen seien. Positiv werden die zahlreichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung bewertet: In den letzten beiden Jahren kamen 35 neue verkehrsberuhigte Zonen hinzu, im 22. Bezirk wurden in der Anton-Sattler-Gasse und in der Saikogasse Pilotprojekte für den Straßenrückbau realisiert, das LKW-Nachtfahrverbot hat sich bewährt, und ein Programm zur Schaffung von 30 km/h-Zonen ist in Vorbereitung. Auch das Radwegenetz konnte um 40 Kilometer auf 185 Kilometer erweitert werden, an 110 Stellen wurden Fahrradständer aufgestellt.

Luftqualität verbessert

Langjährige Überwachungen zeigen eine deutliche Verbesserung der Wiener Luftqualität, die SO_2-Belastung wurde erheblich reduziert. Diese Erfolge wurden vor allem durch Maßnahmen im Bereich der Müllverbrennungsanlagen, der Kraftwerke sowie der Blockheizwerke erreicht. In Zukunft ist besonderes Augenmerk vor allem auch auf eine Reduzierung der Schadstoffemissionen von privaten Kleinfeuerungen zu richten. Der nachträgliche Einbau von Fernwärmeheizungen in bestehende Wohnungen soll intensiviert werden.

Grünflächenprogramm für das nichtbebaute Gebiet

Rund 56 Prozent des Stadtgebiets sind Grün- und Freiflächen bzw. Gewässer. Wien liegt mit seinem Grünflächenanteil damit im absoluten Spitzenfeld der europäischen Großstädte. Allerdings gibt es in manchen

Forts. auf Blatt 277

Forts. von Blatt 276

dichtbebauten Stadtgebieten ein Grünflächendefizit. Zur Umsetzung der vom Wiener Landtag beschlossenen Grünlanddeklaration soll daher — analog dem Wohnbauprogramm — ein Grünflächenprogramm erstellt werden. Das gerade in den am dichtesten bebauten Bezirken das Angebot an unbebauten und im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen Flächen äußerst gering ist, ergibt sich die Notwendigkeit des Ankaufs und der Freimachung von derzeit bebauten Liegenschaften. Der Vorschlag für einen entsprechenden Grundsatzbeschluß des Gemeinderates umfaßt insgesamt 32 Standorte mit einer Gesamtfläche von 136.000 Quadratmetern und Kosten von 440 Millionen Schilling.

Kleingartenkonzept und „Wohnen im Grünen"

Dem verstärkten Trend zum Wohnen im Grünen soll durch eine Forcierung entsprechender Wohnbauformen (verdichteter Flachbau, Reihenhäuser) Rechnung getragen werden. Zugleich wird im Kleingartenwesen eine Rückbesinnung auf die eigentliche Funktion des Kleingartens als einfache und kostengünstige Grünlandnutzung angestrebt. Darüber hinaus sollen neue und alternative Gartennutzungen wie Mietergärten geschaffen und gefördert werden.

Schutz für den Wienerwald - Nationalpark Lobau

Schutzmaßnahmen für den Wienerwald stellen ein besonderes Anliegen der Stadt Wien dar. Dazu gehört es, die immer stärker in die Erholungslandschaft eindringende Besiedelung des Wienerwaldes durch einen Widmungsstop und weitere Rückwidmungen von Bauland in Grünland zu bremsen. Der Zusammenarbeit mit Niederösterreich kommt dabei größte Bedeutung zu. Die Wiener Lobau soll Teil eines Nationalparks Ost werden.

Freizeitmagnet Donauinsel

Der Stadtentwicklungsbericht enthält auch die Ergebnisse einer Reihe von detaillierten Untersuchungen und Forschungsvorhaben. So geht aus einer Untersuchung des Freizeitverhaltens der Wiener Bevölkerung hervor, daß sich die Donauinsel immer stärker zu einem Freizeitmagneten entwickelt. Von den 325.000 Bewohnern im engeren Donauraum haben im vergangenen Sommerhalbjahr 20 Prozent die Donauinsel mindestens 30mal besucht, 43 Prozent mindestens 10mal, 68 Prozent mindestens zweimal und 76 Prozent mindestens einmal. Von der restlichen Bevölkerung Wiens haben in der gleichen Zeit neun Prozent die Donauinsel mindestens 30mal besucht, 20 Prozent mindestens 10mal, 41 Prozent mindestens zweimal und 54 Prozent mindestens einmal. Von den Bewohnern der Wiener Umlandgemeinden wird die Donauinsel ebenfalls in einem sehr hohen Maße frequentiert: Neun Prozent waren mindestens 30mal dort, 15 Prozent mindestens 10mal, 37 Prozent mindestens zweimal und 50 Prozent mindestens einmal.

Untersuchung über Verfallserscheinungen

Interessante Ergebnisse zeigt auch das Forschungprojekt über „Stadtverfall" (Blight). Dabei wird die Bausubstanz der Bezirke 1 bis 9 auf der Grundlage von Beobachtungen an straßenseitigen Gebäudefronten detailliert untersucht. Es zeigte sich, daß neben den Neubauten (12,1 Prozent) mehr als die Hälfte der Gebäude (54,6 Prozent) Altbauten ohne jegliche Verfallserscheinungen sind. 33,3 Prozent der Gebäude sind Altbauten, an denen gewisse Verfallserscheinungen festgestellt wurden. Zum überwiegenden Teil betrifft dies allerdings lediglich den Tatbestand einzelner leerstehenden Wohnungen oder Lokale. Nur bei 7,9 Prozent aller Gebäude wurde der Bauzustand als schlecht bewertet, nur bei 0,3 Prozent als abbruchreif. Die Erneuerungstendenzen spiegeln sich in der jüngsten Renovierungstätigkeit wider: Der Anteil dieser Gebäude erreicht mit 5,5 Prozent annähernd jenen Wert, den die Gebäude mit schlechtem Zustand (7,9 Prozent) aufweisen. Das heißt, daß die Quantität der Erneuerungstätigkeit in Summe etwa jener von Gebäuden mit schlechter Zustandsbewertung gleichkommt. (Forts. mgl.) ger/gg

Auch Bezirksvertretungen sollen Schlaglöcher melden

Wien, 10.2. (RK-LOKAL) In der Pressekonferenz von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teilte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag vormittag mit, daß er die Bezirksvertretungen ersucht hat, Frostschäden auf den Wiener Straßen der Magistratsabteilung 28 bekanntzugeben. Je früher Schlaglöcher gemeldet werden, umso eher können sie auch provisorisch geschlossen werden. Die endgültige Sanierung kann allerdings aus technischen Gründen erst in der wärmeren Jahreszeit erfolgen, wenn keine Temperaturen unter dem Gefrierpunkt mehr auftreten.

Derzeit sind bis zu 25 Arbeitstrupps unterwegs, um Frostschäden zu beheben. Bei Bedarf werden zusätzlich Mannschaften von Firmen verpflichtet, die von Montag früh bis Freitag mittag rund um die Uhr eingesetzt werden können.

Meldungen über Frostaufbrüche nimmt die für die Straßenerhaltung zuständige MA 28 entgegen: Telefon 46 16 91, Montag bis Freitag von 7.30 bis 13.30 Uhr. (Schluß) sc/gg

Wiener Umweltforderungen erfüllt

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Bei zwei Umweltforderungen des Landes Wien an den Bund zeichnen sich nun Erfolge ab, gab Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seinem Pressegespräch bekannt: In einem Brief an Landeshauptmann Zilk weist Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY darauf hin, daß die Wiener Forderung nach einem Verbot von halogenierten Kohlenwasserstoffen als Treibgas in Spraydosen — diese Verbindungen gefährden die Ozonschicht der Atmosphäre — in das Arbeitsprogramm der neuen Regierung Eingang gefunden hat. Im Kapitel Umweltpolitik des Übereinkommens heißt es unter den geplanten Vorhaben zur Luftreinhaltung: „Weitgehende Beschränkung der Verwendung von Chlorfluorkohlenwasserstoffen, schrittweises Verbot der Verwendung als Treibgas."

Der zweite Wiener Erfolg betrifft das Zurückdrängen jener chemischen Mittel in der Tierzucht, die ausschließlich der Steigerung der Produktivität dienen. Der Entwurf der Futtermittelverordnungsnovelle 1986 enthielt u.a. die Substanz „Ronidazol", gegen die Wien wegen ihrer krebserregenden Wirkung, wie berichtet, Einspruch erhob. In der Ende Jänner veröffentlichten Endfassung der Verordnung ist „Ronidazol" nicht mehr enthalten, sein Einsatz ist daher verboten. Darüberhinaus ist derzeit ein neues, zeitgemäßes Futtermittelgesetz in Arbeit, das rückstandsfreie Lebensmittel tierischer Herkunft gewährleisten soll und das alte Gesetz aus dem Jahr 1952 ersetzen wird. (Schluß) red/bs

Experten-Gespräch über Psychotherapie

Mehr Information und Koordination

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die Psychotherapie ist eine unbestrittene und unbedingt notwendige Behandlungsmethode geworden. Der einzelne, der einen Therapieplatz sucht, steht aber meist einer verwirrenden Vielfalt verschiedener Angebote gegenüber und hat zu wenig Information, welche Therapieform für ihn geeignet ist. Auch die Gesamtzahl der Therapieplätze ist zu gering.

Neurosen, Psychosen und psychosomatische Erkrankungen sollten regelmäßig psychotherapeutisch behandelt werden. Dazu sollen zunächst die Ärzte selbst über die einzelnen psychotherapeutischen Methoden und über die bestehenden Zuweisungsmöglichkeiten besser informiert werden. Dies wurde Montag nachmittag in einem Gespräch zwischen Wiener Psychotherapie-Experten und Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER festgestellt.

Weiters soll die Information der Patienten über Therapiemöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den in Wien tätigen Therapeuten verbessert und Zuweisungen besser koordiniert werden.

Wenn die Bedeutung der Psychotherapie zurecht immer wieder betont wird, muß für den Patienten auch die Möglichkeit geschaffen werden, rasch und ohne große Hindernisse einen für ihn geeigneten Therapieplatz zu finden, sagte Stacher.

Arbeitsgemeinschaften und gemeinsame Auskunftsstellen sollen im Rahmen eines „Wiener Modells" noch heuer für eine Verbesserung der Situation auf dem Gebiet der Psychotherapie sorgen. (Schluß) zi/rr

Beschluß des Stadtsenats zum Thema AIDS-Untersuchungen

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER brachte am Dienstag in der Sitzung des Stadtsenates einen Beschlußantrag zum Thema AIDS-Untersuchungen ein, der einstimmig angenommen wurde. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hob in seinem Pressegespräch am Dienstag hervor, daß es sich bei diesem Antrag um ein Bekenntnis zu den Untersuchungen von Spitalspatienten und Anstellungswerbern bei der Stadt Wien und gegen jede Diskriminierung handle.

Damit verbunden sei eine Aufforderung an den Bund, derartige Bluttests zu legalisieren, was mit einer Novelle des AIDS-Gesetzes möglich wäre. Wien sei mit seinen Untersuchungen beispielgebend. Stadtrat Stacher erklärte, daß man es bei der AIDS-Diskussion mit zwei großen Problemkreis zu tun habe, mit der Erkrankung selbst und mit der AIDS-Angst. Im einzelnen beinhaltet der Beschlußantrag folgendes:

„Die Stadt Wien ist grundsätzlich gegen jede Diskriminierung und soziale Schlechterstellung von kranken, behinderten oder sonst gesellschaftlich benachteiligten Menschen. Dazu gehören auch an AIDS Erkrankte und serologisch HIV-positiv Gesunde. Selbstverständlich ist aber auch alles zu unternehmen, serologisch negativ Gesunde so weit wie möglich vor Ansteckung zu bewahren. Dazu wurden und werden epidemiologische Studien durchgeführt. Der Stadtsenat nimmt zur Kenntnis, daß diese Studien sich auch auf Patienten von Krankenanstalten und Einstellungsuntersuchungen beziehen. Vom Bund wird erwartet, daß für diese Blutabnahmen eine gesetzliche Regelung erfolgt.

Ein in diesem Rahmen erhobener positiver HIV-Antikörperbefund darf für sich allein bei nicht vorliegender Erkrankung kein Anstellungshindernis darstellen. Die bereits seit Jahren laufende seriöse Aufklärung der Bevölkerung ist fortzusetzen bzw. noch zu intensivieren.

Der amtsführende Stadtrat für das Gesundheits- und Spitalswesen wird beauftragt, dem Stadtsenat über das Ergebnis der demnächst stattfindenden Beratungen des Obersten Sanitätsrates mit den Landessanitätsdirektoren, bei denen auch die Frage routinemäßiger Einstellungsuntersuchungen zur Sprache kommt, zu berichten und im Zusammenwirken mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Bundesminister, der Ärztekammer, der AIDS-Hilfe, dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien die Bevölkerung laufend aufzuklären und über aktuelle Entwicklungen zu informieren." (Schluß) red/gg

Reinigen der Straßen von Streusplitt hat begonnen

Wien, 10.2. (RK-LOKAL) In der vergangenen Nacht wurde mit dem Reinigen mehrerer Straßenzüge von Streusplitt begonnen. 14 Kehrmaschinen waren bis 2 Uhr früh im Einsatz, mußten dann allerdings wegen Straßenglätte mit dem Kehren aufhören. Der frühzeitige Beginn des Einkehrens des Splitts soll helfen, übermäßige Staubentwicklung nach langen Trockenperioden zu vermeiden, sagte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Kehrmaschinen werden zunächst auf den Hauptverkehrsstraßen, auf denen auch am meisten gestreut wurde, eingesetzt. Je nach Witterung geht das Reinigen natürlich weiter. Nach dem Säubern der Hauptrouten kommen die anderen Straßenzüge an die Reihe. (Schluß) hrs/bs

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
lontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Stadtsenat Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl. Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 11. Februar 1987 **Blatt 283**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Stadtwerke: Überprüfung durch Rechnungshof jederzeit möglich (284/FS: 10.2.)

Ausstellung der „Gürtelkommission" in Meidling (285/286)

Umwelttelefon 43 89 89 informiert über Luftqualität (288)

Geschäftsbericht 1986 der Wiener Stadtwerke (289/290)

Zahl der Grippekranken steigt (291)

FPÖ fordert Einführung des Persönlichkeitswahlrechts (292)

Oberste Spitalsapothekerin der Stadt Wien wurde Hofrat (293)

Sport:

Spitzenathleten beim 4. Wiener Frühlingsmarathon (287)

Stadtwerke: Überprüfung durch Rechnungshof jederzeit möglich

Bereits am 10. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) „Keinerlei Befürchtungen und auch nicht Kontrollfeindlichkeit sind der Grund dafür, daß Dienstag im Stadtsenat der Antrag der ÖVP auf Überprüfung der Stadtwerke durch den Rechnungshof abgelehnt wurde", erklärte Stadtrat Johann HATZI gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer Aussendung von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK. „Eine solche Überprüfung ist nur schlicht und einfach nicht notwendig, da die Stadtwerke einer vielfachen Aufsicht und Kontrolle unterliegen und aus reiner Parteitaktik dem Rechnungshof nicht ein so großer zusätzlicher Verwaltungsaufwand aufgezwungen werden sollte. Wenn der Rechnungshof die Notwendigkeit einer solchen Überprüfung für gegeben hält, kann er sie jederzeit gemäß Paragraph 18 des Rechnungshofgesetzes „amtswegig", das heißt von sich aus, durchführen".

Die Wiener Stadtwerke und damit ihre Tarifgestaltung unterliegen derzeit einer sechsfachen Kontrolle:

1. Der Gemeinderat überprüft jährlich die Wirtschaftspläne und

2. die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke.

3. Der Gemeinderat beschließt eigens die Tarife der Stadtwerke.

4. Energielieferungen jeder Art unterliegen dem Preisgesetz, das heißt, daß für das Preisverfahren im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten alle Kalkulationen im Detail vorgelegt werden müssen.

5. Die Wiener Stadtwerke unterliegen der Prüfung durch das Kontrollamt, wobei neben der jährlichen Prüfung laufend Schwerpunktprüfungen durchgeführt werden.

6. Die Stadtwerke werden als „Steuersubjekt" laufenden steuerlichen Überprüfungen unterzogen.

Der in der ÖVP-Aussendung angesprochene Brief war eine richtige und notwendige Antwort der Stadtwerke zu so falschen Aussagen, wie sie in einem vorhergegangenen Brief von Vizebürgermeister Busek getroffen worden seien, sagte Hatzl. Auch die Aussagen zum Stromtarif waren zu diesem Zeitpunkt vollkommen richtig, erst Ende Jänner ergab sich auf Grund einer um zwei Monate vorgezogenen Neubewertung der Erdölvorräte die Möglichkeit einer Senkung des Stromtarifes.

Abschließend verwies Stadtrat Hatzl darauf, daß im Bundesland Niederösterreich, wo die ÖVP die Regierungsverantwortung trägt, bei ähnlichen Voraussetzungen der Stromtarif höher als in Wien sei. „Es wäre interessant zu hören, mit welchen Varianten aus dem von Busek angeführten „Märchenbuch" die ÖVP in Niederösterreich eine Strompreissenkung fordern würde", sagte Hatzl. (Schluß) roh/bs

Ausstellung der „Gürtelkommission" in Meidling

Hofmann stellt Lösungsvorschläge vor

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Im Magistratischen Bezirksamt Meidling findet derzeit eine Ausstellung statt, die unter dem Motto „Werkstattbericht — Auf dem Weg vom Denkbaren zum Machbaren" erstmals Planungsvarianten der „Gürtelkommission" für das Wiental, den Gaudenzdorfer beziehungsweise den Margaretengürtel und für den Straßenzug Altmannsdorfer Straße — Grünbergstraße vorstellt. In einem zweiten Teil, „Meidling im Wandel der Zeit", zeigt die Ausstellung Beispiele für die Bezirksentwicklung des 12. Bezirks.

Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN wies Dienstag abend in einem Pressegespräch in der Ausstellung darauf hin, daß die Leitung der „Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt" den Austellungsbesuchern die Verflochtenheit der Probleme in diesen Bereichen verdeutlichen will. Die Ausstellung soll Verständnis für die schwierige Aufgabe wecken, aus den vielen Vorschlägen zu Teilproblemen die bestmögliche Gesamtlösung zu finden, die die Lebensqualität in diesen Gebieten verbessern kann. Dabei muß auch ein Ausgleich zwischen Einzelinteressen, starken Gruppeninteressen und verschiedenen fachlichen Anschauungen gefunden werden. Denn die Lösungsvorschläge müssen auch realisiert und durchgesetzt werden können.

Tunnelvorschlag für Südgürtel

In der Meidlinger Ausstellung wird eine Tunnelvariante für den Südgürtel zwischen dem Gaudenzdorfer Knoten und der Eichenstraße vorgestellt. Obwohl die Projektleitung generell den Standpunkt vertritt, daß lange Untertunnelungen weder zielführend noch wirtschaftlich sind, hält sie den Tunnel unter dem Südgürtel für vernünftig, weil es hier möglich wäre, 85 Prozent des Individualverkehrs von der Oberfläche wegzubringen. Das bedeutet eine entscheidende Verringerung des Verkehrslärms für die Anrainer. Dieser Lösungsvorschlag führt nach Meinung der Experten auch zu einer Verkehrsentlastung der Reinprechtsdorfer Straße und der Längenfeldgasse. Außerdem könnten im Zusammenhang mit dem Tunnelbau Tiefgaragen errichtet werden. Derzeit werden noch verschiedene Varianten einer Einbindung der Triester Straße in den Südgürtel untersucht.

Park-and-Ride im Wiental

In der Austellung werden auch verschiedene Vorschläge für eine künftige Gestaltung der Westeinfahrt im Wiental gezeigt. Die Projektleitung ist der Überzeugung, daß die Bundesstraße B 1 nicht im Wienflußbett geführt werden soll. Es soll vielmehr versucht werden, durch große Park-and-Ride-Anlagen zwischen Hütteldorf und Schönbrunn einen Anreiz zum Umsteigen von PKW auf die U-Bahn zu bieten. Der Individualverkehr zum Zentrum soll schrittweise reduziert werden. Das Wienflußbett könnte man als Grünstreifen mit Promenaden und Radwegen gestalten. Es ist jedoch geplant, den Verkehr aus der Schönbrunner Schloßstraße und der Schönbrunner Straße in den Wientalbereich zu verlegen, zum Teil eventuell über die Trasse der U-Bahn-Linie U 4.

Für den Straßenzug Altmannsdorfer Straße — Grünbergstraße werden Vorschläge für „Verbesserungen im Bestand" präsentiert. Je nach der Situation sollen hier verschiedene Maßnahmen getroffen werden, um die Lebensqualität der Bewohner an diesem Straßenzug zu verbessern.

Stadtrat Hofmann erklärte, daß die Projektleitung Gürtel, Süd- und Westeinfahrt mit der Ausstellung in Meidling — und mit zwei weiteren Ausstellungen im April und im Mai — über den Stand ihrer Arbeiten informieren und auch zu Diskussionen anregen möchte. Die Ergebnisse der Dis-

Forts. auf Blatt 286

Forts. von Blatt 285

kussionen sollen in die weitere Arbeit der Gürtelkommission einfließen. Von der Ausstellung gibt es übrigens eine direkte Telefonverbindung zur Projektleitung, so daß die Ausstellungsbesucher ergänzende Informationen einholen können.

„Meidling im Wandel der Zeit"

Im zweiten Teil der Austellung im Bezirksamt für den 12. Bezirk wird „Meidling im Wandel der Zeit" präsentiert. Neben einem historischen Rückblick vermitteln Texte, Zeichnungen, Fotos und Pläne auf der Basis der Zielsetzungen des Stadtentwicklungsplans einen Ausblick auf die Zukunft des Bezirks. Auch hier sind Diskussionsbeiträge erwünscht. Die Besucher werden eingeladen, Vorschläge, Wünsche und Ideen zur Zukunft Meidlings zu deponieren und in einen Plan des Bezirks einzutragen.

Schwerpunkte dieses Ausstellungsteils sind:

• Parallel zum möglichen Ausbau von Südgürtel und Wiental werden Beispiele gezeigt, wie Straßen und Plätze des Bezirks verkehrsberuhigt und durch den Umbau zu Fußgängerzonen und Wohnstraßen attraktiver gemacht werden können.

• Parkanlagen sollen die Grünversorgung der Bevölkerung verbessern, wie es zum Beispiel durch den Hermann-Leopoldi-Park mitten im Herzen von Meidling bereits geschehen ist. Neue Projekte gibt es für Parks an der Vierthalergasse und an der Füchselhofgasse sowie für einen Minipark an der Canalettogasse.

• Beiträge zur Stadterneuerung: Sanierung von Häusern und Wohnungen, besonders die Aktivitäten im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf. Ein Vertreter der Gebietsbetreuung ist in der Ausstellung anwesend und kann Auskünfte geben.

• Vorrang für den öffentlichen Verkehr: Der U-Bahn-Bau in Meidling mit der Gestaltung der Stationsbereiche Längenfeldgasse, Niederhofstraße und Philadelphiabrücke.

• Präsentation der Wohnhausanlage „Wohnpark Wilhelmsdorf". Auf dem Gelände der ehemaligen Straßenbahnwerkstätte in der Aßmayergasse soll eine neue Wohnhausanlage mit 650 Wohneinheiten entstehen.

Die Ausstellung im Meidlinger Bezirksamt (1120 Wien, Schönbrunner Straße 259, 1. und 2. Stock) kann bis 12. März besichtigt werden. Sie ist Montag, Dienstag und Freitag jeweils von 10 bis 13 Uhr, Mittwoch und Donnerstag jeweils von 16 bis 19 Uhr geöffnet. Sondertermine gibt es am Samstag, dem 21. Februar, und am Sonntag, dem 8. März, jeweils von 10 bis 13 Uhr. Am Donnerstag, dem 12. März, findet um 18.30 Uhr im Festsaal des Bezirksamtes eine Bürgerversammlung und Diskussionsveranstaltung statt.

Die Ausstellung wurde von der Wiener Bundesstraßen AG, der Magistratsabteilung 18 — Stadtstrukturplanung und vom Bezirksvorsteher von Meidling organisiert. (Schluß) sc/bs

Spitzenathleten beim 4. Wiener Frühlingsmarathon

Wien, 11.2. (RK-SPORT) Eine internationale Klassebesetzung soll, nach den Vorstellungen der Veranstalter, der 4. Wiener Frühlingsmarathon aufweisen, der heuer am 5. April mit Start vor dem Rathaus in Szene geht.

So hat man bereits erfolgversprechende Kontakte mit einem der weltbesten Marathonläufer geführt, mit dem Polen Antoni NIEMCZAK, der zur Premiere des LA-Großereignisses in der Bundeshauptstadt als Sieger hervorgegangen war. Auch Athleten aus Tansania haben ihr großes Interesse an der Wiener Veranstaltung gezeigt. Derzeit liegen bereits 750 Nennungen für den Frühlingsmarathon vor, insgesamt wird mit 3.500 Teilnehmern am Marathon und 4.500 Teilnehmern am Frühlingslauf gerechnet, womit eine neue Rekordbeteiligung gegeben wäre. Wie heute, Mittwoch, in einem Pressegespräch erklärt wurde, hat man ein Konzept entwickelt, mit dem Ziel, daß der Wiener Frühlingsmarathon innerhalb der nächsten sieben Jahre zu einer der größten Marathonveranstaltungen in Europa avanciert. Zusätzlicher Anreiz für die Teilnehmer: Die Firma Renault Austria stiftet für den Sieger und die Siegerin einen Pkw; unter den Teilnehmern, die das Ziel beim Marathonbewerb oder -lauf erreichen, wird ein weiterer Renault 21 GTS Kat. verlost.

Sportstadtrat Franz MRKVICKA, der vor vier Jahren diesen nunmehr auch international beachtenswerten Wiener Marathonbewerb ins Leben rief, erklärte gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ", daß er die Entwicklung dieser Veranstaltung begrüße. „Ohne internationale Klasseleute, ohne entsprechende Zugpferde, könnte jedes noch so große organisatorische Bemühen nicht den gewünschten Erfolg erzielen."

Wermutstropfen: Der zweifache Wien-Sieger Gerhard HARTMANN hat aus Gründen der Vorbereitung für heuer abgesagt. „Diesbezüglich möchte ich mit Hartmann nochmals sprechen", erklärte dazu Franz Mrkvicka. „Er ist mit unserem Marathon eng verbunden. Außerdem hat er immer wieder sein großes Interesse für Wien bekundet". (Schluß) hof/rr

Umwelttelefon 43 89 89 informiert über Luftqualität

Wien, 11.2. (RK-LOKAL) Informationen über die aktuelle Luftqualität in Wien gibt es nicht nur täglich kurz nach Mittag über das Wiener Stadtradio auf UKW 90 bzw. 95, sondern auch über das Umwelttelefon 43 89 89 der Stadtinformation. Die Mitarbeiter/innen der Stadtinformation verfügen über eine Direktleitung zur Umweltabteilung, können über Bildschirm die im Umweltcomputer einlangenden Luftmeßwerte abfragen und darüber informieren. (Schluß) hrs/bs

Geschäftsbericht 1986 der Wiener Stadtwerke

Strombedarf weiter steigend, wieder mehr Fahrgäste

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihren allgemeinen Geschäftsbericht für das vierte Quartal des Vorjahres vorgelegt, der bereits die vorläufigen Ergebnisse des gesamten Jahres 1986 beinhaltet. Der Strombedarf steigt weiter (plus 2,3 Prozent), die Erdgasabgabe ist wegen des milden Winters gesunken und die Wiener Verkehrsbetriebe konnten wiederum einen Fahrgastzuwachs auf fast 600 Millionen Beförderungsfälle verzeichnen.

Strombedarf um 2,3 Prozent gestiegen

Der Strombedarf des Jahres 1986 lag bei 7.087 Gigawattstunden, das sind um 161 Gigawattstunden oder 2,3 Prozent mehr als 1985. Das entspricht dem im Plan 1986 erwarteten Strombedarf. Der Mehrbedarf wurde durch zusätzlichen Bezug von Verbundstrom abgedeckt.

Der Bedarfszuwachs ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Durchschnittstemperaturen 1986 in den meisten Monaten höher waren als 1985.

Hinsichtlich des Umweltschutzes konnten bei der Energieerzeugung 1986 bei den E-Werken weitere deutliche Verbesserungen erreicht werden: So wurde um 6,1 Prozent mehr Fernwärme aus der „Kraft-Wärme-Kupplung" im Kraftwerk Simmering an die Heizbetriebe Wien abgegeben, nämlich 987.967 Megawattstunden. Der vorgesehene Erdgasverbrauch von 650 Millionen wurde um 17,6 Millionen Kubikmeter überschritten, dafür konnte um 59.100 Tonnen weniger Heizöl „schwer" eingesetzt werden als im Wirtschaftsplan vorgesehen.

Die Lagervorräte an Heizöl „schwer" mit zwei Prozent Schwefelgehalt wurden damit im Vorjahr endgültig aufgebraucht, neu hinzugekauft wird schon seit längerer Zeit nur mehr Heizöl mit einem oder eineinhalb Prozent Schwefelgehalt. Somit werden in Zukunft nur mehr schwefelarme Heizölqualitäten zur Energieerzeugung herangezogen werden. Schließlich konnten mit den in der ersten Jahreshälfte 1986 getroffenen Maßnahmen an den Brennern im Block 1 des Kraftwerkes Donaustadt die Gesamtemissionen der Wiener Kraftwerke an Stickoxid um ein Viertel reduziert werden.

Mit Ende 1986 waren 1,328.154 Stromzähler im Versorgungsgebiet montiert, die Zunahme beträgt knapp 3.000 Stück.

Erdgasabgabe gesunken

Insgesamt haben die Gaswerke im Vorjahr 855 Millionen Kubikmeter Erdgas abgegeben, davon an Tarifabnehmer 662 Millionen Kubikmeter. Das bedeutet einen Rückgang von 2,3 Prozent bei den Tarifabnehmern und 5,5 Prozent bei den Sonderabnehmern. Für diesen Rückgang waren vor allem die milderen Temperaturen im Jahr 1986 verantwortlich.

Im Jahr 1986 wurden 22.285 Heizgasanträge mit einem Anschlußwert von 580 Megawatt gestellt. Das bedeutet eine Zunahme um 8,4 Prozent beim Anschlußwert. Insgesamt waren Ende 1986 745.324 Gaszähler montiert.

Verkehrsbetriebe: Fast 600 Millionen Fahrgäste

Die Wiener Verkehrsbetriebe haben im Vorjahr die 600-Millionen-Marke nur knapp verfehlt: es wurden 596,2 Millionen Fahrgäste gezählt. Das sind um 8,2 Millionen mehr als 1985. Zum Vergleich: Nur in den Jahren 1947 bis 1949, als noch kaum Autos in Wien unterwegs waren, gab es eine noch höhere Beförderungsfrequenz. Die Spitze hält das Jahr 1948 mit 640 Millionen. Gegenüber dem schwächsten Jahr, 1974, mit 395 Millionen Beförderungsfällen beträgt die Zunahme bereits mehr als 50 Prozent.

Forts. auf Blatt 290

Forts. von Blatt 289

Die Fahrleistung in Wagenkilometern ist, bedingt vor allem durch Verlängerungen und Verdichtungen im Autobusbetrieb sowie durch längere Betriebszeiten bei der U-Bahn, um rund ein Prozent gestiegen.

Im letzten Quartal 1986 wurden sechs neue U-Bahn-Doppeltriebwagen der neuen Baureihe U 1 und zwölf Straßenbahntriebwagen der Type Emil 2 geliefert. Der Wagenpark umfaßt derzeit 645 Straßenbahntriebwagen, 504 -beiwagen, 145 U-Bahn-Doppeltriebwagen, 45 Stadtbahntriebwagen und 30 -beiwagen, sowie 466 Autobusse.

Rückgang bei Bestattungen

Die Anzahl der von der Städtischen Bestattung durchgeführten Beisetzungen ging 1986 um rund fünf Prozent zurück. Es wurden 15.749 Erdbestattungen und 3.561 Feuerbestattungen durchgeführt. Einen deutlichen Rückgang um fast 13 Prozent gab es bei der Sargerzeugung der Städtischen Bestattung, 1986 wurden 41.607 Särge hergestellt.

Personalstand blieb gleich

Mit Ende 1986 war der Pesonalstand der Wiener Stadtwerke (15.444 Bedienstete) trotz gestiegener Leistung gleich hoch wie ein Jahr zuvor. Dies konnte durch sparsame und rationelle Betriebsführung erreicht werden. (Schluß) roh/gg

Zahl der Grippekranken steigt

Vergangene Woche 17.000 Neuerkrankungen

Wien, 11.2. (RK-LOKAL) Die Zahl der an Grippe erkrankten Wienerinnen und Wiener steigt neuerlich: Wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, ist die Zahl der Neuerkrankungen an Grippe bzw. an grippalen Infekten in der Vorwoche auf rund 17.000 gestiegen. Ursache für dieses neuerliche Ansteigen der Erkrankungszahl dürfte der in den letzten Tagen verzeichnete Anstieg der Temperaturen sein. Die Ärzte des Gesundheitsamtes rechnen in dieser Woche mit einem weiteren Anstieg der Erkrankungsquote. Laut Auskunft des Virologischen Institutes wurden bisher vereinzelt die Grippestämme A und B serologisch nachgewiesen. (Schluß) zi/gg

FPÖ fordert Einführung des Persönlichkeitswahlrechts

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch forderte Mittwoch vormittag der Klubobmann der FPÖ, Dr. Erwin HIRNSCHALL, die Einführung eines Persönlichkeitswahlrechts in Wien, das bereits bei den für 1988 vorgesehenen Gemeinderatswahlen in Kraft treten sollte. Hirnschalls Wahlrechtsreformvorschlag sieht vor, daß jeder Wähler zwei Stimmen abzugeben hätte und das Stadtgebiet in 50 Wahlkreise (bisher 18) aufgeteilt wird. Mit der Erststimme würde jeweils ein Wahlkreisabgeordneter mit relativer Mehrheit gewählt, mit der Zweitstimme direkt eine der wahlwerbenden Parteien und so über die restlichen 50 Mandate entschieden. Die bisherige Zahl der 100 Mandate, die zu vergeben sind, bliebe damit unverändert.

Im übrigen sprach sich Hirnschall für einen Ausbau der Bürgermitbestimmung aus. So forderte er, daß Volksbefragungen auf Bezirksebene abgehalten werden, wenn sich im Bezirk 5 Prozent der Bevölkerung dafür aussprechen und daß lokale Anliegen in den Bezirksvertretungen dann diskutiert werden, wenn der Vorschlag von 100 Mitbürgern kommt. (Schluß) ull/rr

Oberste Spitalsapothekerin der Stadt Wien wurde „Hofrat"

Überreichung des Dekrets durch Stadtrat Stacher

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Die „oberste Spitalsapothekerin" der Stadt Wien Mag. Marianne STRAUSZ wurde vom Bundespräsidenten mit dem Berufstitel „Hofrat" ausgezeichnet. Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte am Dienstag nachmittag das Dekret. Mag. Strausz obliegt unter anderem die Fachaufsicht über das Apothekenpersonal der Stadt Wien, die Überwachung der Anstaltsapotheken und Medikamentendepots in fachlicher Hinsicht, die Ausarbeitung von Erlässen in pharmazeutischen Angelegenheiten und die Vertretung des Anstaltenamtes bei behördlichen Überprüfungen der Anstaltsapotheken in fachlicher Hinsicht. Stadtrat Stacher stellte bei der Überreichung fest, daß sich Mag. Strausz immer erfolgreich bemüht hat, die Anstaltsapotheken möglichst kostensparend zu führen und damit zur Eindämmung der Spitalskosten einen maßgeblichen Beitrag zu leisten. (Schluß) and/gg

hef vom Dienst:
2 £00/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satzart in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 12. Februar 1987 — Blatt 294

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Ausstellung über Theodor Körner (295)

Goldenes Ehrenzeichen für Senatspräsident Mag. Franz Maier (296)

OAR Reiterer zum Regierungsrat ernannt (297)

Jetzt für die Selbstschutzkurse anmelden (298)

AIDS — Gezielte Vorsichtsmaßnahmen statt Panik (300)

Zilk: Lebendiges Universitätsviertel im alten AKH (301)

Zwei schwere Straßenbahnunfälle (nur FS/11.2.)

Kultur:

Ehrungen für Louise Martini und Komm.-Rat Josef Fröhlich (299)

Otto Tausig feiert 65. Geburtstag (302)

Ausstellung über Theodor Körner

Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Vor dreißig Jahren (am 4. Jänner 1957) starb Dr. h.c. Theodor Körner, einer jener Männer, die das Wien der Nachkriegszeit prägten. Aus diesem Anlaß widmet das Wiener Stadt- und Landesarchiv der großen Persönlichkeit unter dem Titel „Theodor Körner. Bürgermeister und Bundespräsident" eine kleine Ausstellung, die bis 31. März, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, in der Schmidthalle des Rathauses, 1, Lichtenfelsgasse 2, zu sehen ist. Ein Informationsheft wird kostenlos abgegeben.

Die Dokumentation versucht anhand von Urkunden, Ausweisen, Schriftstücken, Fotos, Plakaten, Zeitungen und Büchern ein Bild von jenem Mann zu geben, der in der schweren Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erst als Wiener Bürgermeister (1945-1951), dann als Bundespräsident Österreichs (1951-1957) hervorragende Arbeit leistete. Die Ausstellung beginnt mit Abschnitten über Körners Kindheit, seine Militärdienstzeit, er wurde 1924 als General zwangspensioniert, über seine Tätigkeit als Politiker in der Ersten Republik, als Berater des Schutzbundes und als Wiener Abgeordneter zum Bundesrat.

Die ersten Maßnahmen Körners als Wiener Bürgermeister werden ebenso dokumentiert wie seine Interventionen bei den vier Besatzungsmächten, seine Bemühungen um Auslandshilfe gegen den Hunger der Wiener Bevölkerung und sein Besuch bei den ehemaligen KZ-Häftlingen am Wilhelminenberg. Körner begrüßte fast jeden Heimkehrertransport selbst, er sprach mit den Leuten auf der Straße, lernte die Probleme aus eigener Sicht kennen und traf dann Entscheidungen. Schuttaktion und Schnellbauprogramm sind, wie viele andere Maßnahmen, auch auf seine Initiativen durchgeführt worden. Der letzte Abschnitt der kleinen Schau zeigt unter anderem Körners Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Wien und seine Tätigkeit als Bundespräsident. (Schluß) am/gg

Goldenes Ehrenzeichen für Senatspräsident Mag. Franz Maier

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien zeichnete Donnerstag Stadtrat Friederike SEIDL den Senatspräsidenten des Oberlandesgerichtes Wien, Mag. Franz MAIER, für seine bedeutenden Leistungen im Dienste an der Öffentlichkeit aus. Der namhafte Fachmann auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechtes habe sein exzellentes Fachwissen bei zahlreichen Seminaren, die von der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte veranstaltet wurden, an Laienbeisitzer weitergegeben. Darüber hinaus leitete Mag. Maier seit Jahren verschiedene Schiedskommissionen, seit 1978 bekleidet er überdies die Funktion des Vorsitzenden eines mit Sozialversicherungsangelegenheiten befaßten Senates des Oberlandesgerichtes Wien. Die Stadträtin dankte dem Ausgezeichneten für sein vorbildliches öffentliches Engagement. (Schluß) lei/rr

OAR Reiterer zum Regierungsrat ernannt

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Friederike SEIDL überreichte Donnerstag dem Leiter des Referates I der Magistratsabteilung 52 (Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude), OAR Hermann REITERER, das Dekret über seine Ernennung zum „Regierungsrat". Der seit 1943 im Dienst der Gemeinde Wien stehende Beamte habe sich während seiner jahrzehntelangen Dienstzeit durch äußerste Tüchtigkeit, Einsatzfreude, Kreativität und Korrektheit ausgezeichnet, erklärte die Stadträtin. In seiner Eigenschaft als Leiter des Referates I zeichnete Regierungsrat Reiterer für die Neugestaltung des gesamten Rechnungswesens im Bereich der städtischen Wohnhäuserverwaltung verantwortlich, der durch das Mietrechtsgesetz 1982 besondere Bedeutung zukam. Die vorbildliche Organisation des Rechnungswesens, einschließlich der jährlichen Abrechnung, habe wesentlich dazu beigetragen, daß der große Komplex der Wohnhäuserverwaltung trotz größter Anforderungen funktionstüchtig erhalten werden konnte, erklärte Seidl. (Schluß) lei/gg

Jetzt für die Selbstschutzkurse anmelden

Beginn in den nächsten Tagen, Teilnahme kostenlos

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) In den nächsten Tagen beginnen in vier Wiener Volkshochschulen neue Selbstschutzkurse. Anmeldungen nimmt die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89 entgegen. Ausführliche Auskünfte über das aktuelle Angebot der Stadt Wien zum Thema Selbstschutz bietet auch der Tonbanddienst der Stadtinformation unter der Nummer 15 25.

Die Eröffnungsveranstaltungen der neuen Selbstschutz-Kursreihe, die in Zusammenarbeit mit den Wiener Volkshochschulen gestaltet wird, finden am 13. Februar im Haus der Begegnung Donaustadt, am 16. Februar im Haus der Begegnung Döbling, am 20. Februar in der Volkshochschule Favoriten und am 23. Februar im Haus der Begegnung Rudolfsheim-Fünfhaus statt. Beginn ist jeweils um 18 Uhr. Die Teilnahme an den Kursen, die insgesamt 18 Doppelstunden umfassen, ist kostenlos.

Die Stadt Wien bietet seit einiger Zeit im Rahmen eines Pilotprojektes eine Reihe von Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten an:

INFORMATIONSZENTREN wurden in allen Bürgerdienst-Außenstellen eingerichtet. Sie bieten grundsätzliche Auskünfte sowie Informationsmaterial des Innenministeriums über Selbstschutz und Zivilschutz. Diese Informationszentren sind Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr geöffnet.

Eine ZENTRALE BERATUNGSSTELLE steht jeweils am ersten Donnerstag im Monat zwischen 15.30 und 18 Uhr in der Schmidthalle des Rathauses zur Verfügung. Gesprächspartner sind hier zahlreiche einschlägige Experten. Die nächste zentrale Beratung findet am Donnerstag, dem 5. März, statt.

Für die SELBSTSCHUTZKURSE werden Anmeldungen in der Stadtinformation, Telefon 43 89 89, entgegengenommen. Bei Bedarf werden zusätzliche Kurse veranstaltet.

FLUGBLÄTTER über Selbstschutz werden auf Wunsch von der Stadtinformation zugesandt. Hier kann man auch seine Adresse elektronisch speichern lassen, um sicherzugehen, stets die aktuellsten Informationen der Stadt Wien zu diesem Thema zu erhalten. Diese Flugblätter wurden auch in allen Polizeiwachzimmern und Volkshochschulen aufgelegt sowie allen niedergelassenen Ärzten und Apotheken zur Verfügung gestellt. (Schluß) and/rr

Ehrungen für Louise Martini und Komm.-Rat Josef Fröhlich

Wien, 12.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Donnerstag im Wappensaal des Wiener Rathauses hohe Auszeichnungen an Louise Martini und Komm.-Rat Josef FRÖHLICH.

Louise Martini wurde mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold und Komm.-Rat Josef Fröhlich mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet. Bürgermeister Dr. Zilk betonte, beide hätten es sich in ihren Berufen zur Aufgabe gemacht, den Menschen Freude zu bereiten. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wies in den Laudationes auf die Verdienste Louise Martinis als kulturelle Botschafterin Wiens und auf die wertvolle Arbeit Komm.-Rat Fröhlichs im Dienste des Wiener Fremdenverkehrs hin.

Louise Martini war unter anderem Mitglied des heute bereits legendären Kabaretts im Kärntnertortheater, Moderatorin von „Autofahrer unterwegs" und anderen Sendungen im ORF. Die Künstlerin, die heute in München lebt, hat über 100 Hauptrollen in Fernsehfilmen gespielt, darunter auch in den österreichischen Produktionen „Santa Lucia" und „Kottan".

Komm.-Rat Josef Fröhlich hat eine Reihe wichtiger Funktionen in der Gastronomie, im Fremdenverkehr und im politischen Leben ausgefüllt. Unter anderem war er von 1965 bis 1985 Vorsteher des Fachverbandes der Gast- und Schankbetriebe und 1970 bis 1985 Obmann der Sektion Fremdenverkehr der Wiener Handelskammer. Seit Ende 1985 ist er Obmann der Bundessektion Fremdenverkehr der Bundeswirtschaftskammer.

Neben der Gattin von Komm.-Rat Fröhlich, Minister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, nahmen auch Nationalratspräsident Leopold GRATZ, zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN sowie weitere prominente Vertreter aus Politik und Kultur an der Feier teil. (Schluß) gab/rr

AIDS – Gezielte Vorsichtsmaßnahmen statt Panik

Information, anonyme und begleitende Beratung

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Für gezielte Vorsichtsmaßnahmen statt Panik, seriöse Aufklärung über die Möglichkeiten der Übertragung bzw. vermehrte Beratungseinrichtungen sprach sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend bei einer AIDS-Expertendiskussion im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde aus.

Stacher appellierte in diesem Zusammenhang vor allem an die Angehörigen sogenannter „Risikogruppen" sich freiwillig Bluttests — die selbstverständlich anonym erfolgen — zu unterziehen. Die drohende Gefahr einer Ausbreitung der Krankheit darf jedoch nicht bagatellisiert oder verharmlost werden. Die Gesellschaft und jeder Einzelne muß jede mögliche Vorsichtsmaßnahme treffen. Unbegründete Furcht oder gar Panik ist allerdings, wie Stacher erklärte, kein geeigneter Schutz. Ebenso darf es auch nicht zu einer sinnlosen Diskriminierung einzelner Risikogruppen kommen. Der Gesundheitsstadtrat sprach ferner die Hoffnung aus, daß die derzeitige bedauerliche Hysterie wieder abflauen werde und meinte wörtlich: „Die Österreicher werden sich daran gewöhnen müssen, daß sie mit AIDS leben müssen".

An der Diskussion nahmen Univ.-Prof. Dr. Klaus WOLFF, Vorstand der I. Univ. Hautklinik, Univ.-Doz. Dr. Friedrich GSCHNAIT, Vorstand der Dermatologischen Abteilung im Krankenhaus Lainz und Univ.-Doz. Dr. Brigitte GREDLER, Präsidentin der Österreichischen AIDS-Hilfe, teil.

Wettlauf mit der Zeit

Univ.-Prof. Dr. Wolff unterstrich die Notwendigkeit von Maßnahmen „zum eigenen Schutz" und meinte, daß sich die Wissenschaft derzeit, was die Bekämpfung dieser Krankheit betrifft, in einem „Wettlauf mit der Zeit" befindet. Bisher erkrankten in Österreich insgesamt 59 Personen an AIDS, von denen 36 gestorben sind.

1.600 Personen HIV-positiv

Univ.-Doz. Dr. Brigitte Gredler bezeichnete eine Änderung des Risikoverhaltens als eine der wesentlichsten Schutzmaßnahmen. Die anonyme und begleitende Beratung bezeichnete sie als eine der wichtigsten Hilfestellungen und wies in diesem Zusammenhang auf die großen Ängste Betroffener vor den „sozialrechtlichen Folgen" hin. Laut Gredler sind rund 1.600 Personen nachweislich HIV-positiv. Die geschätzte Gesamtzahl dürfte bei rund 10.000 liegen.

Univ.-Doz. Dr. Gschnait berichtete über die in Wien bisher durchgeführten Untersuchungen auf AIDS-Virus-Antikörper, wobei er auf den bisher festgestellten relativ hohen Anteil der Frauen mit 20 Prozent hinwies.

Gezielte Information fortsetzen

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher unterstrich neuerlich die Bedeutung des vom Wiener Stadtsenat beschlossenen „Antidiskriminierungsbeschlusses", durch den sichergestellt ist, daß auch ein HIV-Positiver eine Anstellung bei der Gemeinde Wien erhält. Im Rahmen der Diskussion wies er auch den Vorwurf der mangelnden Aufklärung und Information zurück. So wurde im März 1983 in Wien eine ausführliche Informationsbroschüre für besonders gefährdete Risikogruppen herausgebracht. Ferner gab es Informationen über die in Wien tätigen AIDS-Ambulanzen und -Beratungsstellen. Bereits vor einem Jahr wurde gemeinsam mit dem Presse- und Informationsdienst und der Wiener Landesarbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit eine ausführliche Information erarbeitet und als Postwurf an sämtliche Wiener Haushalte versendet. Informationen an alle Mitarbeiter der städtischen Krankenanstalten ergänzten dieses umfangreiche Programm, das selbstverständlich fortgesetzt werden wird. (Schluß) zi/rr

Zilk: Lebendiges Universitätsviertel im alten AKH

Stadt Wien bietet AKH-Gelände dem Bund als Geschenk an

Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Nach der Übersiedlung der Kliniken in den AKH-Neubau könnte auf dem Gelände des alten AKH inmitten der Stadt ein belebtes Universitätsviertel mit Campus-Charakter entstehen. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK unterbreitete Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY den Vorschlag, daß die Stadt Wien das ihr gehörende Areal der Universität Wien schenkt. Vizebürgermeister Hans MAYR hat bereits Vorgespräche geführt, in denen Rektor Univ.-Prof. Dr. Wilhelm HOLCZABEK großes Interesse an dem Vorhaben bekundete.

Das Gelände des alten AKH umfaßt rund 150.000 Quadratmeter, wovon etwa 100.000 Quadratmeter der Stadt Wien und der Rest dem Bund gehören. Die Flächen der Stadt Wien werden von der Spitalgasse, der Alserstraße, der Rotenhausgasse und der Garnisongasse begrenzt. Von der Schenkung nicht betroffen sind die sogenannten neuen Kliniken links von der Spitalgasse: Hier sind nach dem Abbruch Grünflächen für das neue AKH vorgesehen.

Die Benützung des Geländes durch die Universität Wien wäre nach der Übersiedlung der Kliniken in den AKH-Neubau möglich: Technisch wird das neue AKH Ende 1989 fertig, die Übersiedlung der Kliniken erfolgt zwischen 1990 und 1992. An die Schenkung knüpft die Stadt Wien die Bedingungen, daß die Universität das Areal nicht für Spitalszwecke verwendet und die vorhandenen Grünflächen auch weiterhin öffentlich zugänglich bleiben.

Bürgermeister Zilk betonte, daß mit dieser Schenkung der unter starkem Platzmangel leidenden Universität einmalige Entwicklungschancen geboten würden. Mit diesem Angebot dokumentierte die Stadt Wien ihre Verbundenheit mit den universitären Einrichtungen der Bundeshauptstadt. Zilk erinnerte in diesem Zusammenhang an die intensive Förderung von Forschung und Lehre durch das Land Wien: Im Rahmen des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Wiener Bürgermeisters und des Hochschuljubiläumsfonds wurden in den letzten Jahren rund 200 Millionen Schilling zur Förderung wissenschaftlicher Projekte ausgeschüttet. (Schluß) chr/rr

Otto Tausig feiert 65. Geburtstag

Wien, 12.2. (RK-KULTUR) Otto Tausig wurde am 13. Februar 1922 in Wien geboren. 1938 emigrierte Tausig nach England, er war interniert und arbeitete als Schuster, Lehrer, Metallarbeiter, Journalist und auf einer Hühnerfarm. 1946 kehrte er zurück nach Wien, wurde dann 1946 bis 1948 am Reinhardt-Seminar zum Schauspieler und Regisseur ausgebildet.

1948 bis 1956 war Otto Tausig Schauspieler, Regisseur und Dramaturg am Neuen Theater in der Scala. Von 1957 bis 1960 war er am Deutschen Theater und an der Volksbühne in Ostberlin engagiert, anschließend am Schauspielhaus Zürich. Danach war Tausig freischaffend in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Wiesbaden und München tätig. Von 1971 bis 1983 war Otto Tausig im Ensemble des Wiener Burgtheaters. Als Regisseur bevorzugte er klassische Komödien wie Stücke von Goldoni, Lope de Vega, Gorki, Moliere und Shakespeare. Als Schauspieler wiederum wirkte er unter anderem mit in „Ritt über den Bodensee", „Wie man Hasen jagt", „Nathan der Weise" und „Faust".

Seit seinem Abgang vom Burgtheater steht der Schauspieler wieder in Dauereinsatz vornehmlich auf bundesdeutschen Bühnen. So spielte er bei Peter Zadek in Berlin und Hamburg eine Hauptrolle in „Ghetto". Dem Wiener Volkstheater gelang es 1985, Otto Tausig als Schauspieler für Heinz Ungers Zeitstück „Zwölfeläuten" zu gewinnen.

Otto Tausig, der mit der Schauspielerin Lilly Schmuck verheiratet ist, ist neben seiner Theaterarbeit auch in der Friedensbewegung engagiert. (Schluß) red/rr

ef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst MA 53, Rathaus, 1. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Neuer Fahrbahnbelag für die Bitterlichbrücke (305)

Terminübersicht vom 16. bis 26. Februar (307/308)

Christine Schirmer neue Vorsitzende des Finanzausschusses (309)

Bald Entscheidung für Flughafen-Wien-Vorstand (310)

Bürgermeister von Ostberlin im Wiener Rathaus (311)

Gasrohrgebrechen in Favoriten (nur FS)

Kultur:

Prof. Rapf feiert 65. Geburtstag (304)

Wiener Filmpreis für Wolfram Paulus (306)

Prof. Rapf feiert 65. Geburtstag

Wien, 13.2. (RK-KULTUR) Kurt Rapf wurde am 15. Februar 1922 in Wien geboren, wo er nach dem Mittelschulabschluß die Akademie für Musik und darstellende Kunst besuchte. Noch während des Krieges legte er hier die Reifeprüfung in den Fächern Klavier, Orgel und Kapellmeisterschule ab. Er betätigte sich danach zunächst als Organist und Pianist sowie als Leiter des 1945 von ihm gegründeten Collegium musicum, das er bis 1956 auch auf zahlreiche Tourneen führte.

1953 folgte Kurt Rapf einer Berufung zum Musikdirektor der Stadt Innsbruck, wo er bis 1960 blieb und am Aufbau des Kulturlebens der Stadt maßgeblichen Anteil hatte.

Nach Wien zurückgekehrt, widmete er sich vor allem der Klavierbegleitung und seinen Kompositionen, er wurde österreichisches Mitglied im Musikrat der UNESCO und Lehrbeauftragter am Wiener Musikkonservatorium.

Seit 1970 ist Kurt Rapf Musikreferent im Kulturamt der Stadt Wien, wobei ihm besonders die Gestaltung des Wiener Musiksommers übertragen ist. (Schluß) red/rr

Neuer Fahrbahnbelag für die Bitterlichbrücke

Etwa vier Wochen lang Verkehrsbehinderungen

Wien, 13.2. (RK-LOKAL) Die Bitterlichbrücke, die im Zuge der Bitterlichstraße in Favoriten über die Ostbahn führt, muß repariert werden. Die Fahrbahn auf den beiden Brückentragwerken — ein Tragwerk pro Fahrtrichtung — wird erneuert. Die Arbeiten sollten bereits Anfang Jänner beginnen, mußten aber wegen der extremen Schlechtwetterlage verschoben werden. Nun ist der Beginn für Montag früh, der Abschluß der Arbeiten für etwa Mitte März vorgesehen.

Während der Instandsetzungsarbeiten muß jeweils ein Tragwerk gesperrt werden. Der Verkehr wird auf dem zweiten Tragwerk abgewickelt und durch eine provisorische Verkehrslichtsignalanlage geregelt. (Schluß) sc/rr

Wiener Filmpreis für Wolfram Paulus

Wien, 13.2. (RK-KULTUR) Der Salzburger Wolfram PAULUS ist der erste Preisträger des von der „Viennale" initiierten „Wiener Filmpreises". Paulus erhält diesen Preis, der ab nun jährlich an einen „künstlerisch herausragenden, inhaltlich und formal wichtigen und interessante Kinofilm" vergeben wird, für seinen Film „Heidenlöcher". Der Preis wird am 26. März bei einem „Wiener Filmfest" vom Präsidenten der „Viennale", Kulturstadtrat Franz MRKVICKA, übergeben. Im gleichen Rahmen wird der ebenfalls neu geschaffene Filmpreis des „Bürgermeisters der Stadt Wien", der von der Zentralsparkasse mit 100.000 Schilling gesponsert wird, an Axel CORTI für seine Trilogie „Wohin und zurück" überreicht.

Mit dem „Wiener Filmpreis", der aufgrund der Entscheidung einer 32köpfigen Fachjury vergeben wurde, ist eine bislang nicht nur in Österreich einmalige, materielle Unterstützung verbunden: Die Firma Kodak-Österreich spendet dem Preisträger Wolfram Paulus Filmmaterial für sein nächstes Projekt im Wert von 200.000 Schilling. Paulus wird im Sommer in Badgastein den Film „Der Kurort" drehen. (Schluß) gab/gg

Terminübersicht vom 16. bis 26. Februar

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 16. bis 26. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 16. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Festakt „75 Jahre Jugendzahnklinik", StR. Stacher (9, Salzergasse 29)

DIENSTAG, 17. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, StR. Smejkal und Präs. Matzenauer, Ausstellungseröffnung „Gärten der kindlichen Fantasie" (Pädagogisches Institut der Stadt Wien, 7, Burggasse 14-16)

MITTWOCH, 18. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Kammersängerin Renate Holm, Prof. Günther Schneider-Siemssen und Prof. Rudolf Weishappel (Steinerner Saal I, Rathaus)

13.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an o. Univ.-Prof. Dr. Otto Kraupp und o. Univ.-Prof. Dr. Franz Seitelberger (Steinerner Saal I, Rathaus)

17.00 Uhr, 1. Runde des Seniorenquiz, StR. Smejkal (Pens. Heim, 10, Neilreichgasse)

DONNERSTAG, 19. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Komm.-Rat Franz Wlasak, Komm.-Rat Franz Bimashofer, Komm.-Rat Wilfried Hornstein, Josef Müller, Gerhard Neubauer, Heinrich Othmar Smolik, Komm.-Rat Erich Tichy und Helga Radocha (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Eröffnung Kindertagesheim 16, Schinaglgasse 8-12, durch StR. Smejkal

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Mayr und Präsident Dittrich, „Einkauf in Wien" (PID)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

FREITAG, 20. FEBRUAR:

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

SONNTAG, 22. FEBRUAR:

Familiensonntag

MONTAG, 23. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

12.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Smejkal und StR. Edlinger „Wohnen und Soziales" (PID)

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Helmut Genitheim, Anton Hartig, Stephan Malczewsky, Otto Pohanka, Hofrat Dr. Leonhard Riemer und Franz Mosgöller (Steinerner Saal I, Rathaus)

Forts. auf Blatt 308

Forts. von Blatt 307

DIENSTAG, 24. FEBRUAR:
11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 25. FEBRUAR:
19.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Mayr

DONNERSTAG, 26. FEBRUAR:
11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „HBW" (HBW)
(Schluß) red/rr

Christine Schirmer neue Vorsitzende des Finanzausschusses

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik wählte Freitag GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) einstimmig zur Vorsitzenden des Finanzausschusses. Mit dieser Wahl steht erstmals in der Geschichte des Gemeinderats eine Frau dem Finanzausschuß als Vorsitzende vor.

Christine Schirmer folgt dem bisherigen Vorsitzenden Johann KNEIDINGER, der sein Mandat als Gemeinderat zurückgelegt hat. Es wurde auch die Wahl eines der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden notwendig: dazu wurde GR. Kurt EDER (SPÖ) gewählt, der andere Stellvertreter, GR. Fritz HAHN (ÖVP) bleibt in seinem Amt. (Schluß) sei/rr

Bald Entscheidung über Flughafen-Wien-Vorstand

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR kündigte Freitag in einer Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik an, er erwarte in wenigen Tagen das Gutachten von Rechtsanwalt Dr. Walter SCHUPPICH über die Vorgangsweise des Vorstandes des Wiener Flughafens in Sachen Flughafen-Tickets. Damit werde es möglich sein, eine endgültige Entscheidung über die Führung des Wiener Flughafens zu treffen. (Schluß) sei/bs

Bürgermeister von Ostberlin im Wiener Rathaus

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Der Oberbürgermeister von Berlin, Erhard KRACK, besuchte anläßlich seines Aufenthalts in Wien am Freitag mittag das Rathaus, wo er von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßt wurde. Krack trug sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Zilk hob in seiner Rede die traditionell engen Beziehungen zwischen Wien und Berlin hervor. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf den österreichischen Beitrag zu den bevorstehenden Feiern anläßlich des 750-Jahr-Jubiläums von Berlin. Geplant sind unter anderem Gastspiele der Wiener Symphoniker, der Wiener Philharmoniker, der Wiener Staatsoper, des Burgtheaters sowie eine Aufführungsserie des Musicals „Cats". (Schluß) chr/bs

hef vom Dienst:
2 300/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, Stiege 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien, erscheint in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Neue Publikation des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums (314/FS: 15.2.)

Jugendzahnkliniken feiern 75jähriges Bestehen (315)

Schon 12.000 Schlaglöcher „gestopft" (316)

Gärten der kindlichen Fantasie (317)

Wiener ÖVP macht Vorschläge zur Lösung der Probleme in der City (319)

Valentins-Blumenaktion mußte abgebrochen werden (nur FS)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Wohnungsbrand im 22. Bezirk (nur FS)

Kultur:

Stadtbibliothek erwarb Webern-Korrespondenz (313/FS: 14.2.)

Mrkvicka: Drei Millionen für Jura-Soyfer-Theater (318)

Stadtbibliothek erwarb Webern-Korrespondenzen

Bereits am 14. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 14.2. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek erwarb bei einer Autographenversteigerung im Jänner kulturhistorisch interessante Materialien, darunter Briefe und Postkarten von Anton von WEBERN.

Der bisher unbekannte Bestand von 14 Briefen und 25 Postkarten sowie diversen kleinen Notizen Weberns stammt aus den Zwanziger- und Dreißigerjahren. Die Korrespondenzstücke sind an eine Schülerin Weberns gerichtet und geben Einblicke in Weberns Tätigkeit als Komponist und Dirigent.

Weiters erwarb die Stadtbibliothek Musiker-, Schauspieler- und Schriftstellerbriefe, den zeitgenössischen Bericht eines Teilnehmers an der Schlacht bei Königgrätz 1866 und das Autographenalbum einer Hofopernsängerin aus den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts mit zahlreichen Eintragungen prominenter Sänger, Komponisten und Größen des literarischen Lebens. (Schluß) gab/bs

Neue Publikation des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums

Bereits am 15. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Die 7. Ergänzung der Loseblattsammlung „Die Umsatzsteuerpflicht der Gemeinden nach dem Umsatzsteuergesetz 1972" wurde vor kurzem vom Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum, 1082 Wien, Ebendorferstraße 2, herausgegeben. Dieser Umsatzsteuer-Spezialkommentar für Gemeinden beantwortet Fragen, die sich für viele Gemeinden aus der Anwendung des Umsatzsteuergesetzes 1972 und der diesbezüglichen Rechtssprechung ergeben. Er ist somit nicht nur ein brauchbarer Arbeitsbehelf für Gemeindeverwaltungen, sondern auch für Steuerberater und Finanzbehörden.

Die 7. Ergänzungslieferung enthält u. a. die letzten Novellen zum Umsatzsteuergesetz 1972 und Erläuterungen zu Themenbereichen, wie „Die Gemeinde als Unternehmer", „Vorsteuerabzug" und „Steuerschuldner, Entstehung von Steuerschuld, Voranmeldung und Steuererklärung".

Interessenten erhalten die neue Publikation zum Preis von 265 Schilling im KDZ bei Frau LANGSTADLINGER, Tel. 0222/4350/492 DW. (Schluß) du/gg

Jugendzahnkliniken feiern 75jähriges Bestehen

Neuer Leiter in sein Amt eingeführt

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Jugendzahnkliniken feiern heuer ihr 75jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß fand Montag in der Zentrale der Jugendzahnkliniken eine Feier statt. Im Rahmen dieser Feierstunde wurde Dr. Hans Peter CWETLER von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in sein Amt als neue Leiter der Jugendzahnkliniken eingeführt.

Eingerichtet wurden die Jugendzahnkliniken im Jahre 1911. Vor einem Dreivierteljahrhundert war die Zahnbehandlung auf Kosten der Sozialversicherung noch weit entfernt. Ein karitativer „Verein zur Zahnpflege in den Schulen" betrieb deshalb zwei Kliniken, in denen Schulkinder kostenlose Zahnbehandlungen erhielten, wenn auch nur so weit, als es zur reinen Schmerzbekämpfung notwendig war. Elf Jahre später wurde der Verein angesichts finanzieller Schwierigkeiten aufgelöst, und die Kliniken wurden von der Stadt Wien übernommen. Der damalige Gesundheits- und Sozialstadtrat Dr. Julius TANDLER gab den Schulzahnkliniken auch eine wichtige neue Aufgabe: Die Kinder sollten dort zur sinnvollen Zahnpflege erzogen und rechtzeitig behandelt werden, ehe noch Schmerzen auftraten. Besuche geschlossener Klassen in den Schulzahnkliniken wurden selbstverständlich.

Im Jahre 1965 begann die dritte Phase der Wiener Schulkinder- und Jugendzahnpflege. Nun gehörte auch eine kieferorthopädische Begutachtung und Behandlung zum Aufgabenprogramm der Jugendzahnkliniken. Darüberhinaus wird nun mit Hilfe neuer Narkosemethoden auch für solche Kinder eine Zahnbehandlung möglich, die einer normalen Zahnbehandlungen etwa auch aufgrund besonderer Angst oder wegen Hirnschädigung bisher nicht zugänglich gewesen waren. 1976 wurde die Zentraljugendzahnklinik neu gebaut, und in den folgenden Jahren wurden die Außenstellen modernisiert. (Forts.) and/bs

Jugendzahnkliniken einst...

...und jetzt!

Schon 12.000 Schlaglöcher „gestopft"

40 bis 60 Anrufe täglich

Wien, 16.2. (RK-LOKAL) Schon 12.000 Schlaglöcher wurden in der vergangenen Woche in Wien provisorisch geschlossen. Auch Samstag und Sonntag waren 6 Reparaturtrupps unterwegs, um Frostaufbrüche zu beseitigen. Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN zur „RATHAUSKORRESPONDENZ": „Wir haben jeden Tag 40 bis 60 Anrufe aus der Bevölkerung erhalten, die uns über Frostaufbrüche informierten. Dadurch konnten viele Schadstellen rasch repariert werden. Ich ersuche die Wienerinnen und Wiener, uns auch weiterhin Schäden zu melden, damit gefährliche Schlaglöcher so schnell wie möglich aufgefüllt werden können."

Während der Woche werden jetzt wieder bis zu 25 Arbeitstrupps eingesetzt. Sie werden bei Bedarf durch Firmenmannschaften verstärkt, die — wenn es notwendig ist — auch in der Nacht arbeiten. Derzeit können die Schlaglöcher wetterbedingt allerdings nur provisorisch geschlossen werden. Die endgültige Sanierung erfolgt dann in der wärmeren Jahreszeit.

Meldungen über Frostaufbrüche nimmt die für die Straßenerhaltung zuständige Magistratsabteilung 28 entgegen: Telefon 46 16 91, Montag bis Freitag von 7.30 bis 13.30 Uhr. (Schluß) sc/rr

Gärten der kindlichen Fantasie

Malklassen des Landesjugendreferates stellen aus

Wien, 16.2. (RK-LOKAL) Vom 17. Februar bis 30. März zeigen die offenen Malklassen des Wiener Landesjugendreferates in der Aula des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien, 7, Burggasse 14-16, eine Kreativschau mit dem Titel „Gärten der kindlichen Fantasie". Die Arbeiten aus den 22 Malkursen, in denen 350 Kinder von 6 bis 14 Jahren betreut werden, sind Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr zu sehen.

Ziel der Arbeit in den offenen Malklassen des Landesjugendreferates ist es, Kindern in einer lockeren Atmosphäre den Zugang zu schöpferischem Arbeiten zu erleichtern. (Schluß) jel/rr

Mrkvicka: Drei Millionen für Jura-Soyfer-Theater

Steigerung um mehr als das Dreifache von 1983 bis 1986

Wien, 16.2. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wies in einer Stellungnahme zur Pressekonferenz des Jura-Soyfer-Theaters abermals darauf hin, daß die Stadt Wien die Mittel für dieses Ensemble zwischen 1983 und 1986 von 825.000 Schilling auf rund drei Millionen Schilling aufgestockt hat. Der gleiche Betrag ist für das Soyfer-Theater auch 1987 vorgesehen. Diese Dotation entspricht der einer Mittelbühne und damit dem Status, den das Jura-Soyfer-Theater fordert. (Schluß) gab/rr

Wiener öVP macht Vorschläge zur Lösung der Probleme in der City

Hrdlicka-Denkmal soll auf den Schwarzenbergplatz kommen

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Keines der großen Probleme der Inneren Stadt sei in den letzten Jahren einer Lösung auch nur näher gebracht worden. Das kritisierten Montag vormittag Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und die VP-Gemeinderäte Mag. Robert KAUER und Peter NEUMANN in einem Pressegespräch. Die Wiener Volkspartei wolle daher in einem neuerlichen Anlauf versuchen, Lösungsvorschläge für die drängendsten aktuellen Probleme in Diskussion zu bringen.

So schlägt die Wiener Volkspartei vor:

• Raum für Kultur und Kunst im öffentlichen Bereich für qualifizierte Künstler,

• eine Liberalisierung der Ladenschlußzeiten im „Fremdenverkehrsort" Innere Stadt,

• eine internationale Ausschreibung für die Stadtmöblierung und ihre Realisierung nach und auf Grund von Bürgerbefragungen,

• Stadtinformationskioske an stark von Touristen frequentierten Plätzen, wie Stephansplatz, bei der Oper, bei den Museen usw.

Der ungeregelte und unkontrollierte Individualverkehr in der Inneren Stadt behindere das städtische Leben, insbesondere den Fremdenverkehr, und habe verheerende Auswirkungen auf die Qualität des Lebens und auf die Bau- und Kunstdenkmäler. Deshalb wird gefordert,

• gesicherte Abstellplätze für die Wohnbevölkerung durch Park-Pickerl zu schaffen,

• den öffentlichen Verkehr zu verbessern (Rufbus, Zubringerdienste zu den Parkgaragen),

• einen obligatorischen Rufdienst für Rundfahrtenbusse einzurichten,

• und Radrouten durch die Innere Stadt zu errichten und zu kennzeichnen.

Einen skeptischen Standpunkt nimmt die Wiener Volkspartei zur Heldenplatzgarage ein. Auf Grund eines Umweltgutachtens von Professoren der Technischen Universität Wien sei statt einer Verkehrsberuhigung eine Zunahme des Individualverkehrs zu erwarten. Daher werden Zubringerlinien für die Innere Stadt zu den Garagen bei Messepalast, Rathaus, Votivpark und Karlskirche vorgeschlagen. Für den Albertinaplatz wird eine gärtnerische Gestaltung, zum Beispiel durch Andre Hellers Rosengarten, vorgeschlagen. Das Hrdlicka-Denkmal könnte auf dem Schwarzenbergplatz aufgestellt werden.

Auf dem Neuen Markt könnte ein temporärer Blumenmarkt geschaffen und die heutige „Autowüste" beseitigt werden. Schließlich will die Wiener Volkspartei den Donaukanal und seine Uferzonen attraktiver machen. In einem Ideenwettbewerb sollen die Bürger ihre Vorschläge, was sie mit ihrem Donaukanal wollen, einbringen können (zum Beispiel Buch- und Kunstmärkte, Liegestuhl-Verleih, Strandcafe, Blumenmarkt usw.). (Schluß) sc/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl. Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr: Banken sollen Wohnbaukredite billiger machen (335)

Kommunal/Lokal:

Mayr: ÖVP betreibt Verwirrspiel um Heldenplatzgarage (321/FS: 16.2.)

U-Bahn-Bau: Entsorgung des kontaminierten Erdreichs beendet (322/FS: 16.2.)

Jugendzahnkliniken feiern 75jähriges Bestehen (323/FS: 16.2.)

Neuer Vorstand im Wilhelminenspital (324/FS: 16.2.)

Stacher: Epidemiologische AIDS-Untersuchungen fortgeführt (325/FS: 16.2.)

Mit den Verkehrsbetrieben zu den Freizeitmessen (326)

Fünf neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre (327)

Fünf Jahre Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt“ (328)

Nachtfahrverbot für LKW in Wien hat sich bewährt (329/330)

Altlasten: Sanierungsart muß für jeden Einzelfall neu gewählt werden (331/332)

Der „freundliche Wiener“ bei den Wiener Freizeitmessen (333)

Zwischenbilanz der Aktion gegen Schnellfahrer (334)

Mayr: ÖVP betreibt Verwirrspiel um Heldenplatzgarage

Bereits am 16. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) „Ich wäre Herrn Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK sehr dankbar, wenn er das Verwirrspiel um die Heldenplatzgarage in seiner Partei beenden könnte", betonte Vizebürgermeister Hans MAYR Montag zu heutigen Aussagen von ÖVP-Politikern in Buseks Pressegespräch. Mayr kritisierte, daß sich die führenden Wiener ÖVP-Politiker von Busek bis zu Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH zwar für Konsenslösungen bei der Heldenplatzgarage stark machen, andererseits aber immer wieder versucht werde, durch eine unsachliche Darstellung den Bau der Garage in Frage zu stellen. So ein unsachlicher Versuch sei auch heute Montag wieder vorgenommen worden. Denn die meisten Auflagen des Umweltverträglichkeitsgutachtens der Technischen Universität Wien würden erfüllt werden:

- Der Heldenplatz, der Josefsplatz, der Platz in der Burg und weitere Verkehrsflächen sollen nach Bau der Garage vom ruhenden Verkehr freigehalten werden, die Autos würden — wie gefordert — in die Garage kommen, es würde dadurch auch zu keiner Vergrößerung des Parkplatzangebots und des Verkehrsaufkommens kommen;

- die Vermeidung sichtbarer Betonflächen bei der Zu- und Abfahrt wurde bereits vereinbart;

- die Absaugung der Gase bei Zu- und Abfahrt ist eine Selbstverständlichkeit;

- nicht erfüllt werden kann die Forderung nach einer Zu- und Abfahrt über Volksgarten/Bellaria wegen der enormen Ablöseforderungen des Pächters Böhm — allerdings wurde in Übereinstimmung mit Dir. FILLITZ eine Verlängerung der Ausfahrtsrampe zur Bellaria und der Einfahrtsrampe zur Babenberger Straße vereinbart. Gegen eine so gestaltete Ein- und Ausfahrt in der Nebenfahrbahn des Rings bestehen von Seiten der Museen nun kein Bedenken mehr.

(Schluß) sei/rr

U-Bahn-Bau: Entsorgung des kontaminierten Erdreiches beendet

Bereits am 16. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Montag der „RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, ist die Entsorgung des kontaminierten Erdreiches vom Gaudenzdorfer Gürtel praktisch abgeschlossen. Bekanntlich war man dort im Zuge der Bauarbeiten für die U 6 auf die Überreste eines alten Gaswerkes gestoßen, von dem die Verunreinigung des Erdreiches stammte.

Insgesamt wurden nahezu 150.000 Tonnen Erde abtansportiert, was fast 100 Millionen Schilling kostete. Davon gingen rund 90.000 Tonnen ins Ausland, darunter fast zur Gänze das stark kontaminierte Material. Schwach kontaminierte Erde wurde auf Deponien in Wien und Niederösterreich entsorgt. Ein geringer Teil von stark kontaminierter Erde wurde bekanntlich von der VOEST übernommen. Der Abtansport erfolgte unter täglichen Kontrollen und Messungen direkt an der Baustelle.

Derzeit fallen hier noch geringe Mengen an schwach kontaminiertem Erdreich beim Aushub an. Trotz der großen Probleme und der hohen Kosten, die durch den überraschenden „Fund" entstanden, kann der Terminplan nahezu eingehalten werden. (Schluß) roh/bs

Jugendzahnkliniken feiern 75jähriges Bestehen

Stacher: Verhandlungen mit Sozialversicherung über Finanzierung

Bereits am 16. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!
Forts. von Blatt 315

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher betonte, daß die Jugendzahnkliniken auch heute noch ihre Berechtigung haben, wenn sich ihr Aufgabenbereich auch seit der Gründung gewandelt hat. Eine wichtige Aufgabe komme nun der Behandlung von Stellungsanomalien zu, wo die Jugendzahnkliniken große Erfahrungen besitzen. Ein wichtiges Anliegen sei für die Zukunft die Verstärkung der Prophylaxe. Derzeit, so Stadtrat Stacher, laufen Verhandlungen mit der Sozialversicherung zum Abschluß eines Vertrages, mit dem die Finanzierung der Jugendzahnkliniken gesichert werden soll.

Kein „Luxus" – Zahndefekte bei jedem zweiten Kind

Die Tätigkeit der Jugendzahnkliniken ist sicher kein „Luxus", wenn auch die Frage der Finanzierung der Zahnbehandlung für die Kinder heute nicht mehr ausschlaggebend ist: von den 78.994 Kindern, die im Jahre 1986 untersucht wurden, stellten die Ärzte bei 31.994 Zahnschäden fest. Der hohe Anteil an kranken Zähnen, die in den Jugendzahnkliniken vielfach zum ersten Male festgestellt wurden, ist der Beweis dafür, daß die Jugendzahnkliniken aus der Vorsorgemedizin der Stadt Wien nicht mehr wegzudenken sind.

Dr. Cwetler neuer Leiter der Jugendzahnkliniken

Dr. Hans Peter Cwetler, der neue Leiter der Jugendzahnkliniken, widmet sich als Facharzt für Zahnheilkunde vor allem den Kunststoff-Aufbauten bei Zähnen, wodurch vor allem bei Kindern mit gänzlich abgebrochenen oder total zerstörten Frontzähnen teure Kronen erspart werden, sowie der Implantation und Reimplantation. Er ist auch Mitglied der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft für Akupunktur. 1986 hatte er die provisorische Leitung der Jugendzahnkliniken übernommen, zu deren Leiter er nun bestellt wurde.

Dr. Cwetlers Vorgänger Prof. Wächter ist 1986 in Pension gegangen. (Schluß) and/gg

Neuer Vorstand im Wilhelminenspital

Bereits am 16. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Im Wilhelminenspital wurde Montag Univ.-Prof. Dr. Hugo PARTSCH als neuer Vorstand der Dermatologischen Abteilung von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in sein Amt eingeführt. Der neue Primarius tritt damit die Nachfolge von Univ.-Prof. Dr. Walter LINDEMAYER an, der seit 1961 Vorstand der Dermatologischen Abteilung war und nunmehr in den Ruhestand trat. Univ.-Prof. Dr. Partsch war seit 1980 im Hanusch-Krankenhaus tätig, wo er die dort befindliche Gefäßambulanz aufbaute und leitete. (Schluß) zi/gg

Stacher: Epidemiologische AIDS-Untersuchungen fortgeführt

Auch andere Bundesländer sollten Antidiskriminierungsbeschluß fassen

Bereits am 16. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird an dem Beschluß des Wiener Stadtsenates festhalten, wonach im Rahmen einer epidemiologischen Studie Untersuchungen auf HIV-Antikörper unter Wahrung strengster Anonymität durchgeführt werden sollen. Das erklärten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Die gleiche Form von Untersuchungen werde neuerdings auch vom Center of Desease Control in den Vereinigten Staaten angewandt. Es sei erstaunlich, wie immer wieder falsche Interpretation und mangelndes Wissen über die Vorgangsweise zu Mißverständnissen und mit Gewalt herbeigeführten Differenzen in den Auffassungen führen, meinte Stacher.

So seien zum Beispiel die Diskussionen, ob es sich um eine Dunkelziffer von 5.000 oder 10.000 HIV-positiven Menschen in Österreich handelt, so lange leere Annahmen, als nicht aufgrund einer breitbasigen epidemiologischen Studie, wie sie von der Stadt Wien nun durchgeführt wird, Anhaltspunkte für diese Zahlen vorliegen, betonte der Gesundheitsstadtrat. Das sei auch die Ansicht der bekanntesten Spezialisten, die tatsächlich mit AIDS-Kranken zu tun haben, nämlich Prof. Wolff, Leiter der 1. Hautklinik der Wiener Universität, und Doz. Dr. Gschnait, Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Lainzer Krankenhauses.

Die Gefahr einer Isolation AIDS-Kranker durch das Bekanntwerden positiver AIDS-Befunde sieht Stadtrat Stacher nicht, da Befunde nur dem Arzt und den Betroffenen zugänglich sind.

Es wäre viel sinnvoller, fügte Gesundheitsstadtrat Stacher hinzu, wenn auch andere Experten dazu übergingen, statt die Studien in Frage zu stellen, einen Anti-Diskriminierungsbeschluß für AIDS-Kranke zu unterstützen, wie ihn die Stadt Wien gefaßt hat. (Schluß) and/gg

Mit den Verkehrsbetrieben zu den Freizeitmessen

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Wie immer während großer Messen verstärken die Wiener Verkehrsbetriebe auch während der kommenden Tage den öffentlichen Verkehr zum Messegelände. In der Zeit vom 18. bis 21. Februar verkehren während der Öffnungzeiten der Wiener Freizeitmessen folgende Linien zum Messegelände im Prater: die Linie „N" vom Schwedenplatz bis zum Südportal des Messegeländes, die Linie „21" vom Schwedenplatz und die Linie „81" vom Praterstern zum Westportal des Messegeländes.

Als zusätzliches Service der Wiener Verkehrsbetriebe verkehrt die Autobuslinie „82A" als neue Messelinie zwischen dem Praterstern und dem Südportal. Damit eine Anbindung an die Straßenbahnlinie „N" gewährleistet ist, wird in beiden Fahrtrichtungen in der Kaiserallee vor beziehungsweise nach der Hauptallee eine Haltestelle eingerichtet.

Diese Messelinie wird in der Zeit zwischen 9.30 un 18.35 Uhr in einem 15-Minuten-Intervall im VOR-Tarif geführt. (Schluß) roh/bs

Fünf neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre

Öffentliche Auflage

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Für fünf Gebiete im 3., 19., 20., 21. und 22. Bezirk wurden Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet, für einen Teil des 18. Bezirks in Pötzleinsdorf soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Die Planentwürfe liegen vom 19. Februar bis 19. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Für das Gebiet im 19. Bezirk gibt es zusätzlich während der Zeit der öffentlichen Auflage jeweils donnerstags nachmittag Auskunftsmöglichkeiten durch Mitarbeiter der zuständigen Fachdienststelle der Stadt Wien.

Das Gebiet im 3. Bezirk liegt im Bereich der Südosttangente, Abfahrt St. Marx. Hier soll an die Stelle der Widmung „Industriegebiet" die Widmung „Gemischtes Baugebiet" treten.

Die Planungen im 19. Bezirk beziehen sich auf einen 71 Hektar großen Stadtteil beiderseits der Salmannsdorfer Straße. Hier soll das charakteristische Ortsbild gesichert werden. Das bedeutet Bebauungsbeschränkungen, die Erhaltung der Weinbaugebiete und die Festlegung einer Schutzzone (nun besser abgestimmt mit den Grenzen zum Wald- und Wiesengürtel und dem Baubestand).

Im 20. Bezirk betreffen die Planungen einen Baublock im Bereich Universumstraße/Hellwagstraße. Hier war ursprünglich eine Garage geplant, die nun nicht an dieser Stelle gebaut werden soll. Nun werden die widmungsrechtlichen Vorkehrungen zur Errichtung eines Wohnhauses getroffen.

Im 21. Bezirk wurde für ein 88 Hektar großes, dünnbesiedeltes Gebiet südlich der Grenze zu Niederösterreich/Am Bisamberg geplant. Ziele sind hier unter anderem die Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes im alten Ortskern von Strebersdorf (zum Beispiel durch Bebauungsbeschränkungen und die Vorschreibung der gärtnersichen Ausgestaltung von Innenhöfen) und die Sicherung zusammenhängender landwirtschaftlich genutzter Flächen. Hier soll die Schottergewinnung nicht mehr möglich sein.

An der Zschokkegasse/Erzherzog-Karl-Straße liegt das Plangebiet im 22. Bezirk. Weil die diplomatische Vertretung der UdSSR zusätzliche Flächen benötigt, ist eine Widmungsänderung notwendig, die auch die Verschiebung der für die Errichtung eines Pensionistenheimes notwendigen Fläche nach Süden vorsieht. Außerdem werden Vorkehrungen für die Errichtung von Wohnungen getroffen.

Eine zeitlich begrenzte Bausperre soll es im 18. Bezirk beiderseits der Leschetitzkygasse geben. Während ihrer Geltung soll ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan unter anderem mit dem Ziel erstellt werden, die kleinteilige Bebauungsstruktur in diesem Gebiet zu erhalten. (Schluß) and/bs

Fünf Jahre Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt"

Am 18. Februar startet das Seniorenquiz 1987

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Die Eröffnungsveranstaltung des Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt" 1987 findet am Mittwoch, dem 18. Februar, im Pensionistenheim Wienerberg, 10, Neilreichgasse 120, statt. Das Bildungsquiz für Senioren „Wer weiß-gewinnt" feiert dieses Jahr sein fünfjähriges Bestehen.

Veranstalter des Quiz sind der Verband Wiener Volksbildung und die Magistratsabteilung 13.

Die Bilanz dieser Veranstaltungsreihe kann sich mit bisher 296 aktiven Teilnehmern und rund 30.000 Besuchern bei den einzelnen Quizrunden sehen lassen. Rund 100.000 Wiener im Jahr hören die ORF-Übertragungen der Veranstaltungen.

Ziel des Seniorenquiz ist es, verstärkt Impulse zur geistigen Aktivität zu geben und in unterhaltsamer Form zum Mitraten und Mitdenken zu animieren.

Anmeldungen zur Teilnahme am Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt" nimmt der Verband Wiener Volksbildung, 15, Hollergasse 22, Tel.: 83 56 10/26 DW entgegen. Mitmachen können alle, die das 55. Lebensjahr überschritten haben. (Schluß) jel/rr

Nachtfahrverbot für LKW in Wien hat sich bewährt

Hofmann präsentierte Untersuchung

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Das ursprünglich nur versuchsweise für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1986 eingeführte Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen in Wien war so erfolgreich, daß es unbefristet verlängert wurde. Nun liegen die detaillierten Ergebnisse einer Vorher-Nachher-Untersuchung vor, die von Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hermann KNOFLACHER im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt wurde. Demnach ist der Verkehr mit schweren Lastkraftwagen in der Nacht stark zurückgegangen. An manchen Meßstellen wurden Lärmreduktionen von mehr als 5 Dezibel gemessen. Und es sind keine merkbaren negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft festzustellen. Das gab Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag vormittag beim Pressegespräch von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK bekannt.

Das Nachtfahrverbot in Wien gilt für Lastkraftfahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen Gesamtgewicht in der Zeit von 23 Uhr bis 4.30 Uhr auf allen Fahrbahnen — mit Ausnahme der Autobahnen und einiger wichtiger Verbindungsstraßen. Das Verbot gilt nicht für Transporte von Lebensmitteln oder Transporte im öffentlichen Auftrag. In begründeten Fällen können Ausnahmebewilligungen erteilt werden.

Die Zählungen wurden im Mai — vor Einführung des LKW-Nachtfahrverbots — und im Oktober 1986 vorgenommen. Dabei war das Verkehrsaufkommen im Oktober generell etwas geringer als im Mai.

Deutliche Abnahme des Verkehrs

Das Ergebnis sämtlicher Zählstellen (bei 6,4 Prozent weniger Kraftfahrzeugen insgesamt): LKW bis 3,5 Tonnen: minus 19,1 Prozent; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (keine Lebensmittel): minus 24,5 Prozent; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (Lebensmittel): minus 5,3 Prozent; LKW-Züge: minus 35,9 Prozent.

Noch besser ist das Ergebnis auf den Verbotsstrecken, das sind alle Strassen ohne die Ausnahmestrecken (bei 8 Prozent weniger Kraftfahrzeugen insgesamt): LKW bis 3,5 Tonnen: minus 12,6 Proeznt; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (keine Lebensmittel): minus 26,3 Prozent; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (Lebensmittel): minus 6,2 Prozent; LKW-Züge: minus 64,3 Prozent.

Auch bei Berücksichtigung des verringerten Verkehrsaufkommens in der zweiten Zählphase im Oktober ist also während der Zeit des Nachtfahrverbots eine sehr starke Abnahme des Verkehrs mit schweren LKW zu registrieren. Deutlich zugenommen hat hingegen der Verkehr mit LKW-Zügen auf den Ausnahmestrecken.

Auf Grund der Verkehrszählungen und der Messungen des Lärmpegels urteilt der Bericht über den Erfolg des LKW-Nachtfahrverbots in Wien:

- Es wird in einem außerordentlich hohen Grad befolgt.
- Fahrten mit besonders störenden LKW-Zügen und mit Schwerfahrzeugen, die nicht der Versorgung der Bevölkerung dienen, wurden wirksam reduziert.
- Die Wirtschaft konnte die Ausnahmerouten sinnvoll nutzen, ohne die dichtbebauten, empfindlichen städtischen Gebiete befahren zu müssen.
- Die überdurchschnittlich hohe Reduktion des Lärmpegels ist nicht nur auf quantitative Veränderungen zurückzuführen, sondern läßt auf Verhaltensänderungen des Restverkehrs schließen.
- Die richtige und unterstützende Vorgangsweise der Kammer der gewerblichen Wirtschaft bewirkte eine hohe Disziplin. Dementsprechend entstand nur ein relativ geringer Überwachungsaufwand. Zum Teil gibt es

Forts. auf Blatt 330

Forts. von Blatt 329

jedoch Tendenzen, das Nachtfahrverbot in der Umgebung der Ausnahmestrecken nicht einzuhalten. Dort — zum Beispiel entlang des Donaukanals — müssen die Aktivitäten zur Durchsetzung des Verbots verstärkt werden.

• Das LKW-Nachtfahrverbot wurde vermutlich auch deshalb weitgehend akzeptiert, weil Ausnahmebewilligungen flexibel und unbürokratisch erteilt wurden.

• Da Lebensmitteltransporte nicht betroffen sind, gab es keine Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung.

Beispielgebend für andere Bundesländer

Schließlich hält das Gutachten fest, daß das Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen in Wien „auch für andere Bundesländer beispielgebend sein sollte".

Das LKW-Nachtfahrverbot gilt nicht auf den folgenden Wiener Straßen beziehungsweise Straßenabschnitten:

• Bundesstraßen A (Autobahnen),

• Raffinieriestraße und Finsterbuschstraße ab Praterbrücke (A 23) bis Ölhafen Lobau,

• Am Hubertusdamm und Am Kaisermühlendamm zwischen Brigittenauer Brücke (A 22) und Praterbrücke (A 23),

• Handelskai ab Praterbrücke (A 23), Hafenzufahrtsstraße, Freudenauer Hafenstraße und Alberner Hafenzufahrtsstraße (bis zur Landesgrenze bei der Neubachbrücke),

• Franzosengraben (ab A 23 — Abfahrt St. Marx) bis Baumgasse, Baumgasse zwischen Franzosengraben und Litfaßstraße und Litfaßstraße zwischen Baumgasse und Einfahrt Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx.

(Forts. mgl.) sc/gg

Altlasten: Sanierungsart muß für jeden Einzelfall neu gewählt werden

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Altlasten, also legale oder illegale frühere Müllschüttungen oder durch andere Ursachen entstandene Schadstoffkörper, können eine Gefahr für das Grundwasser bedeuten, Giftstoffe enthalten oder Gase entwickeln. In Wien wurde nach dem Entdecken mehrerer alter Deponien, etwa der Bor-Deponie im 22. Bezirk oder der früheren illegalen, später von der Stadt Wien übernommenen und zugeschütteten Deponie „Im Gestockert", bei der vorübergehend sogar Kleingärtner abgesiedelt werden mußten, auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN eine umfassende Aktion zum Finden und Sanieren sogenannter Altlasten gestartet. Mit Hilfe der Bevölkerung fand man so die Adressen von bis heute 213 alten, oft illegalen Deponien. Diese Deponien wurden und werden intensiv auf mögliche Gefahrenquellen untersucht. Nach dem bisherigen Wissensstand gibt es derzeit 30 Deponien, die vorrangig genauer untersucht bzw. je nach Ergebnis saniert werden müssen: das berichtete Umweltstadtrat Helmut Braun Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Was die Arbeiten so langwierig macht, sind nicht allein die geologischen und hydrologischen Untersuchungen sowie die qualitativen Untersuchungen der Müllschüttungen, sondern auch die Tatsache, daß von Altlast zu Altlast die optimale Sanierungsmethode erarbeitet werden muß. Patentrezepte gibt es nicht.

Die Stadt Wien befaßt sich bekanntlich seit Jahren mit dem Problem der Grundwasserverunreinigungen (das Fünfjahresprogramm zur Vollversorgung auch der restlichen zwei Prozent der Wiener Haushalte mit einwandfreiem Trinkwasser ist nicht zuletzt eine der Konsequenzen daraus) und startete 1984 das Programm zur Erfassung von Altlasten. Bis heute kam man so auf 213 Standorte: frühere genehmigte Mülldeponien ebenso wie wilde Ablagerungen, genehmigte Erddeponien und aufgefüllte Kiesgruben, darunter natürlich meist Deponien unbekannten Inhalts.

Bei Voruntersuchungen werden bzw. wurden 119 Grundwassersonden bei verschiedenen Altlast-Standorten errichtet. 44 Sonden sind bereits vorhanden, weitere 75 folgen bis 1989. Die mittels Sonden gewonnenen Wasserproben werden untersucht und bilden zusätzlich zu den übrigen Untersuchungen die Grundlage für die Sanierung oder Absicherung jener Altlasten, die das Grundwasser verunreinigen oder gefährden.

Manche der Altlasten befinden sich, wie das Beispiel Gaudenzdofer Gürtel zeigt, bereits seit 70 oder 80 Jahren im Boden und verursachen keine Probleme, werden jedoch dann virulent, wenn z.B. Bautätigkeit einsetzt.

Deponie- und Altlastkarte

Potentiell für das Grundwasser gefährlich erscheinende Standorte und solche, bei denen lediglich bekannt ist, daß Schüttungen vorgenommen wurden, sowie jene Stellen, bei denen Altlasten bekannt sind, werden in der Deponie- und Altlastkarte dargestellt. Das bedeutet nun nicht, daß alle darauf verzeichneten Altlasten auch tatsächlich gefährlich sind — dazu sind noch weitere Untersuchungen nötig. Dabei ist eine systematische, genau abgestufte Vorgangsweise erforderlich: Vorerhebungen, konkrete technische Untersuchungen, Detailprojekte, Sanierung. Dazu kommen noch die rechtlichen Fragen wie Grundeigentum, Verursacherfrage, Schadensfrage.

Von den bisher bekannten 213 Standorten wurden nach einer ersten Bewertung 30 Standorte, die nach dem derzeitigen Stand der Kenntnisse vorrangig behandelt werden sollen, für ein Untersuchungsprogramm vorangestellt.

Forts. auf Blatt 332

Forts. von Blatt 331

Der Großteil der 30 Altlasten liegt im 21. und 22. Bezirk, einzelne ehemalige Deponien befinden sich aber auch im 2., 3., 11., 15. (Gaudenzdorfer Gürtel) und 23. Bezirk. Zu den Ablagerungen, die im Boden „schlummern", zählen Kriegsaltlasten (vor allem Mineralölaltlasten nach Bombardierungen von Raffinerieanlagen) ebenso wie Ablagerungen von Industrieabfällen, Anschüttungen von nicht einwandfreiem Erdmaterial, wilde Deponien im eigentlichen Sinn, aber auch behördlich genehmigte, frühere Hausmülldeponien: Die Problematik der Mülldeponien wird weltweit erst seit einigen Jahren erkannt; noch in der Zeit nach Kriegsende ging man mit Müll und anderen Sorten von Abfällen wesentlich sorgloser um.

Die Maßnahmen in Wien

Wien hat bereits — rascher als die meisten anderen Bundesländer — auf die Frage Altlastproblematik reagiert und mit der systematischen Untersuchung begonnen. Mehrere Altlasten wurden bereits saniert bzw. abgesichert — die Deponie Rautenweg, die Altlast „Im Gestockert" (die Arbeiten hier sollen im Sommer beendet sein), Mineralölaltlasten beim Wehr II im Baubereich der Neuen Donau, die ehemalige Bor-Deponie bei der Gotramgasse, die Ablagerungen der ehemaligen Gasfabrik am Gaudenzdorfer Gürtel (nach wie vor in Arbeit). Untersuchungen und Planungen sind für die WIG 64/Donaupark, wo ungefähr Anfang der Fünfzigerjahre auf einer ehemaligen Deponie weitere Schüttungen vorgenommen wurden, für ein Industrieareal in Siebenhirten und die Deponie beim Himmelteich angelaufen. Dazu kommen das Grundwassersondenprogramm und weitere Erhebungen.

Je nach Ergebnis der Grundwasser- und Bodenuntersuchungen muß bei jenen der 30 Standorte erster Kategorie, die tatsächlich eine Gefährdung bilden, die Sanierung durchgeführt werden. In weiterer Folge werden nach den Standorten erster Kategorie natürlich auch die anderen Standorte berücksichtigt. (Forts.mgl.) hrs/bs

Der „freundliche Wiener" bei den Wiener Freizeitmessen

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Die lustigsten und skurrilsten Fotos, die letztes Jahr bei der Aktion „Come and see friendly Vienna" eingesandt wurden, sind nun bei den Wiener Freizeitmessen in der Halle 27 des Messegeländes ausgestellt. Darunter befinden sich „Spitzenleistungen" wie die Wien-Kleber auf einem Einbahnschild in Chicago oder „Der freundliche Wiener in Tibet". Der Fotowettbewerb im Rahmen der Aktion „freundlicher Wiener" hat den Messedirektoren Gerd HOFMANN und Reginald FöLDY so gut gefallen, daß Sie dem Wiener Fremdenverkehrsverband gratis Platz für die Fotodokumentation zur Verfügung stellten. (Schluß) wfv/bs

Zwischenbilanz der Aktion gegen Schnellfahrer

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Aktion gegen Schnellfahrer, die im Juni 1986 zwischen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER vereinbart worden war, registrierte die Wiener Polizei zwischen 20. Juni und 31. Dezember 1986 mehr als 50.000 Temposünder. Das heißt, daß binnen eines halben Jahres etwa jedem zehnten Wiener Autofahrer eine Geschwindigkeitsübertretung nachgewiesen wurde! Bei rund 5 Prozent der Schnellfahrer ergaben die Radarkontrollen Geschwindigkeiten von mehr als 100 km/h. Von Beginn der Aktion bis Jahresende wurden 20.615 Organstrafen verfügt, in 29.615 weiteren Fällen wurden Anzeigen verhängt (durchschnittliche Strafhöhe 600 Schilling).

Während des gesamten Jahres 1986 wurden bei Radarmessungen in Wien 70.000 Temposünder registriert. „Hauptrennstrecke" war die Süd-Ost-Tangente, wo voriges Jahr mit Radar gemessene Geschwindigkeitsüberschreitungen zu mehr als 23.000 Anzeigen führten. Neben den Radarkontrollen ergab die Überwachungstätigkeit der Polizei auf diesem Straßenzug 1986 weitere 27.000 Anzeigen und Organstrafverfügungen, zumeist ebenfalls wegen Geschwindigkeitsübertretungen. (Forts. mgl.) chr/rr

Mayr: Banken sollen Wohnbaukredite billiger machen

Wien, 17.2. (RK-POLITIK/WIRTSCHAFT) Gegen den Vorschlag des Generalsekretärs des Verbandes der österreichischen Landeshypothekenbanken, Walter JANAUER, Wohnbaudarlehen durch Zinsstützungen zu fördern, sprach sich Dienstag Vizebürgermeister Hans MAYR aus. Die Forderung müßte, so Mayr, umgekehrt lauten: keine Zinsstützung, sondern eine Verbilligung der Wohnbaukredite durch die Banken selbst. Mit einem Zinssatz von 8,5 Prozent liegen die für die Banken äußerst sicheren und problemlosen Wohnbaukredite eindeutig zu hoch und es sei einigermaßen unverständlich, für dieses für die Banken äußerst gute Geschäft noch eine öffentliche Förderung zu verlangen, betonte Mayr. In einer Zeit, in der öffentlichen Anleihen einen Zinssatz von 6 3/4 Prozent aufweisen, müßten die Wohnbaukredite einfach billiger werden, schloß Mayr. (Schluß) sei/bs

ef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
nn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
rige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, Stiege 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Weniger Grippeerkrankte (337/FS: 17.2.)

100 Millionen für Grundig Austria (338)

Mobile Schwestern legten 353.900 Kilometer zurück (340)

42.000 Schilling für Kinderkrebshilfe aus Benefizkonzert (341)

Neuer Apothekenleiter im Franz Josef-Spital (343)

Neuerlich Schneefall in Wien (nur FS)

Brand forderte ein Todesopfer (nur FS)

Öl auf dem Donaukanal (nur FS)

Kultur:

Ehrenmedaille in Gold für Renate Holm (342)

Entwurf für Hollein-Haus präsentiert (344)

Wirtschaft:

25 Jahre Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft (339)

Kurbetrieb Wien-Oberlaa: 189,5 Millionen Umsatz (339)

Weniger Grippeerkrankte

Bereits am 17. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Die Zahl der an Grippe erkrankten Wienerinnen und Wiener hat erfreulicherweise abgenommen. Nach einer Mitteilung der Gesundheitsbehörden ist die Zahl der Neuerkrankungen an Grippe bzw. an grippalen Infekten in der Vorwoche auf 12.500 zurückgegangen. Im Vergleich dazu: In der Woche davor waren es rund 18.000 Neuerkrankungen gewesen. Dementsprechend ist auch die von der Gebietskrankenkasse gemeldete Zahl der Gesamtkrankenstände der in der Bundeshauptstadt arbeitenden Menschen rückläufig. Die Zahl der erkrankten Schüler betrug in der vergangenen Woche 4,4 Prozent. Diese Zahlen sprechen eindeutig für ein Abflauen der Grippewelle in Wien. (Schluß) zi/rr

100 Millionen für Grundig Austria

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß kürzlich, der Firma Grundig Austria für eine weitere Kapazitätssteigerung des Fernsehgerätewerkes in Wien einen Investitionskostenzuschuß von 100 Millionen Schilling zu gewähren. Grundig beabsichtigt, in den nächsten fünf Jahren im Wiener Werk 800 Millionen Schilling zu investieren und die jährliche Produktion von TV-Geräten von derzeit 500.000 auf 800.000 Einheiten zu steigern. Der Investitionskostenzuschuß ist an die Bedingung geknüpft, daß bereits Ende 1987 die 800.000er Grenze erreicht und daß diese Produktionshöhe zumindest für fünf Jahre aufrechterhalten wird. (Schluß) sei/gg

25 Jahre Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft

Wien, 18.2. (RK-WIRTSCHAFT) Rund eine Million Besucher verzeichnet jedes Jahr der Schloßpark von Laxenburg, der zu den wichtigsten Naherholungsgebieten Wiens gehört. Das etwa 2,7 Millionen Quadratmeter große Areal hat 120 ha Waldbestand und 25 ha Gewässer.

Am 16. März 1987 wird die Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft m.b.H. 25 Jahre alt. Das Unternehmen — eine gemeinsame Gründung der Stadt Wien und des Landes Niederösterreich — bekam 1962 die Aufgabe übertragen, die Parkanlagen mit der Franzensburg, den Schleusen und Wehranlagen sowie mehr als einem Dutzend Brücken zu einem Erholungsgebiet für Wien und die benachbarten niederösterreichischen Gemeinden zu gestalten. Außerdem hatte die Gesellschaft den Blauen Hof und das Alte Schloß instandzusetzen und den Blauen Hof durch eine sinnvolle Nutzung zu revitalisieren.

Die Projekte wurden vorbildlich realisiert. Die bisherigen Gesamtinvestitionen betrugen über 300 Millionen Schilling.

Seit 1974 werden die Wiener Anteile an der Gesellschaft von der WIENER HOLDING Gesellschaft m.b.H. gehalten. (Schluß) wh/rr

Kurbetrieb Wien-Oberlaa: 189,5 Millionen Umsatz

Wien, 18.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die „Kurbetrieb Heilquelle Wien-Oberlaa Gesellschaft m.b.H.", ein Tochterunternehmen der Wiener Holding, erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Umsatz von 189,513.814 Schilling das beste Ergebnis seit Bestehen des Unternehmens.

Das Bestreben des Kurbetriebs nach ständiger Qualitätsverbesserung und vermehrtem Angebot hat zu diesem Erfolg wesentlich beigetragen. Nicht zuletzt ist das Ergebnis auf die Kurkonditorei zurückzuführen, die — einschließlich der Filialen in der Fußgängerzone Favoriten und im Oberlaaer Stadthaus — einen Umsatz von über 55,8 Millionen Schilling erreichte.

Im Geschäftsjahr 1986 wurden im Kurmittelhaus insgesamt 603.472 Behandlungen durchgeführt, im Thermalbad zählte man 685.593 Besucher. Für heuer ist im Kurmittelhaus die 8-millionste Behandlung zu erwarten, im Thermalbad wird man den 8-millionsten Gast begrüßen können.

Weitere Zahlen aus dem Geschäftsjahr 1986 des Kurbetriebs Heilquelle Wien-Oberlaa:

- In der Kurpension registrierte man 12.462 Nächtigungen,
- im Tennisbetrieb kam man auf 66.287 vermietete Stunden,
- die Quellensauna verzeichnete 37.262 Besucher.

(Schluß) wh/rr

Mobile Schwestern legten 353.900 Kilometer zurück

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Bilanz über die Arbeit der Mobilen Schwestern im Rahmen der Hauskrankenpflege zog das Sozialamt der Stadt Wien für das Jahr 1986. 81 Mobile Schwestern waren 1986 in den 23 Wiener Bezirken zur Betreuung von 4.774 Patienten im Einsatz. In 104.365 Arbeitsstunden absolvierten die Mobilen Schwestern 245.297 Hausbesuche. Im Rahmen der Hauskrankenpflege, die in Zusammenarbeit mit 656 praktischen Ärzten erfolgte, wurden rund 353.900 Kilometer zurückgelegt. (Schluß) jel/bs

42.000 Schilling für Kinderkrebshilfe aus Benefizkonzert

Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und der japanische Kulturattaché MOCHIZUKI überreichten am Mittwoch nachmittag dem medizinischen Leiter des St.-Anna-Kinderspitals, Univ.-Prof. Dr. Helmut GADNER, einen Scheck über 42.000 Schilling für die Kinderkrebshilfe. Die Geldmittel stammen aus einem Benefizkonzert, das am 1. Dezember 1986 stattfand: Prof. Kurt RAPF brachte mit der Brünner Philharmonie und dem Taito Ku Citizen Chorus aus Tokio die 9. Symphonie Beethovens zur Aufführung. Das Forschungsinstitut für krebskranke Kinder im St.-Anna-Kinderspital hat es sich zum Ziel gesetzt, eine patientenorientierte Forschungsstätte einzurichten und damit die Behandlungsmöglichkeiten für krebskranke Kinder weiter zu verbessern. (Schluß) gab/bs

42.000 Schilling für Kinderkrebshilfe

Ehrenmedaille in Gold für Renate Holm

Wien, 18.2. (RK-KULTUR) Kammersängerin Renate HOLM, Prof. Günther SCHNEIDER-SIEMSSEN und Prof. Rudolf WEISHAPPEL erhielten die Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Die Überreichung durch Kulturstadtrat Franz MRKVICKA fand am Mittwoch im Wiener Rathaus statt.

Kammersängerin Renate Holm hat an der Wiener Staatsoper und bei den Salzburger Festspielen, aber auch an den anderen großen Opernhäusern der Welt große Rollen der Opernliteratur verkörpert.

Prof. Günther Schneider-Siemssen hat mit seiner Licht- und Projektionstechnik, die er im Rahmen bahnbrechenden Inszenierungen in Wien, Salzburg und an weiteren wichtigen Bühnen verwirklichte, wesentlich zur Weiterentwicklung des Bühnenbildes beigetragen.

Prof. Rudolf Weishappel hat sich als Komponist — unter anderem mit den musikdramatischen Werken „Elga", „König Nicolo" und „Die Lederköpfe" —, aber auch als Kulturjournalist und im Kulturamt der Stadt Wien als Referent für Kleinbühnen und Freie Gruppen, Musik und Film um das Wiener Kulturleben verdient gemacht.

An der Feier nahmen auch Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und der Zweite Präsident des Wiener Landtages, Fritz HAHN, teil. (Schluß) gab/rr

Neuer Apothekenleiter im Franz Josef-Spital

Stacher: Spitalskosten auch im Apothekenbereich einsparen

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER nahm Mittwoch die Amtseinführung des neuen Apothekenleiters im Franz Josef-Spital, Mag. Maximilian STEFFEL, vor. Er folgt Mag. Hildegarde ALTENBERG, die in Pension gegangen ist. Stadtrat Stacher verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Möglichkeiten zu Kosteneinsparungen im Spital genutzt werden sollen. Auch durch Zusammenarbeit zwischen Anstaltsapotheke und Ärzten könne eine solche Kostenbegrenzung erreicht werden.

Mag. Maximilian Steffel ist seit 1966 im Franz Josef-Spital tätig und war seit Oktober 1981 Apothekenleiter-Stellvertreter. Seine Vorgängerin Mag. Hildegarde Altenberg hatte ihren Dienst im Jahre 1946 im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe begonnen und die Apotheke im Franz Josef-Spital seit Mitte 1965 geleitet. Sie ist im vergangenen Jahr in den Ruhestand getreten. (Schluß) and/rr

Entwurf für Hollein-Haus präsentiert

Wien, 18.2. (RK-KULTUR) Seinen Entwurf und Modelle für das neue „Haas-Haus" Ecke Stephansplatz/Graben präsentierte Hans HOLLEIN im Rahmen einer Pressekonferenz am Mittwoch . Dabei wurden als voraussichtliche Planungs- und Bautermine angegeben:

- Baupolizeiliche Einreichung: März 1987
- Baubeginn: Juli 1987
- Nach 20 Monaten Bauzeit Fertigstellung des Bauvorhabens im Frühjahr 1989
- Nach drei Monaten für die Einrichtung Eröffnung des Hauses im Herbst 1989

Pläne und Modelle sind im Rahmen einer Ausstellung in der Galerie in der Oper bis einschließlich Sonntag, dem 22. Februar, täglich von 10 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr zu besichtigen. (Schluß) du/bs

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, Stiege 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien. Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 19. Februar 1987 **Blatt 345**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Informationsveranstaltung für Krankenpflegeschüler (346/FS: 18.2.)

Wien ist entschieden gegen Diskriminierung AIDS-Kranker (347/FS: 18.2.)

Neue Verkehrsorganisation in der Mariahilfer Straße (348)

Verbesserung einer Verkehrsampel in Simmering (348)

Familiensonntag am 22. Februar (349)

Interesse für Selbstschutz hat deutlich zugenommen (350)

Hohe Auszeichnungen für zwei Mediziner (351)

Ehrenzeichen für Wirtschaftstreibende (351)

Werbefeldzug für „Einkauf in Wien" (352)

Splitteinkehrer werden bei den Straßenpflegedepots aufgenommen (353)

AIDS-Information jetzt auch im Gesundheitstelefon (354)

Erweiterung der Blumenhalle am Großmarkt Wien-Inzersdorf (355)

Generalsekretär Dr. Machtl hat sein Amt zurückgelegt (356)

Wiener Landtag und Gemeinderat (nur FS)

Informationsveranstaltung für Krankenpflegeschüler

Im Jugendzentrum Josefstadt in der Zeltgasse

Bereits am 18. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Was erwartet mich nach der Berufsausbildung? Wie komme ich zu einer Wohnung? Wie kann man familiäre Probleme lösen? Wie wird man mit rechtlichen Problemen fertig? Wie sieht das Freizeitangebot der Stadt Wien aus? Wo und wie kann ich mich weiterbilden? Das sind Fragen, mit denen sich ein Info-Tag für die Krankenpflegeschülerinnen und -schüler sowie die Schüler der Medizinisch-Technischen Schulen der Stadt Wien befaßt, der am Donnerstag, dem 19. Februar, von 15 bis 19 Uhr im Jugendzentrum Josefstadt in der Zeltgasse 7 stattfindet. Veranstalter ist das Anstaltenamt der Stadt Wien, und mit dabei ist auch die Ombudsfrau der Krankenpflegeschüler, Landtagsabgeordnete Ilse FORSTER. An mehreren Ständen liegt Informationsmaterial auf und stehen Experten der einzelnen Fachgebiete für Auskünfte und Beratungen zur Verfügung. (Schluß) and/rr

Wien ist entschieden gegen Diskriminierung AIDS-Kranker

Bereits am 18. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Von einem AIDS-Antikörper-positiven Befund wissen nur jene, die — im Virologischen Institut — Untersuchungen und zwar den Bestätigungstest, der allein maßgebend ist, zentral durchführen sowie der behandelnde Arzt, der verpflichtet ist, den Kranken zu informieren. Das stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch zu einer Aussendung der Homosexuellen-Initiative fest, die die Besorgnis geäußert hatte, AIDS-Befunde würden in einem zentralen Computer der Stadt Wien erfaßt. Tatsächlich werden einzelne Laborbefunde in keinem zentralen Computer erfaßt. Ergänzend wies der Wiener Gesundheitsstadtrat darauf hin, daß es gerade die Stadt Wien war, die beispielgebend für ganz Österreich ein Signal gegen die Diskriminierung AIDS-Kranker gesetzt hat, indem vom Wiener Stadtsenat ein einstimmiger Beschluß gefaßt wurde, wonach das Vorliegen eines AIDS-positiven Befundes kein Beschäftigungshindernis bei der Stadt Wien sein dürfe. Da in zunehmendem Maße Menschen in Spitalsambulanzen kommen, die HIV-Bluttests wünschen, hat Stadtrat Stacher auch angeordnet, daß bei den Gesundenuntersuchungen, bei denen grundsätzlich keine Antikörper-Untersuchung auf HIV durchgeführt würden und werden, ab nächster Woche die Möglichkeit besteht, AUF AUSDRÜCKLICHEN WUNSCH das Blut auf HIV-Antikörper untersuchen zu lassen, selbstverständlich unter voller Wahrung der Anonymität. (Schluß) and/rr

Neue Verkehrsorganisation in der Mariahilfer Straße

Straßenbahngleise werden verlegt

Wien, 19.2. (RK-LOKAL) Im Laufe der letzten Februar-Woche und der ersten März-Woche tritt in der Mariahilfer Straße im Zusammenhang mit den U-Bahn-Bauarbeiten eine neue Verkehrsorganisation in Kraft, da nun in weiteren Abschnitten die Straßenbahngleise zur Häuserfront auf der Seite des 6. Bezirks verlegt werden. Dadurch kommt es zu Verkehrsbehinderungen, von denen allerdings der öffentliche Verkehr nicht betroffen wird. Auch die wichtigen die Mariahilfer Straße querenden Straßenzüge können weiterhin befahren werden.

Die Gleisbauarbeiten erfolgen auf der Seite des 6. Bezirks in den Abschnitten zwischen der Webgasse und der Esterhazygasse sowie zwischen der Nelkengasse und der Stiftgasse. In der Fahrtrichtung stadteinwärts, also auf der Seite des 6. Bezirks, wird daher die Mariahilfer Straße zwischen der Webgasse und der Stiftgasse gesperrt. Ausgenommen von der Sperre ist nur der Abschnitt Nelkengasse — Barnabitengasse, wo der Verkehr über die Schienen geführt wird. Die Kollergerngasse wird bei der Mariahilfer Straße zur Sackgasse, kann aber von der Schadekgasse aus befahren werden. Von der Esterhazygasse kommende kann man nur links in die Mariahilfer Straße einbiegen.

In der Fahrtrichtung stadtauswärts, also auf der Seite des 7. Bezirks, bleiben die Erschließungsschleifen offen — mit Ausnahme des Abschnitts Kirchengasse — Zollergasse. Die derzeitige Sperre der Zollergasse bei der Mariahilfer Straße wird aufgehoben; die Zollergasse wird Einbahn von der Lindengasse zur Mariahilfer Straße. Hingegen wird nun die Andreasgasse Sackgasse bei der Mariahilfer Straße, kann aber von der Lindengasse aus befahren werden.

In den gesperrten Straßenabschnitten in der Mariahilfer Straße gibt es keine Parkmöglichkeiten.

Eine erfreuliche Nachricht für manche Autofahrer: Von der Mariahilfer Straße wird man in Fahrtrichtung stadteinwärts wieder links in die Kaiserstraße einbiegen können.

Die neue Verkehrsorganisation, die in den nächsten zwei Wochen schrittweise eingeführt wird, wird voraussichtlich bis Mitte April dauern. Dann ergeben sich wieder einige Änderungen. Ab Mitte November werden die Bauarbeiten in der Mariahilfer Straße aber für etwa acht Wochen eingestellt, um wieder einen ungestörten weihnachtlichen Schaufensterbummel in dieser wichtigen Einkaufsstraße zu ermöglichen. (Schluß) sc/gg

Verbesserung einer Verkehrsampel in Simmering

Hofmann: Mehr Sicherheit für die Fußgänger

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Freitag mittag wird die Erweiterung der Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Kaiser-Ebersdorfer Straße — Florian-Hedorfer-Straße in Simmering in Betrieb genommen. Wie Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN der „RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wurde die weitläufige Kreuzung nun bei allen vier Schutzwegen mit Fußgehersignalen ausgerüstet. Das wird die Sicherheit wesentlich erhöhen, da die Kreuzung, in deren Nähe Schulen, eine Sporthalle und das Bezirkshallenbad Simmering liegen, von besonders vielen Kindern überquert wird.

Die Grünphasen für die Fußgänger wurden so bemessen, daß man bequem die andere Straßenseite erreichen kann. Selbst wenn man die Fahrbahn erst beim Umspringen des Fußgehersignals von Grün auf Rot betritt, reicht die Räumzeit aus, die Fahrbahn mit einer Geschwindigkeit von 1,2 Metern pro Sekunde (das sind etwa 4,3 Kilometer pro Stunde) zu überqueren, bevor der Querverkehr Grün erhält. Allerdings ist die Grünphase für die Fußgänger kürzer als für die in der gleichen Richtung fahrenden Autofahrer — aber eben nur deshalb, damit den Fußgängern auch nach dem Umspringen ihres Signals auf Rot noch genügend Zeit bleibt, ungefährdet durch den Querverkehr über die Fahrbahn zu gehen. (Schluß) sc/bs

Familiensonntag am 22. Februar

Wien, 19.2. (RK-LOKAL) Viele Faschingsveranstaltungen, wie ein „Wassergschnas" im Hallenbad Floridsdorf, eine „Familienparty" in den Sophiensälen und ein „Faschingsrummel" in der Wohnhausanlage Wienerflur in Liesing, gibt es am 2. Familiensonntag des Wiener Landesjugendreferates am 22. Februar.

Weitere Programmpunkte sind

- ein Besuch der Schönbrunner Gewächshäuser,
- eine Rundwanderung im Donaupark,
- der Film „Die unendliche Geschichte" im Kinder- und Jugendfilmzentrum Kosmos-Kino,
- eine Theaterwerkstatt im JZ Ottakring
- und ein Philippinisches Dorffest im Haus der Begegnung Rudolfsheim.

(Schluß) jel/bs

Interesse für Selbstschutz hat deutlich zugenommen

In den nächsten Tagen beginnen neue Kurse

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Das Interesse für die Notwendigkeit, Kenntnisse über Selbstschutz zu erwerben, scheint deutlich zuzunehmen. Auf die zwei bereits begonnenen Selbstschutz-Kurse hat ein Run eingesetzt. Am Freitag, dem 20. Februar, beginnt um 18 Uhr in der Volkshochschule Favoriten ein weiterer neuer Selbstschutzkurs, und am Montag, dem 23. Februar, startet zur gleichen Zeit ein Selbstschutzkurs im Haus der Begegnung Rudolfsheim. Vermittelt werden im Rahmen eines Pilotprojektes der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Verband Wiener Volksbildung jene Kenntnisse, die erforderlich sind, um für eine Katastrophensituation gerüstet und dann fürs erste nicht auf öffentliche Hilfsdienste angewiesen zu sein. Anmeldungen zu den — kostenlosen — Selbstschutzkursen, die insgesamt 18 Doppelstunden dauern, nimmt die Stadtinformation (Telefon 43 89 89) entgegen. Ausführliche Informationen werden über den Tonbanddienst der Stadtinformation unter der Nummer 15 25 geboten.

Darüber hinaus wurden in allen Bürgerdienst-Außenstellen INFORMATIONSZENTREN eingerichet, die grundsätzliche Auskünfte und Informationsmaterial des Innenministeriums über Selbst- und Zivilschutz anbieten. Eine ZENTRALE BERATUNGSSTELLE ist an jedem ersten Donnerstag im Monat bei der Stadtinformation im Rathaus eingerichtet: hier beraten Experten in allen Fachfragen. INFORMATIONSBLÄTTER über Selbstschutz werden auf Wunsch von der Stadtinformation (Telefon 43 89 89) zugesandt. Man kann seine Anschrift auch elektronisch speichern lassen und erhält dann jeweils die aktuellen einschlägigen Informationen der Stadt Wien. (Schluß) and/rr

Hohe Auszeichnungen für zwei Mediziner

Ehrung für die Professoren Kraupp und Seitelberger

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold wurden Mittwoch nachmittag Univ.-Prof. DDr. Otto KRAUPP und Univ.-Prof. Dr. Franz SEITELBERGER ausgezeichnet. Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte die Ehrenzeichen und betonte, die Auszeichnung sei auch ein Beweis für die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien und der Wiener Universität.

Univ.-Prof. DDr. Otto Kraupp habilitierte sich 1956 für experimentelle Pharmakologie und Toxikologie. 1971 wurde er zum ordentlichen Professor und Vorstand des Pharmakologischen Instituts der Universität Wien ernannt. Von 1975 bis 1979 und von 1984 bis 1986 war er Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Wien, und seit 1978 ist Prof. Kraupp, dessen Leistungen auch bereits durch Berufungen ins Ausland und durch verschiedene Ehrungen gewürdigt wurden, wirkliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Seit 1984 ist er ständiges Mitglied des Arzneimittelbeirats.

Univ.-Prof. Dr. Franz Seitelberger baute faktisch das Neurologische Institut der Universität Wien auf, das heute eine international hoch anerkannte Forschungsstätte ist. Schon am Beginn seiner Tätigkeit erkannte er eine seltene degenerative Erkrankung des Nervensystems, die infantile neuroaxonale Dystrophie. Im Oktober 1959 wurde er zum außerordentlichen Universitätsprofessor für Neurologie ernannt und zum Vorstand des Neurologischen Instituts bestellt. 1964 wurde er ordentlicher Professor. Darüber hinaus war Prof. Seitelberger von 1974 bis 1975 Dekan der Medizinischen Fakultät und anschließend bis 1977 Rektor der Wiener Universität. Maßgeblichen Anteil hat Prof. Seitelberger an den Erkenntnissen der Hirnforschung in Österreich.

An der Ehrung nahmen neben anderen auch Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Manfried WELAN und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil. (Schluß) and/rr

Ehrenzeichen für Wirtschaftstreibende

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Donnerstag im Wiener Rathaus Ehrenzeichen des Landes Wien an verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft. Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Komm.-Rat Franz WLASAK. Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien bekamen Komm.-Rat Franz BIMASHOFER, Komm.-Rat Wilfried HORNSTEIN, Josef MÜLLER, Gerhard NEUBAUER, Heinrich Othmar SMOLIK und Komm.-Rat Erich TICHY. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien ging an Helga RADOCHA. (Schluß) sei/rr

Werbefeldzug für „Einkauf in Wien"

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die Aktion „Einkauf in Wien", die bisher vor allem die Aktivitäten in den Geschäftsstraßen gefördert hat, bekommt heuer eine neue Werbelinie: Mit permanenter Rundfunkwerbung, eigenen Hörfunksendungen, Plakat- und Verkehrsmittelwerbung, aber auch mit so spektakulären Aktionen wie den Flug der Etrich-Taube über Wien wird für die Einkaufsmetropole Wien geworben, kündigten Vizebürgermeister Hans MAYR und Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH Donnerstag in einem Pressegespräch an. Das Budget für das heurige Jahr beträgt 15 Millionen Schilling — 10,8 Millionen steuert die Stadt Wien bei, 4,2 Millionen kommen von der Wiener Handelskammer.

Als im Jahr 1983 die Aktion „Einkauf in Wien" gestartet wurde, gab es bloß sieben aktive Geschäftsstraßenkomitees in Wien. Heute hält man bei 41 aktiven Komitees, die durchaus imstande sind, eigenständig die begonnenen Aktivitäten fortzusetzen. Die Aktion „Einkauf in Wien" wird daher die Geschäftsstraßenkomitees heuer nur mehr mit einer Million Schilling fördern, die restlichen 14 Millionen gehen in allgemeine Werbung für die Einkaufsmetropole Wien.

Konkret sind für heuer folgende Maßnahmen geplant:

ALLGEMEINE WERBUNG

• Von Februar bis Juni und von Mitte August bis November 238 Hörfunkspots in Ö 3 (Prominente Wiener wie Fritz MULIAR oder Elfriede OTT sprechen über ihre positiven Erfahrungen mit „Einkauf in Wien").

• Große Plakataktion im April/Mai und im September: 1.000 Stück 16-Bogen-Plakate werden in zwei Sujets (je ein Prominentenpaar) für „Einkauf in Wien" werben.

• Auf 53 Gelenkstriebwagen wird im April/Mai Verkehrsmittelwerbung gemacht.

WERBUNG FÜR DAS EINKAUFEN IN DEN 23 BEZIRKEN

• Von April bis November wird Radio Wien dreimal im Monat Donnerstag zwischen 15 und 16 Uhr über die Einkaufsmöglichkeiten in einem Wiener Bezirk (verbunden mit einem Quizspiel) informieren.

• Die Sendungen von Radio Wien werden am selben Tag durch eigene Hörfunkspots beworben.

• Die originalgetreu nachgebaute Etrich-Taube wird mit einem Transparent „Einkauf in Wien" über jenem Bezirk kreisen, der gerade an diesem Tag in der Hörfunksendung behandelt wird.

• Den Geschäften werden eigene Einkaufstaschen mit dem Aufdruck „Einkauf in Wien" kostengünstig angeboten.

WERBUNG FÜR TOURISTEN

• In namhaften Wiener Hotels wird eine Mini-Schokolade mit einer Schleife „Shopping in Vienna" als Betthupferl aufgelegt.

• Verteilung von Tax-free-Prospekten

• Insertion „Flight Guide".

(Forts. mgl.) sei/bs

Splitteinkehrer werden bei den Straßenpflegedepots aufgenommen

Wien, 19.2. (RK-LOKAL) Die MA 48 hat bereits vor Tagen damit begonnen, den bei der Schneeräumung gestreuten Splitt einzukehren. Dafür werden auch untertags bei den 65 Straßenpflegedepots der MA 48 Splitteinkehrer aufgenommen. Die Bezahlung entspricht jener der Schneearbeiter: 40 Schilling untertags, 46 Schilling nachts (Nachtaufnahme bei fünf Stellen). Damit soll, wie Umweltstadtrat Helmut BRAUN gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ" betonte, die Staubentwicklung nach der winterlichen Straßenstreuung möglichst gering gehalten werden.

Die genauen Adressen der 65 Straßenpflegedepots erfährt man bei der Stadtinformation, Tel. 43 89 89. (Schluß) hrs/rr

AIDS-Information jetzt auch im Gesundheitstelefon

Dienstag und Donnerstag ab 15 Uhr unter 63 28 28

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Im Gesundheitstelefon der Stadt Wien — es ist unter der Nummer 63 28 28 erreichbar — gibt es nun zweimal wöchentlich spezielle AIDS-Informationen. Experten beraten jeweils Dienstag und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr. (Schluß) and/bs

Erweiterung der Blumenhalle am Großmarkt Wien-Inzersdorf beschlossen

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz beschloß Donnerstag einstimmig die Vergrößerung der Blumenhalle am Großmarkt Wien-Inzersdorf. Damit wird ein langjähriger Wunsch der Marktparteien erfüllt.

Das 31,3 Millionen Schilling teure Projekt beinhaltet beiderseitige Anbauten der bestehenden Blumenhalle im Ausmaß von 2.875 Quadratmetern sowie den Anbau zweier Ladehallen mit 87 Stellplätzen. Für die neugeschaffenen Verkaufsflächen liegen bereits mehr Anmeldungen vor, als Marktplätze zugewiesen werden können.

Die Bauarbeiten werden unmittelbar nach dem Muttertag beginnen und Ende September abgeschlossen sein. Die Finanzierung soll im Leasingverfahren erfolgen, das in diesem Fall am günstigsten für die Stadt Wien kommt. (Schluß) lei/bs

Generalsekretär Dr. Machtl hat sein Amt zurückgelegt

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Der Generalsekretär des Vereins „Weltausstellung Wien", Generaldirektor a. D. Dr. Josef MACHTL, hat sein Amt in einem Schreiben an Vizebürgermeister Hans MAYR zurückgelegt. Vizebürgermeister Mayr erklärte dazu der „RATHAUSKORRESPONDENZ", Ursache für diesen Schritt Machtls seien Meinungsunterschiede zwischen ihm und Machtl über die Auslegung des Begriffs „ehrenamtliche Tätigkeit" gewesen. Ein Nachfolger für Machtl stehe noch nicht fest, er solle jedenfalls eine gute Kenntnis des Wiener Magistrats haben, betonte Mayr. Dies deshalb, weil wichtige Fragen wie der Standard der Weltausstellung und die notwendige Infrastruktur nur in engster Zusammenarbeit mit dem Magistrat gelöst werden können. (Schluß) sei/gg

hef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl. Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Wiener Landtag (358-360)

Terminvorschau vom 23. Februar bis 6. März (361)

Friedhofsgärtnereien: Tariferhöhung gerechtfertigt (362)

Dank für Einsatz bei Großbrand (363)

Wiener Gemeinderat (364-370)

Brand im Steyr-Haus auf der Ringstraße (nur FS/19.2., 20.2.)

Samstag: Linien „40“ und „41“ wegen Umzuges unterbrochen (nur FS)

Wiener Landtag

Verabschiedung von Bundesräten

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages am Freitag wurde mit der Verabschiedung der Wiener Bundesräte Kurt HELLER und Dkfm. Alfred HINTSCHIG eröffnet. Landtagspräsident SALLABERGER würdigte die Verdienste der beiden Mandatare in ihrer langjährigen Tätigkeit für Wien und Österreich.

IFragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), aufgrund welcher Überlegungen er das Areal des Alten AKH dem Bund als Geschenk angeboten habe, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß die sachlichen Gründe dieser Überlegung in der Förderung der universitären Forschung, in der derzeitigen Raumnot der Universität und in der Verbesserung der Infrastruktur der umliegenden Bezirke liegen. Die Nutzung des AKH-Bereiches für universitäre Zwecke biete eine große Chance für Wien.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. KRASSER (ÖVP), aus welchem Grund er ein Rechtsgutachten über die Verfassungsmäßigkeit einiger Bestimmungen der 13. StVO-Novelle 1986 initiiert habe, die die Schaffung sogenannter Grüner Zonen für die Wohnbevölkerung betreffen, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß ja bereits ein entsprechender Versuch in Graz, Grüne Zonen in der Innenstadt einzuführen, vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben worden sei. Die Stadt Wien habe sich durch ein Gutachten des anerkannten Verfassungsrechtlers Prof. Dr. WINKLER Klarheit über die diesbezüglichen Möglichkeiten verschafft. Das Rechtsgutachten sagt aus, daß eine entsprechende Regelung gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen würde. Im übrigen gebe es auch ein Gutachten der Wiener Handelskammer gegen die Schaffung von Grünen Zonen. Darüber hinaus wäre es aufgrund des Meldegesetzes zu erwarten, daß nach Einführung von Grünen Zonen tausende Neumeldungen in der Innenstadt letzten Endes zu einer Verschlechterung der Parkplatzverhältnisse in diesem Bereich führen würden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. MANDAHUS (ÖVP), welchen Erfolg das noch von Ex-Bautenminister Übleis angekündigte Bauprogramm vom Bundeshochbauvorhaben für das Land Wien gehabt hat, antwortete LH Dr. ZILK, daß mehr Mittel als ursprünglich beabsichtigt vom Bund investiert wurden. Diese positive Entwicklung sollte, so hoffe er, auch unter dem neuen für Bauten zuständigen Minister fortgeführt werden. Zur Frage, warum es dennoch mehr arbeitslose Bauarbeiter in diesem Winter gibt, erklärte der Landeshauptmann, diese Situation könne sicher nicht auf mangelnde Impulse der öffentlichen Hand zurückgeführt werden, sondern entspreche auch vergleichbaren Werten in Deutschland und lasse sich mit der extremen Wettersituation in diesem Winter erklären. Was die angekündigten Arbeiten an Kulturbauten, für die große Mittel in Aussicht gestellt wurden, betrifft, sagte der Landeshauptmann, daß zwischen Beschluß und Realisierung notwendigerweise eine Vorlaufzeit liege. Sicher habe jedenfalls das Bauprogramm zur Vermeidung weiterer Arbeitslosigkeit beigetragen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. PETRIK (ÖVP), ob das Übereinkommen Wiens mit dem Bund vom Dezember 1986 über die Realisierung bestimmter Vorhaben termingemäß erfüllt wird, antwortete LH Dr. ZILK, daß für den Ausbau des Hochwasserschutzes, die Sicherung der Wasserversorgung, zur Reinhaltung der Donau, zum Ausbau der U-Bahn und der Schnellbahn, zur Errichtung von Park-and-Ride-Plätzen und zur Subventionierung von Privattheatern Maßnahmen entweder in Vorbereitung oder in Realisierung sind. Für den Zentralbahnhof gebe es Projekte, die jedoch

Forts. auf Blatt 359

Forts. von Blatt 358

noch nicht konkretisiert werden können. Was das Projekt der Weltausstellung betrifft, gibt es, so Zilk, enge Kontakte mit Budapest, die unabhängig von der tatsächlichen Abhaltung einer Weltausstellung zu einem noch nicht fixierten Zeitpunkt jedenfalls große politische Bedeutung besitzen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Ilse FORSTER (SPÖ), welche die wesentlichen Punkte der Forderungen Wiens an die neue Umweltministerin sind, antwortete StR. BRAUN (SPÖ), daß bereits beim Amtsantritt die Forderungen Wiens im Zusammenhang mit der Sonderabfallbeseitigung, der gesetzlichen Regelung der Altlasten, der Festlegung eines Smogalarmgesetzes, der Einführung eines Pfandsystems für bestimmte Verpackungen, der gesetzlichen Regelung für Umweltverträglichkeitsprüfungen und anderes deponiert wurden. In diesem Zusammenhang gibt es eine positive Willenserklärung der Ministerin, sagte Braun.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. HENGELMÜLLER (SPÖ), welche Vorarbeiten bisher für die Schaffung eines Nationalparks Lobau als Teil eines Nationalparks Donau-Auen geleistet wurden, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß die Umweltschutzabteilung mit einer Novellierung der Lobau-Verordnung beauftragt wurde. Als Vorarbeiten werden alle wissenschaftlichen Arbeiten und Projekte zusammengefaßt, um die Lobau als Kern eines künftigen Nationalparks zu erfassen. An Aufforstungskonzepten für künftig nicht mehr genützte Ackerflächen wird ebenso gearbeitet wie an Überlegungen für eine Nutzung dieser Flächen als Auwiesen oder für biologischen Landbau. Es werden ein Rohentwurf für ein Nationalparkgesetz ausgearbeitet und verschiedenste Verhandlungen mit zuständigen Stellen und Institutionen geführt. Nach ersten Expertengutachten, ergänzte Braun, würde ein möglicher Donauaufstau im Bereich von Wien viele Vorteile bringen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. HONAY (SPÖ), welche Auswirkungen die geplante Änderung des Abgabenänderungsgesetzes und die Beseitigung des sogenannten Luxussteuersatzes bei einer Reihe von Waren haben werde, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß der jährliche Steuerausfall laut Angaben des Finanzministeriums 1,4 Milliarden Schilling betragen werde. Mehreinnahmen in der Höhe von 300 Millionen Schilling durch erhöhte Kaufleistung würden diesen Ausfall allerdings auf 1,1 Milliarden Schilling senken. Ein Ausgleich dieses Abgangs sei durch die Erhöhung der Mineralölsteuer geplant. Dennoch ergebe sich ein Einnahmenausfall für die Länder und Gemeinden von 200 Millionen Schilling. Allein die Bundeshauptstadt Wien habe mit Steuerausfällen in der Höhe von 60 Millionen Schilling zu rechnen. Man habe daher den Finanzminister davon verständigt, daß die Länder und Gemeinden ein dringendes Interesse an Verhandlungen darüber haben, den Anteil an den Steuererträgen zu erhöhen.

AIDS-Mitteilung von Stadtrat Stacher

Angesichts der öffentlichen Diskussion über die tödliche Viruskrankheit AIDS dürfe man die Angst zwar nicht übertreiben, betonte StR. STACHER zu Beginn seiner Mitteilung an den Wiener Landtag, aber man müsse die Krankheit sehr ernst nehmen. In Österreich sind mit Stichtag 12. Februar 59 Fälle von AIDS-Erkrankungen registriert, in Wien sind es 27 Fälle, wobei die Erkrankten durchwegs den Risikogruppen Homosexuelle und Drogenabhängige angehören. Schwierig sei die Situation bei jenen Personen, die an sich gesund sind, bei denen jedoch Antikörper festgestellt wurden, und die damit die Infektion übertragen können. Bei Untersuchungen sowohl beim Roten Kreuz als auch in den Spitälern in Wien gab es 1.340 positive Antikörpertests.

Zur gesetzlichen Lage stellte StR. Stacher fest, daß entsprechend dem AIDS-Gesetz jede Erkrankung und jeder Todesfall zu melden sei und Ärzte verpflichtet werden, betroffene Personen aufzuklären. Nach dem Ärztege-

Forts. auf Blatt 360

Forts. von Blatt 359

setz bzw. dem ABGB kann die ärztliche Schweigepflicht bei aktueller Gefährdung durchbrochen werden, und nach dem Strafgesetz kann ein Virusträger, wenn er die Krankheit bewußt überträgt, mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden.

Zur medizinischen Situation betonte Stacher, daß bereits ein zweites AIDS-Virus festgestellt worden sei, und zwar an etwa 60 Personen in ganz Europa, aber noch nicht in Wien. Bereits 1983 wurde in Wien eine erste Broschüre zum Thema AIDS an Angehörige der Risikogruppen ausgegeben. Im vergangenen Jahr gab es einen Postwurf an alle Haushalte, und in der kommenden Woche werde eine weitere Postwurfsendung versandt. In Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat soll die Information an den Schulen verstärkt werden. Die Untersuchungen in den Spitälern im Rahmen epidemiologischer Untersuchungen und beim Roten Kreuz werden fortgesetzt. Insgesamt wurden in Wien in den letzten Jahren bereits mehr als 380.000 AIDS-Tests durchgeführt. Bei den Bluttransfusionen wird bereits seit mehr als eineinhalb Jahren dafür gesorgt, daß die Blutkonserven sicher sind. Aus Mitteln des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters wird nun ein neues Forschungsprojekt zur Abkürzung der Zeit für die Bestimmung des AIDS-Virus finanziert. Samenspenden dürfen nur untersucht weitergegeben werden.

Er freue sich darüber, sagte Stacher, daß es eine gemeinsame Haltung aller Fraktionen des Wiener Landtages und den Antidiskriminierungsbeschluß des Wiener Stadtsenates gebe. Wien wendet sich damit gegen jegliche Diskriminierung von AIDS-Erkrankten. Es sei aber alles zu unternehmen, um die Mitmenschen vor Ansteckung zu bewahren.

Grundsteuerbefreiungsgesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzes 1973. Das neue Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Immunität

Die Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung von LAbg. Dr. Erwin HIRNSCHALL (FPÖ) wegen Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede und Mag. KAUER (ÖVP) wegen Verdachtes der Kreditschädigung wurden auf Empfehlung des Immunitätskollegiums einstimmig abgelehnt.

Debatte über AIDS-Mitteilung

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, er halte die von der Stadt Wien getroffenen Maßnahmen für richtig und human. Die Bluttests sollen wie bisher unter Garantie, daß es zu keiner Diskriminierung kommt, fortgesetzt werden. Unverständlich sei die Weigerung des Bundes, mit der Stadt Wien in dieser Frage zu kooperieren.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sprach sich ebenfalls für die Maßnahmen der Stadt Wien aus. Als besonders wichtig bezeichnete sie den weiteren Ausbau der Informationsmöglichkeiten für Fachleute und die Bevölkerung. Hier habe die Stadt Wien durch ihr Zögern einen Fehler gemacht.

LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ) entgegnete, daß eine Information in derart heiklen Fragen auch zum richtigen Zeitpunkt erfolgen müsse. Dies sei in Wien geschehen. Die getroffenen Maßnahmen, die erfreulicherweise von einem breiten Konsens gestützt werden, seien auch im Sinne der Toleranz und Freiheit voll zu vertreten.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 11.15 Uhr. (Schluß) red

Terminvorschau vom 23. Februar bis 6. März

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 23. Februar bis 6. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ" vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 23. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

12.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Smejkal und StR. Edlinger „Wohn- und Sozialpolitik in Wien" (PID)

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Helmut GENITHEIM, Anton HARTIG, Stephan MALCZEWSKY, Otto POHANKA, Hofrat Dr. Leonhard RIEMER und Franz MOSGÖLLER (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 24. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 25. FEBRUAR:

13.00 Uhr, Sitzung des Kontrollausschusses

19.00 Uhr, Pressekonferenz Vizebürgermeister Mayr und StR. Mrkvicka

DONNERSTAG, 26. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl über HBW (HBW)

MONTAG, 2. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an ao. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Felix CZEIKE und Hofrat Mag. Dr. Franz PATZER (Wappensaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.30 Uhr, Ehrenmedaillen-Überreichung durch Bgm. Zilk an Kammersänger Hans BEIRER (Arbeitszimmer Bgm.)

DIENSTAG, 3. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Überreichung der Kainz-Medaillen 1986 durch StR. Mrkvicka (Wappensaal, Rathaus)

15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Ministerialrat Mag. Josef RADLEGGER, Oberstudienrat Hofrat Dr. Fritz WOLFRAM und Liselotte KLAMMER (Steinerner Saal I, Rathaus)

MITTWOCH, 4. MÄRZ:

9.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an S. E. ao. und bev. Botschafter von Japan Ryohei Murata (Roter Salon, Rathaus)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Braun an Senatsrat Dipl.-Ing. Karl ABULESZ, Branddirektor (Arbeitszimmer Braun)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka „Literatur im März" (Secession, 1, Friedrichstraße 12)

DONNERSTAG, 5. MÄRZ:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Smejkal „Pensionistenheime" (PID)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 6. MÄRZ:

VORAUSSICHTLICHER TERMIN!
10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hofmann, Jury „Donauraum Wien" (Messepalast) (Schluß) red/gg

Friedhofsgärtnereien: Tariferhöhung gerechtfertigt

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Der FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ entstelle in seiner heutigen Aussendung zu den Städtischen Friedhofsgärtnereien die Tatsachen, erklärte Freitag Stadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ". Es sei zwar richtig, daß die Tarife der Städtischen Friedhofsgärtnereien um zehn Prozent angehoben werden sollen, der Grund dafür liege aber keineswegs in schlechtem Wirtschaften oder in der Tatsache, daß es sich um einen Gemeindebetrieb handelt.

In Wirklichkeit habe sich, so Hatzl, in den letzten Jahren die Preisdifferenz zwischen den städtischen und den privaten Gärtnereien immer mehr vergrößert. Da es nicht sinnvoll sei, jene Betriebe aus städtischen Mitteln zu subventionieren und damit den privaten Gärtnereien stärkere Konkurrenz zu machen, habe man sich zur Tariferhöhung entschlossen. Der soziale Aspekt bleibt dabei erhalten, da die privaten Gärtnereien auch nach der Tariferhöhung noch um 25 bis 55 Prozent teurer als die Städtischen Friedhofsgärtnereien bleiben. (Schluß) roh/rr

Dank für Einsatz bei Großbrand

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Helmut BRAUN sprachen am Freitag im Zusammenhang mit dem Großbrand im Steyr-Haus der Rettung, den Stadtwerken, der Polizei und ganz besonders der Feuerwehr ihren Dank aus. Durch den engagierten Einsatz aller Beteiligten konnte eine Katastrophe verhindert werden. (Schluß) red/gg

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates begann unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), was unternommen werde, um eine das Stadtbild störende Einfahrt in die Tiefgarage auf der Freyung zu verhindern, antwortete Bgm. Dr. ZILK, er werde sich dafür einsetzen, daß es keine Beeinträchtigung gibt. Nach seiner Ansicht sollte eine Garagenabfahrt ohne jede Überbauung, eingebettet in eine Grünanlage, errichtet werden. Die Frage der Entlüftungstürme, für die es noch keine Baubewilligung gibt, werde der Angelpunkt für die Forderung an den Bauträger sein, das Projekt stadtbildschonend zu errichten.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Notwendigkeit bestehe, den dritten Direktionsposten beim Stadterneuerungsfonds nachzubesetzen, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß sich eine formale Notwendigkeit aufgrund der Satzungen ergibt. Was eine tatsächliche Nachbesetzung betrifft, werden, so Edlinger, in den nächsten Wochen Beratungen über die Struktur innerhalb des Fonds stattfinden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. WIMMER (SPÖ), ob Mieter in Gemeindewohnungen, die auf eigene Kosten Fenster tauschen ließen, dafür einen Kostenersatz erhalten, antwortete StR. EDLINGER, daß zwar rechtlich keine Veranlassung dafür bestünde, weil das Mietrechtsgesetz einen solchen Kostenersatz erst bei Auflösung des Mietverhältnisses vorsieht, die Stadt Wien werde jedoch einen Aufwand abzüglich eines zeitlich gestaffelten Pauschales zurückerstatten, der der allgemein durchgeführten Fensterinstandsetzung vergleichbar ist. Edlinger möchte, soweit sie sich nicht selbst bereits dazu entschlossen haben, die gemeinnützigen Wohnbauträger motivieren, dem Wiener Beispiel zu folgen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob über das Projekt eines Zentralbahnhofes seitens der Stadt Wien mit dem neuen Verkehrsminister Gespräche geführt wurden, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß dies der Fall sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie weit der Stand der Verhandlungen sei und ob die behaupteten Kosten von fünf Milliarden Schilling richtig seien, stellte Vizebürgermeister MAYR fest, daß diese Verhandlungen in erster Linie zwischen dem Bund und den ÖBB geführt werden. Wien vertritt lediglich gegenüber den Bundesbahnen bestimmte Interessen hinsichtlich des Standortes. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, weshalb es in den letzten fünf Jahren hiebei zu unterschiedlichen Ankündigungen seitens verantwortlicher Politiker der Stadt Wien gekommen sei. Im Gegenteil stelle sich die ÖVP gerade bei Großprojekten mit unterschiedlichen Aussagen sehr oft gegen Wiener Interessen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), welche Auswirkungen der U-Bahn-Bau auf die Wiener Bauwirtschaft habe, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß die Wiener Bauproduktion in den ersten drei Quartalen 1986 nominell um 15,3 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gestiegen sei. Gerade der U-Bahn-Bau habe zu einer massiven Umschichtung zum Tiefbau geführt, der an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei. Durch Aufträge der Stadt Wien waren im Juli 1986 auf Wiens Baustellen 12.762 Menschen beschäftigt, um 13,5 Prozent mehr als im Juli 1985.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HÄUPL (SPÖ), ob es neue Untersuchungen über die Schwermetallbelastung der Wiener Gemüseanbaugebiete gebe, sagte StR. SEIDL (SPÖ), daß die jüngste Untersuchung aus dem Herbst 1986 stamme. Durch ein modernes Kontrollsystem wird das Gemüse in den Wiener Anbaugebieten ständig stichprobenartig überprüft. Die Bleiwerte sind seit Anfang 1985 durch den zunehmenden Straßenver-

Forts. auf Blatt 365

Forts. von Blatt 364

kehr gestiegen, liegen aber unter den gesetzlichen Richtwerten. Bei Cadmium und Brom gebe es keine besonderen Veränderungen. Die Nickelwerte sind durch die Verwendung umweltfreundlicher Heizmaterialien auf die Hälfte gesunken, sodaß das Wiener Gemüse bedenkenlos konsumiert werden kann. Diese Untersuchungen werden weiter fortgeführt und sollen auch auf andere Untersuchungsstoffe ausgeweitet werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie künftig eine klaglose Schneeräumung gewährleistet werde, stellte StR. BRAUN fest, daß der heurige Winter bei der Schneeräumung Probleme mit sich gebracht hat. Man müsse jedoch bedenken, daß innerhalb von zwei Wochen ein Meter Neuschnee gefallen ist, und es technisch nicht möglich war, flächendeckend den Schnee wegzuräumen. Die Gesamtkosten für die Schneeräumung betrugen insgesamt 360 Millionen Schilling. Das Konzept bzw. die Logistik habe nicht versagt, es gebe aber nun eine Überprüfung des Konzeptes und der Prioritäten für die Schneeräumung. Schwierigkeiten habe es heuer sicher deshalb gegeben, weil Wien freiwillig aus Gründen des Umweltschutzes auf die Verwendung von Streusalz verzichtet. Für diesen Verzicht treten alle Fraktionen des Wiener Rathauses ein, betonte StR. Braun.

Neue Gemeinderäte angelobt

Als Nachfolger der Gemeinderäte Johann KNEIDINGER und Rudolf FREINBERGER, die ihre Mandate zurückgelegt haben, wurden Adolf LEHNER und Karl DAMPIER (beide SPÖ) als neue Gemeinderäte angelobt.

Freie Bühne Wieden

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) beantragte einen Produktionskostenzuschuß von 400.000 Schilling für die Freie Bühne Wieden.

Seine Fraktion, erklärte GR. PROCHASKA (ÖVP), könne diesem Antrag nicht zustimmen, weil die Freie Bühne Wieden regelmäßig aus der Kleinbühnenförderung mit monatlich 36.000 Schilling subventioniert werde. Abgesehen von einer Starthilfe habe die Freie Bühne Wieden mehrere Entschuldungssubventionen erhalten. Eine 400.000 Schilling-Zuwendung für eine einzige Produktion müsse man als willkürliche Förderungspraxis ansehen.

Die Freie Bühne Wieden, sagte GR. HANKE (SPÖ) habe 50 Eigenproduktionen und 38 Gastspiele in den 10 Jahren ihres Bestehens aufzuweisen. 123 Künstler seien beschäftigt gewesen, der Verein Freie Bühne Wieden habe 1.200 Mitglieder. 181.000 Besucher hätten die Produktionen gesehen, Gastspiele in der BRD, in Israel und Italien seien als ein Beitrag zur Werbung für Wien zu sehen. Die zu subventionierende Produktion werde ein Experiment in technischer Hinsicht darstellen und einen geringen personellen Aufwand erfordern, sagte GR. Hanke.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kulturverein Donaustadt

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte, dem Kulturverein Donaustadt für die Aktivitäten des Zentrums 22 und des Zentrums Kaisermühlen sowie für die dezentrale Kulturarbeit für das Jahr 1987 eine Betriebssubvention von 2,2 Millionen Schilling zu gewähren. GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die seiner Meinung nach konzeptlose Programmgestaltung und die mangelnde Zusammenarbeit im Bereich des Kulturvereines Donaustadt, der zudem erst vor einem Jahr eine Sondersubvention für seinen Weiterbestand benötigt habe.

Forts. auf Blatt 366

Forts. von Blatt 365

GR. DALLER (ÖVP) wies darauf hin, daß die Bilanzen des Kulturvereines Donaustadt überhöhte Positionen für Rechts- und Beratungswesen sowie Zinsen und Bankspesen aufweisen. Der Kostenvoranschlag für 1987 erscheine unrealistisch, was man an den geplanten Aufwendungen für Energie ersehen könne, die weit unter denen der Vorjahre liegen. Generell bezeichnete GR. Daller die Effizienz der beiden Veranstaltungszentren als zu gering, es gebe kaum Aktivitäten außerhalb der Häuser, und in diesen großteils auch nur Vereinsversammlungen.

GR. STIEHL (SPÖ) entgegnete, daß gerade für einen flächen- und bevölkerungsmäßig großen Bezirk wie die Donaustadt zwei derartige Häuser notwendig seien. In beiden Häusern werde wichtige Basiskulturarbeit geleistet, wobei die Menschen sich selbst kulturell aktiv betätigten. Die Bilanzen des Kulturvereines Donaustadt seien in Ordnung, der Verein weise eine befestigte Struktur auf. Die FPÖ und die ÖVP seien freiwillig aus dem Verein ausgeschieden. GR. Stiehl sprach an beiden Parteien das Angebot zur Zusammenarbeit im Verein aus, der sich einem direkten Bürgerdienst für die Menschen des Bezirkes verschrieben habe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Subventionen für Sportorganisationen

GR. BROSCH (SPÖ) beantragte insgesamt 16,7 Millionen Schilling als Sportsubventionen.

GR. PUTZ (ÖVP) verlangte die getrennte Abstimmung zu diesem Geschäftsstück und befaßte sich eingehend mit der Subvention für die Errichtung der Eislaufhalle auf dem Eisring Süd. Er kritisierte, daß seit der ersten vom Gemeinderat beschlossenen Subvention eine Kostenexplosion stattgefunden habe und von den Steuerzahlern bereits 80 Millionen Schilling aufzubringen waren. Trotz der hohen Leistungen seien im Subventionsakt keine Abrechnungen zu finden. Um die Gesamtsumme von 160 Millionen Schilling, die die Realisierung des Projektes kostet, wäre es günstiger gewesen, mehrere kleine über das Stadtgebiet verteilte Anlagen zu schaffen. Das Wiener Sportamt sollte prüfen, an welchen Stellen drei kleine Kunsteisbahnen in unterversorgten Gebieten errichtet werden könnten. Den ÖVP-Vorschlag nach der Errichtung eines Eislaufplatzes auf dem Gelände des Laaer-Berg-Bades (wo Anlagen und Infrastruktur das ganze Jahr über genutzt werden könnten) habe die SPÖ nicht angenommen.

GR. BRIX (SPÖ) verwies auf die hohen Besucherzahlen auf dem Eisring-Süd und erläuterte, daß sie höher als bei allen anderen Wiener Eislaufplätzen sind. Er sei auch verkehrsgünstig erreichbar, anders als die seinerzeit von der ÖVP vorgeschlagene Großanlage auf Simmeringer Ackerland, wo es keine Infrasturktur gibt.

In seinem SCHLUSSWORT bekannte sich GR. BROSCH zur Subvention und unterstrich, daß die Mittel dem Breiten- und nicht dem Spitzensport zugute kommen, wozu der ASKÖ hohe Eigenleistungen beisteuert.

ABSTIMMUNG: Mit Ausnahme des Antragsteils über den Eisring-Süd wurde der Antrag einstimmig angenommen, dieser Teilbereich fand die Zustimmung von SPÖ und FPÖ.

Errichtung eines „Erlebnisbades"

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte die Bestellung eines Baurechts zugunsten der „Ekazent" zur Errichtung eines „Erlebnisbades" in Margareten.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß die Stadt Wien aus Steuermitteln die Errichtung eines „Erlebnisbades" eines privaten Hotelbauers finanziere. Eine preiswerte Benützung des Bades durch die Bevölkerung werde, so Pawkowicz, ohne eine weitere Subventionierung kaum

Forts. auf Blatt 367

möglich sein. Zudem sei der niedrige Bauzins äußerst ungewöhnlich. Deshalb sei das vorliegende Vertragswerk verfehlte und nicht an den Interessen der Stadt orientiert.

GR. Dkfm. KÖNIG (ÖVP) sprach von einem „Investitionszuschuß" aus öffentlichen Mitteln, der kaum offenkundige Vorteile aufweise. Der Bäderversorgung des 5. Bezirkes wäre mit einem einfachen Bezirksbad besser gedient. Die Ausstattung werde zu hohen Preisen führen und beweise fehlende Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) betonte, daß Margareten ein Bad brauche. Das „Erlebnisbad" sei weder ein Hotelbad, weil es über 700 Meter vom derzeit entstehenden Hotel entfernt liege, noch dürfe und solle es ein Luxusbad werden. Die Ausstattung und Preisgestaltung werde am Bad in Oberlaa, dessen Attraktivität völlig unbestritten sei, orientiert sein. Es sei mit einer kostendeckenden Betriebsführung zu rechnen, sodaß der Stadt keine zusätzlichen Ausgaben entstehen werden, sagte Riedler.

GR. Ing. WORM (ÖVP) kritisierte, daß die Errichtung dieses Bades ohne öffentliche Ausschreibung erfolgt sei. Es sei zu befürchten, daß eine betriebswirtschaftliche Führung des Bades unsoziale Preise entstehen lasse. Das Risiko dieses Unternehmens bleibe daher beim Steuerzahler, unterstrich Worm.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Strompreissenkung

StR. HATZL (SPÖ) stellte den Antrag, den Stromtarif befristet bis zum Jahresende um sechs Groschen pro Kilowattstunde rückwirkend mit 1. Februar 1987 zu senken. Die Verbilligung des Tarifes sei durch die Neubewertung der Heizöllagerbestände und die Bilanzierungsvorschriften möglich geworden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete den Wiener Strompreis als zu hoch und urgierte einen einheitlichen Strompreis für ganz Österreich. Da die Einstandspreise und der Dollarkurs gesunken seien, hätte man sich schon länger eine deutlichere Strompreissenkung erwarten dürfen. Der Redner kritisierte weiters, daß hohe Beträge von den energieerzeugenden Betrieben an die Verkehrsbetriebe abfließen.

Die Strompreissenkung komme zu spät, sei zu gering, und außerdem seien die Kalkulationsgrundlagen der Wiener Stadtwerke falsch, sagte GR. STRATIL (ÖVP). Er kritisierte das Informationsblatt „24 Stunden", da mit falschem Zahlenmaterial eine heile Welt vorgegaukelt werde. Mit der Argumentation, mit der diesmal der Stromtarif gesenkt wurde, hätte er bereits im Vorjahr gesenkt werden müssen.

Er verstehe es, daß der Opposition jede Tarifsenkung zu wenig sei, sagte GR. EDER (SPÖ). Die Senkung um sechs Groschen je Kilowattstunde mache jedoch in Summe mehr als 350 Millionen Schilling aus. Und die Stadtverwaltung bemühe sich, die niedrigst möglichen wirtschaftlich vertretbaren Tarife anzusetzen. Eder verwies darauf, daß Wien bereits 1983 den Stromtarif um fünf Groschen je Kilowattstunde gesenkt habe, während andere Bundesländer die Erhöhungen des Verbundstromes an die Konsumenten weitergegeben hätten. Aus den Erträgen der Wiener Stadtwerke müßten im Interesse der Umwelt hohe Investitionen getätigt werden. Eine größere Preissenkung sei wirtschaftlich nicht zu verantworten, es sei denn, man ließe die Substanz zu Lasten der kommenden Generationen verfallen.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) bezweifelte die Kalkulationsgrundlagen der Wiener E-Werke. An Hand von drei von neun Kalkulationspositionen, die der Rechnungshof etwa in Salzburg beanstandet hätte, ergebe sich für die Wiener E-Werke in den letzten fünf Jahren ein Mehrgewinn von mehr als

Forts. von Blatt 366

Forts. auf Blatt 368

Forts. von Blatt 367

drei Milliarden Schilling. Schon allein dadurch könnte der Tarif um 10,34 Groschen pro Kilowattstunde gesenkt werden. Daß die Berechnungen der Volkspartei richtig seien, zeige sich darin, daß die SPÖ eine Überprüfung der Kalkulationsgrundlagen durch den Rechnungshof ablehne.

Eine Senkung des Tarifes um 4,4 Prozent, oder um sechs Groschen je Kilowattstunde, könne er nicht als geringfügig bezeichnen, betonte StR. HATZL (SPÖ) in seinem Schlußwort. Durch die neue Tarifpolitik sei künftig nur mehr in Tirol und Vorarlberg der Strom günstiger als in Wien. Die Senkung des Tarifes sei auch dadurch möglich geworden, weil die E-Werke ordentlich wirtschaften.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Gaspreis

StR. HATZL (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Tarif der Wiener Stadtwerke-Gaswerke vom 1. Oktober 1986 über den festgesetzten Ablauftermin 30. April 1987 hinaus unverändert bis 31. Dezember 1987 in Kraft zu lassen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß Tarifsenkungen nur verzögert weitergegeben würden. Der Kursverfall des US-Dollars müsse sich auch auf den Gaspreis auswirken, der weiter gesenkt werden müsse. Ein kommunales Unternehmen wie die Wiener Stadtwerke-Gaswerke dürften nicht gewinnorientiert, sondern müßten nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten. Seine Fraktion, erklärte Pawkowicz, stimme der Verlängerung des befristeten Termins zu, erwarte aber eine weitere Gaspreissenkung.

Die Fristsetzung beim Gastarif sei unnötig, erklärte GR. Ing. KREINER (ÖVP). Der Gaspreis erscheine seiner Fraktion aufgrund der Bewertung der eingespeicherten Gasvorräte immer noch zu hoch. Kreiner forderte gerechtere Energiepreise und die schnelle Weitergabe von Preisvorteilen an den Konsumenten.

Die SPÖ, erklärte GR. Maria KUHN (SPÖ), habe ihr Versprechen, die Tarife entsprechend der Einstandspreise zu gestalten, weitergegeben. Mit dem heutigen Beschluß würden die Gaswerke 1987 rund eine Milliarde Schilling an ihre rund 750.000 Kunden weitergeben. Kuhn machte auf die Investitionen der Gaswerke in der Höhe von 511 Millionen Schilling aufmerksam, die Impulse für die Wiener Wirtschaft darstellen.

Von 20 österreichischen Unternehmen, erklärte StR. HATZL abschließend, hätten 13 einen höheren Tarif als die Wiener Gaswerke. Der Abstand der fünf dahinterliegenden Unternehmen in der Preisgestaltung bewege sich in einem Grenzwert von einem halben bis dreiviertel Groschen pro Kubikmeter. Die Wiener Gaswerke hätten aber von allen Unternehmen die größte Tarifreduzierung vorgenommen. Hatzl erklärte, daß eine Bewertung der Erdgasspeichervorräte bereits vor dem Antrag zur Preissenkung im Oktober vorgenommen worden sei, der Einstandspreis aber seit Jänner wieder steige.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Städtische Friedhofsgärtnereien - Preiserhöhung

GR. HUFNAGL (SPÖ) beantragte die Genehmigung der Neufestsetzung der Preise der städtischen Friedhofsgärtnereien. Die Preise sollen um rund 12 Prozent erhöht werden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß diese Preiserhöhung weit über dem Index liege und die städtische Friedhofsgärtnerei seit Jahren defizitär sei. Da sie keinen notwendigen kommunalen Auftrag versehe, solle die städtische Friedhofsgärtnerei privatisiert werden.

Auch GR. GLÜCK (ÖVP) forderte die Privatisierung der Friedhofsgärtnerei. Diese verzeichne auch eine sinkende Tendenz bei den Aufträgen und

Forts. auf Blatt 369

Forts. von Blatt 368

könne in keiner Weise mit einem privaten Unternehmen konkurrieren. In dem BESCHLUSSANTRAG, in dem sich Glück für die Privatisierung der Friedhofsgärtnerei aussprach, forderte er auch die Privatisierung der ebenfalls defizitären städtischen Steinmetzwerkstätte.

GR. HUMMEL (SPÖ) wies darauf hin, daß erst eine 35prozentige Erhöhung die Preise der städtischen Friedhofsgärtnerei auf das Niveau der privaten Gärtnereien bringen würde. Die städtische Friedhofsgärtnerei müsse also schon wegen ihrer preisstabilisierenden Wirkung weiter geführt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der Beschlußantrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.

Heizkostenzuschuß für Dauersozialhilfebezieher

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung des Beschlusses, allen Dauersozialhilfebeziehern im Februar einen außerordentlichen Heizkostenzuschuß von 700 Schilling auszubezahlen.

GR. HAHN (ÖVP) erinnerte daran, daß die ÖVP bereits 1982 einen Antrag eingebracht hat, den Ausgleichszulagenempfängern eine Heizkostenbeihilfe von 1.000 Schilling auszubezahlen. Damals wurden die Kosten zwischen Bund und Wien im Verhältnis 50:50 geteilt. Nun habe der Bund die Zahlung seines Beitrages verweigert. Wien hätte 40 Millionen Schilling zur Abdeckung dieses Ausfalles bezahlen sollen, sagte Hahn.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) warf der ÖVP vor, sie vereinnahme die Urheberschaft von Sozialleistungen gerne für sich. Mit der Heizkostenbeihilfe der Stadt Wien schaffe diese für bedürftige Menschen eine Erleichterung. Die Forderungen an den Bund nach Kostenbeteiligung wurden deponiert. Es sei Aufgabe der Pensionspolitik die Einkommen so zu regeln, daß der Heizbedarf gedeckt werden kann. Forster stellte fest, daß die Pensionen stärker gestiegen sind als die Inflation.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Soziale Urlaubsaktion

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) beantragte die Durchführung der Landaufenthaltsaktion für Dauersozialhilfebezieher und Behinderte.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß ihre Fraktion grundsätzlich zustimme, jedoch die Art der Durchführung kritisiere. Sie sprach sich gegen eine generelle Gruppenbetreuung von Pensionisten sowie für einen Direktzuschuß aus, der einen Einzelurlaub nach freier Wahl ermögliche, und brachte einen BESCHLUSSANTRAG dazu ein. Weiters forderte Petrik eine ähnliche Urlaubsaktion für kinderreiche Familien. Sie brachte einen zweiten BESCHLUSSANTRAG ein, in dem ein finanzieller Zuschuß zu Landaufenthalten für Familien gefordert wird.

GR. STRANGL (SPÖ) stellte fest, daß das hohe Durchschnittsalter der Pensionisten, die an der Landaufenthaltsaktion teilnehmen, eine Gruppenbetreuung rechtfertige. Die Form des unbetreuten Familienurlaubes mit eigener Gestaltungsmöglichkeit gebe es seit Jahren, erklärte Strangl.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, die Beschlußanträge wurden dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Hofpavillon Hietzing

GR. BRIX (SPÖ) stellte den ANTRAG, für die Instandsetzung des Otto-Wagner-Hofpavillons in Hietzing 8,1 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) sprach sich dafür aus, den Pavillon sowohl als Museumsraum als auch für kulturelle Veranstaltungen zu ver-

Forts. auf Blatt 370

Forts. von Blatt 369

wenden. In einem BESCHLUSSANTRAG regte Regler an, einen eigenen Stiegenaufgang vom Bahnsteig der U-Bahn-Station Hietzing in den Pavillon zu schaffen.

GR. STEINBACH (SPÖ) verwies darauf, daß es diesen Stiegenaufgang seinerzeit gegeben habe. Die derzeitige Struktur lasse jedoch möglicherweise nur auf dem stadteinwärts liegenden Bahnsteig einen Aufgang zu. Derzeit werden vom Architekten entsprechende Pläne ausgearbeitet. Den Mehraufwand für diesen Stiegenaufgang bezifferte GR. Steinbach mit rund 1,2 Millionen Schilling.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. Der Beschlußantrag wurde zugewiesen.

Altstadterhaltung

GR. BROSCH (SPÖ) beantragte im Rahmen des Altstadterhaltungsfonds rund 10 Millionen Schilling für die Instandsetzung von insgesamt 28 Objekten.

Man habe sich mit der derzeitigen Praxis der Subventionsvergabe, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), weit von den in den Statuten festgelegten Richtlinien des Altstadterhaltungsfonds entfernt. Es erscheine ihm zu großzügig, wenn im Rahmen des Altstadterhaltungsfonds Förderungswerber wie die Österreichische Realitäten AG, die Ärztekammer Wien, die Casino Austria AG sowie eine Versicherungsgesellschaft subventioniert würden. Man mache es den Förderungswerbern zu leicht und berufe sich zu wenig auf die moralische und kulturelle Verpflichtung großer Firmen bzw. Einrichtungen im Bereich der Stadtbildpflege.

Im Rahmen der regen Sanierungstätigkeit, erklärte GR. STRANGL (SPÖ), seien gerade große Objekte übrig geblieben. Man habe mit diesem Geschäftsstück einen Weg gefunden, mit relativ geringen Mitteln sozusagen einen Anerkennungsbeitrag zu den Aktivitäten dieser Förderungswerber zu entrichten. Darüber hinaus sichere man sich mit den Förderungen die Mitarbeit des Bundesdenkmal- und des Kulturamtes und damit eine Einflußnahme auf die Gestaltung wertvoller Bausubstanz.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Flächenwidmungsplan Groß-Jedlersdorf

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und die teilweise Festsetzung des Bebauungsplanes für ein Gebiet von 23 Hektar in Groß-Jedlersdorf. GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte die nur teilweise Festsetzung des Bebauungsplanes, die zu Lasten der Bewohner in diesem Gebiet gehe.

GR. HENGELMÜLLER entgegnete in seinem Schlußwort, daß dieser Beschluß in der Bezirksvertretung Floridsdorf einstimmig gefaßt worden sei. Durch teilweise Offenhaltung des Bebauungsplanes soll die Teilung und Zusammenlegung der zu schmalen Grundstücke ermöglicht werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 18.05 Uhr. (Schluß) red

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
etzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 23. Februar 1987 **Blatt 371**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Hirnschall fordert bessere Kontrolle der Wohnbaugenossenschaften (375)

Kommunal/Lokal:

Info-Zentrum Donauraum vorübergehend geschlossen (372/FS: 21.2.)

Run auf Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“ (373/FS: 22.2.)

Eine soziale Kommunalpolitik sichert Grundbedürfnisse (376-378)

ÖVP-Wien für Tieflegung der B 1 (379)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Sport:

Aktion „Komm zum Sport“ bereits ab Frühjahr (374)

Info-Zentrum Donauraum vorübergehend geschlossen

Bereits am 21. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der Jurysitzungen im Rahmen des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum Wien" bleibt das Info-Zentrum Donauraum in der Halle P des Wiener Messepalastes vorübergehend geschlossen.

Voraussichtlich am Freitag, dem 6. März, um 10 Uhr wird die Jury in einer Pressekonferenz das Ergebnis vorstellen. Von Dienstag, den 10. März, bis Donnerstag, den 30. April, wird im Info-Zentrum Donauraum die nächste Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens beginnen.

In einer zusammenfassenden Ausstellung werden die schon bisher präsentierten Informationen für Wettbewerbsteilnehmer, die Einsendungen zum Aufsatz- und Zeichenwettbewerb für Schüler, die eingelangten Arbeiten im Rahmen des Offenen Wettbewerbes, des Parallelwettbewerbes und des Ziviltechnikerwettbewerbes und selbstverständlich das Jury-Ergebnis zu sehen sein. Ein Video-Film ergänzt die Informationen.

Anhand eines Fragebogens sollen Interessenten ihr Urteil über das Wettbewerbsergebnis abgeben.

Die Ausstellung wird ab 10. März folgende Öffnungszeiten haben: Montag 9 bis 16 Uhr, Dienstag und Mittwoch 9 bis 19 Uhr, Donnerstag und Freitag 9 bis 16 Uhr und Sonntag 9 bis 12 Uhr; an Samstagen und Feiertagen bleibt sie geschlossen. (Schluß) lf/gg

Run auf Projekt „Medizin und Gesundheit 2000"

Bereits über 860 Wiener Ärzte gemeldet

Bereits am 22. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Bereits über 860 Wiener Ärzte sind der Einladung von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gefolgt, an einem Projekt „Medizin und Gesundheit 2000" aktiv teilzunehmen.

Damit wirkt jeder zehnte Arzt in Wien mit, das Bild unseres Gesundheitswesens zu Beginn des 3. Jahrtausends zu entwerfen. In sechs Arbeitskreisen mit insgesamt über 50 Untergruppen werden sich die Ärzte Wiens mit der medizinischen Zukunft auseinandersetzen und dabei u. a. Fragen des medizinischen Umweltschutzes, der Qualitätskontrolle, der Mitsprachemöglichkeit der Patienten, der Selbsthilfegruppen, der Psychosomatik und der alternativen Medizin erörtern.

Erster Arbeitskreis konstituiert

In der vergangenen Woche fand die Konstituierung des ersten Arbeitskreises unter der Leitung von Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher und Ärztekammerpräsident Dr. NEUMANN und des Spitalsexperten Dr. SCHMIDL statt.

„Kaum ein Bereich unseres Lebens entwickelt sich so rasant wie die Medizin", betonte Stadtrat Dr. Stacher bei der Eröffnung. „Ich bin überzeugt, daß wir in 13 Jahren, im Jahr 2000, mit einem in vielen Bereichen völlig neuen Bild der Medizin konfrontiert sein werden" — sagte Stacher — „die Zukunft hat schon längst begonnen". Ständig werden neue Heilmethoden entwickelt, aber es treten vermehrt auch neue Krankheiten auf. Die erste Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit „Organisation und Strukturen" des Medizin-Betriebes. Stacher begrüßte die demokratische Zusammensetzung der einzelnen Gruppen: Universitätsprofessoren und Primarärzte sind ebenso zahlreiche vertreten wie niedergelassene praktische Ärzte und Jungärzte. Auch die ausgewogene Teilnahme der einzelnen Medizin-Fächer ist durch die überaus große Zahl der Anmeldungen zum Zukunftsprojekt gewährleistet.

Erste Ergebnisse der Arbeit werden noch heuer vorgelegt. (Schluß) red/gg

Aktion „Komm zum Sport" bereits ab Frühjahr

Wien, 23.2. (RK-SPORT) Schon im Frühjahr, mit dem Meisterschaftsspiel des Fußballmeisters Austria Memphis gegen den LASK am 14. März, wird die diesjährige Aktion „Komm zum Sport" gestartet. Sportstadtrat Franz MRKVICKA, auf dessen Initiative in den vergangenen Jahren beträchtliche Mehreinnahmen aus dieser Aktion erzielt werden konnten, erklärte in einem Gespräch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ": „Wir haben uns dazu entschlossen, im Frühjahr zu beginnen, weil große Veranstaltungen wie etwa der Frühlingsmarathon, das Fußball-Länderspiel gegen Spanien und die Eishockey-Weltmeisterschaft in der ersten Hälfte des Jahres zur Durchführung kommen und weil wir erstmals auch zur aktiven Teilnahme aufrufen wollen." Die Aktion läuft erstmals das ganze Jahr über.

Wie schon im vergangenen Jahr wird ein VIP-Paß zum Preis von 150 Schilling für Erwachsene und 50 Schilling für Kinder aufgelegt, der zahlreiche, überaus attraktive Begünstigungen enthalten wird. Neu ist, daß man auch ermäßigt am Stadtmarathon oder an einem der zwei Frühlingsläufe am 5. April teilnehmen kann.

Ohne Zweifel ist der VIP-Paß noch um vieles attraktiver geworden: Zu den 30 Begünstigungen zählen gleich zweimal der kostenlose Besuch eines Meisterschaftsheimspiels der Fußballspitzenvereine Austria, Rapid, Sportclub und Vienna, und zwar je ein Spiel im Frühjahr und eines im Herbst. Weiters wird unter anderem angeboten: 50 Schilling für ein Vorrundenspiel zur Eishockey-WM in der Stadthalle und zur Rad-Bahn-WM im Ferry-Dusika-Stadion. 30 Schilling Ermäßigung zu den Qualifikationsspielen Österreichs gegen Spanien und Rumänien, kostenlos zu einem Herbstspiel des Eishockeyklubs WEV, 40 Schilling Ermäßigung zum CA-Tennis-Cup oder je eine 50prozentige Ermäßigung für einen Renntag in der Freudenau und Krieau sowie eine 50 Schilling-Ermäßigung für die Z-Radnacht am 11. April.

Stark ermäßigt ist erneut der Besuch einer Vorstellung im Raimundtheater oder Volkstheater sowie der Revue „Holiday on Ice" und „ATA" im Jahre 1988 in der Wiener Stadthalle möglich. Zur aktiven Teilnahme ist nicht nur zum Marathon aufgerufen. So besteht die Möglichkeit, kostenlos in einem der Städtischen Hallenbäder oder im Stadionbad schwimmen zu gehen oder um 50 Prozent ermäßigt am Eisring Süd oder in der Donauparkhalle eiszulaufen.

„Aufgrund des Erfolges im vergangenen Jahr war es für uns keine Frage, die Aktion mit den VIP-Pässen fortzusetzen", meinte Sportstadtrat Franz Mrkvicka, der betonte, daß der Reinerlös wieder zur Gänze auf die Wiener Vereine in den verschiedensten Bereichen aufgeteilt wird.

Da sich im Vorjahr die Mitarbeit der Vereine und Verbände schleppend gestaltete, wurden auch hier neue Wege beschritten, die einen großen Erfolg garantieren. „Die sehr schwierige Vertriebsorganisation hat in diesem Jahr die 'Krone' übernommen, wofür ich danke", erklärte Mrkvicka, der aber zugleich darauf hinwies, daß es eine Aktion ist, die ganz Wien betrifft.

Für „Komm zum Sport 1987" stehen wieder Sonderförderungsmittel in der Höhe von 4 Millionen Schilling bereit, wovon die Fußballklubs Austria und Rapid (je 800.000 Schilling) sowie der Sportclub und Vienna (je 500.000 Schilling), die ja ein Meisterschaftsspiel zur Verfügung stellen, den größten Anteil erhalten. Im ersten Paket der Förderungsmaßnahmen miteinbezogen sind unter anderem die Handball-Spitzenklubs WAT Margareten und Union-Westwien sowie der Eishockey-Spitzenklub WEV. (Schluß) hof/gg

Hirnschall fordert bessere Kontrolle der Wohnbaugenossenschaften

Wien, 23.2. (RK-POLITIK) Durch nicht weitergegebene Provisionen, die Wohnbaugenossenschaften heimlich von Bau- und Baustoffirmen sowie Professionisten gewährt worden seien, sollen Mieter und Wohnungseigentümer geschädt worden sein, erklärte der Klubobmann der FPÖ im Wiener Rathaus, Dr. Erwin HIRNSCHALL, im Rahmen einer Pressekonferenz.

Hirnschall bezog sich auf eine Dokumentation in der heutigen Ausgabe eines Nachrichtenmagazins, in der berichtet wird, daß eine Privatfirma für geliefertes Fassadenputzmaterial, das für Wohnbauten einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft bestimmt war, Sonderrabatte an diverse SPÖ-Organisationen überwiesen haben soll. Diese Gelder hätten rechtmäßig den Mietern bzw. Wohnungseigentümern der einzelnen Wohnhausanlagen gutgeschrieben werden müssen, sagte Hirnschall. Hirnschall forderte eine verbesserte Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen sowie eine Selbstanzeige und Schadenswiedergutmachung von Bauvereinigungen, bei denen ähnliche Vorgänge passiert seien. (Schluß) ah/rr

Eine soziale Kommunalpolitik sichert Grundbedürfnisse

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Eine angemessene Wohnung, Arbeit, ausreichende Ernährung, Kleidung und Freizeit zu haben — das sind für die meisten Menschen die wichtigsten Lebensgrundlagen. Der Grad der Sicherung dieser Grundbedürfnisse wird in unserer Gesellschaft durch soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen bestimmt.

Die Wiener Kommunalpolitik sieht eine ihrer Aufgaben darin, diese Grundbedürfnisse der Menschen zu sichern und soziale Ungleichgewichte -- mit all ihren Folgeerscheinungen — etwa durch eine gezielte und aufeinander abgestimmte Arbeitsmarkt-, Wohnungs- oder Sozialpolitik auszugleichen. Erfolgreich war diese Politik, weil neue Aufgabenstellungen stets rechtzeitig erkannt und adäquate Lösungen gesucht wurden, erklärten Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Gestiegene Wohnkosten in Wien

So stellen etwa die in den letzten Jahren gestiegenen Wohnkosten die kommunale Wohn- und Sozialpolitik vor eine neue Aufgabe.

Eine 1985 vom Jugendamt der Stadt Wien in Auftrag gegebene Repräsentativumfrage ergab, daß die Wohnkosten (Miete, Betriebskosten, Strom- und Heizkosten, Rückzahlung von Wohnungskrediten) das Budget eines Wiener Durchschnittshaushaltes mit 22 Prozent belasten; bei sozial Schwachen noch mehr.

Durch eine Fülle politischer und administrativer Maßnahmen im Bereich der Wohn- und Sozialpolitik versucht die Stadt Wien laufend, mögliche Nachteile für sozial schwache Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, sagte Stadtrat Smejkal.

Soziale Wohnungspolitik kostet Geld

Diese soziale Orientierung der Wiener Kommunalpolitik vollzieht sich nicht automatisch, sondern läßt Probleme und Konfliktsituationen entstehen. So ist es den strengen Rechnungsprüfern des Kontrollamtes der Stadt Wien nicht entgangen, daß die städtische Wohnhäuserverwaltung beim „Eintreiben" von Mietzinsrückständen manchmal „ein Auge zudrückt". Zu langes Zuwarten bei Kündigungen, Räumungsklagen und Delogierungen in den Jahren 1982 bis 1985, so der Tätigkeitsbericht 1986 des Kontrollamtes, habe „unterm Strich" den Gesamtmietzinsrückstand bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung nominell mehr als verdoppelt.

Nicht ganz so dramatisch erscheint diese Entwicklung allerdings dann, wenn man die Zahlen in richtige Relationen bringt: Tatsächlich betrug der Mietzinsrückstand 1982 mit 62,95 Millionen Schilling etwa 2,1 Prozent der gesamten Mietzinsvorschreibungen in den über 220.000 Wohnungen und Lokalen (1982: 2,95 Milliarden Schilling). 1985 betrug der Mietzinsrückstand zwar 129 Millionen Schilling, blieb aber mit 3,1 Prozent der Gesamtvorschreibungen (4,12 Milliarden Schilling) vergleichsweise gering, erklärte Stadtrat Edlinger.

Mietzinsrückstände sind oft klein und kurzfristig

Die Zahl der Mietzinsrückstände betrug 1985 18.258 Fälle. Rund 82 Prozent der Rückstände betragen allerdings weniger als 10.000 Schilling. Etwa die Hälfte betroffener Hausbewohner begleicht den Rückstand nach der ersten Mahnung, ein weiteres Viertel bis spätestens nach Einbringen der Räumungsklage durch die Wohnhäuserverwaltung. 1985 kam es nur in 384 Fällen zu einer Delogierung, 1986 in 379 Fällen.

Forts. auf Blatt 377

Forts. von Blatt 376

Frühwarnsystem bei Delogierungsgefahr

In besonderer Rücksichtnahme auf sozial schwächere Bevölkerungsgruppen bei Mietzinsrückständen, Kündigungen oder Delogierungen verstärkt das Jugendamt der Stadt Wien die sozialen Hilfen bei Wohnungsproblemen. Die Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter bieten Beratung und Hilfestellung an, damit gefährdete Familien Mietzinsrückstände begleichen bzw. Ratenvereinbarungen treffen können, betonte Stadtrat Smejkal.

Im Rahmen des mit der Wohnhäuserverwaltung vereinbarten „Frühwarnsystems" werden die Bezirksjugendämter informiert, um rechtzeitig Rat und Hilfe anbieten zu können, wenn durch drohende Räumungsklagen oder Delogierungen Kinder mitbetroffen wären. In diesem Zusammenhang steht auch ein Minus-Rekord des Jugendamtes der Stadt Wien: So mußten 1986 nur 729 Kinder neu in ein Heim oder eine Pflegefamilie aufgenommen werden. Das sind um 169 Kinder oder 19 Prozent weniger als 1985. Auch die Zahl jener Kinder, die aufgrund von Wohnungsproblemen der Familien vom Jugendamt untergebracht werden mußten, sank von 8 Prozent 1985 auf 6 Prozent im Vorjahr.

Rücksicht auf finanzielle Leistungskraft der Gemeindemieter

Auch die Wohnhäuserverwaltung und ihre Beamten sind bestrebt, in größtmöglichem Maß auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeindemieter Rücksicht zu nehmen. Mit der Einbringung gerichtlicher Kündigungen oder von Exekutionsanträgen wird oft bis zum äußersten Zeitpunkt gewartet, um alle Möglichkeiten (Stundung, Ratenzahlung, usw.) zu prüfen und alle notwendigen Vorerhebungen gewissenhaft durchführen zu können. Der Umstand, daß ein Sachbearbeiter dabei für durchschnittlich 5.000 Wohnungen — also praktisch eine Kleinstadt — zuständig ist, erschwert es beträchtlich, allen Aufgaben pünktlichst nachzukommen, erklärte Edlinger.

Administrative Verbesserungen in der Wohnhäuserverwaltung

Das Anwachsen von Mietzinsrückständen — übrigens nicht nur in städtischen Wohnhäusern — ist ohne Zweifel wenig erfreulich. Es werden daher viele Anstrengungen unternommen, um die Rückstände zu verkleinern und abzubauen. Wo dies durch administrative Verbesserungen erfolgen kann, geschieht das auch: Seit Juli 1986 ist im Bereich der städtischen Wohnhäuserverwaltung MA 52 ein automationsgestütztes Rechnungssystem in Funktion, das künftig eine rechtzeitige Zustellung von Mahn- und Kündigungsschreiben ermöglichen wird. Die Mahnschreiben selbst werden klarer formuliert, die rechtlichen Folgen einer Nichtbezahlung deutlicher hervorgestrichen, ohne daß allerdings die bürgerfreundliche Textierung wieder verlorengeht. Bei jenen rund 1.200 von insgesamt 17.400 Wohnbeihilfenbeziehern in städtischen Wohnhäusern, wo es zu Zahlungsverzug kommt, soll künftig die Wohnbeihilfe nicht mehr ausbezahlt, sondern direkt an die Wohnhäuserverwaltung zum Zweck einer entsprechenden Senkung des Mietzinses überwiesen werden, um eine mißbräuchliche Verwendung zu verhindern, betonte Edlinger.

Sozialpädagogische Familienbetreuung projektiert

Durch ein neues Projekt „Sozialpädagogische Familienbetreuung" will das Jugendamt, so Smejkal, ab Herbst 1987 Erfahrungen, die im deutschsprachigen Ausland mit der „Familienhilfe" gemacht wurden, auch in Wien nützen. Ziel des Projektes, bei dem die Betreuer zeitweise mit der betroffenen Familie „leben", ist es, jenen Familien, die durch schwerste soziale Belastungen gefährdet sind, effektive Hilfe anbieten zu können. Eine Hilfe,

Forts. auf Blatt 378

Forts. von Blatt 377

die direkt im Haushalt greift und sich unmittelbar auf Haushaltsführung und -planung, Bewältigung wirtschaftlicher Probleme, Kinderbetreuung sowie allgemeine Beratung und Stützung zur Lebensführung bezieht. Derzeit befindet sich das Projekt mit ersten Modellversuchen im Vorbereitungsstadium.

Solidarische Einstellung der Geselischaft notwendig

Durch die angeführten und weitere in Vorbereitung befindliche Maßnahmen sowie die Erweiterung des Beratungsnetzes sowohl in der Wohnhäuser- wie auch in der Sozialverwaltung sollen auftretende Notstände künftig noch frühzeitiger erkannt und dadurch effektiver bekämpft werden können. Grundvoraussetzung für gezielte Hilfestellungen und eine Realisierung notwendiger Maßnahmen ist das Verständnis aller und eine solidarische Einstellung der Gesellschaft zu sozial Schwachen. Wiens kommunale Wohn- und Sozialpolitik soll dort helfen können, wo Hilfe notwendig und aus humanen Überlegungen gerechtfertigt ist. (Schluß) ah/jel/gg

ÖVP-Wien für Tieflegung der B 1

Busek: Die Wiener ÖVP ist gegen die „harte Stadterneuerung"

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Um auszuschließen, daß die Flötzersteig-Einfahrt wiederauferstehen könne, solle diese Straße aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen werden. Das forderten ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, Zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN und VP-Gemeinderat Dipl.-Ing. REGLER Montag vormittag in einem Pressegespräch, in dem zu den bisher vorliegenden Ergebnissen der Gürtelkommission und zu Fragen der Stadterneuerung Stellung genommen wurde.

Zu den Planungen der Gürtelkommission meinte GR. Regler, es dürfte bereits sicher sein, daß sehr viel Geld für „Nichtergebnisse" ausgegeben worden sei. Er sprach sich für

- eine Tieflegung der Bundesstraße B 1 in das Wienbett aus, was auch von der ÖVP-Hietzing und Penzing gefordert werde und auch die Schönbrunner Straße verkehrsberuhigen könnte.
- Auf dem Südgütel solle eine Tieflegung der Straßenbahntrasse überlegt werden.
- Die Unterführung des Gürtels unter den Europaplatz solle gebaut werden, weil hier mit verhältnismäßig wenig Geld ein großer Effekt erzielt werden könne. Es gäbe dann die Möglichkeit, den Europaplatz fußgänger- und radfahrerfreundlich zu gestalten.
- Auf dem Westgürtel solle bei der Nußdorfer Straße eine Unterführung errichtet werden. Dort, wo die Fahrbahnen zur Mitte gerückt werden können, sollen zuerst Bäume an den Häuserfronten gepflanzt werden, ehe die Bäume in der Mitte gefällt werden.

Grundsätzlich sollten die Planungen der Gürtelkommission in den verschiedenen Varianten den Bürgern und den Bezirken zur Entscheidung vorgelegt werden.

Kritik an Stadterneuerung

Präsident Hahn kritisierte, daß die Arbeit in den acht Stadterneuerungsgebieten stagniere. Er würdigte die ausführliche Beantwortung einer Anfrage durch Stadtrat Rudolf EDLINGER, bezeichnete die Ergebnisse aber als eher deprimierend. Am positivsten sind die 104 Hofbegrünungen, die bereits durchgeführt wurden. Von sieben beschlossenen Park- und Grünanlagen seien jedoch erst vier ausgeführt worden. Es sei bisher noch keine Haussanierung durchgeführt worden, in Realisierung begriffen seien 13; 179 Sanierungen seien beschlossen, aber noch nicht in Angriff genommen. Die ÖVP akzeptiere die verschiedenen Untersuchungsergebnisse, nun müsse in den Stadterneuerungsgebieten mehr geschehen. Präsident Hahn forderte in diesem Zusammenhang auch den Bau von Hochgaragen in den Untersuchungsgebieten. Vizebürgermeister Busek stellte fest, daß für die Wiener ÖVP eine „harte Stadterneuerung" nicht in Frage käme. Er kritisierte, daß den Mietern aus den Erneuerungsgebieten viel zu teure Gemeindewohnungen angeboten würden. Man müßte ihnen billigere Gemeindewohnungen aus der Zwischenkriegszeit zur Verfügung stellen. Außerdem müsse man das Wohnumfeld durch mehr Grün verbessern. Auch Busek sprach sich für den Bau von Hochgaragen aus. (Schluß) sc/rr

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

athauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl. Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
etzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 24. Februar 1987 **Blatt 380**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Verdienstzeichen des Landes Wien (381)

Einbahn Mantlergasse wird „umgedreht" (382)

Edlinger: Für „Sozialbau" Sonderprüfung beantragt (383)

Flughafendirektor Engelberger geht in Pension (384)

Wien im Vorjahr zu 97 Prozent durch Hochquellwasser versorgt (385)

Objektivierung bei der Vergabe von Schulleiterposten (386)

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreichte Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL Montag nachmittag an die Funktionäre des Kriegsopfer- und Behindertenverbandes für Wien, Niederösterreich und Burgenland Helmut GENITHEIM, Stephan MALCZEWSKI, Otto POHANKA und Hofrat Dr. Leonhard RIEMER sowie an Anton HARTIG, Obmann der Landesgruppe Wien, Niederösterreich und Burgenland des Österreichischen Blindenverbandes.

Für seine Verdienste im Bereich der Behindertenbetreuung wurde Franz MOSGÖLLER vom Verband aller Körperbehinderten Österreichs mit dem Silbernen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet. (Schluß) jel/rr

Einbahn Mantlergasse wird „umgedreht"

Schleichweg soll unterbunden werden

Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Die Einbahnführung der Mantlergasse in Hietzing wird „umgedreht": Ab Mittwoch ist die Mantlergasse Einbahn von der Meytensgasse bis zur Hietzinger Hauptstraße. Die neue Regelung wird vorerst probeweise auf drei Monate eingeführt.

Die Verkehrsorganisation wurde auf Wunsch der Bezirksvertretung des 13. Bezirks geändert. Sie soll einen beliebten Schleichweg vom 14. Bezirk in den Süden unterbinden und so zur Verkehrsberuhigung beitragen. In den kommenden drei Monaten wird die Verkehrsentwicklung in diesem Gebiet genau beobachtet werden, um festzustellen, ob die neue Einbahnführung den gewünschten Erfolg hat und nach der Probezeit beibehalten werden soll. (Schluß) sc/gg

Edlinger: Für „Sozialbau" Sonderprüfung beantragt

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Es kann keine Rede davon sein, daß nicht die besten Voraussetzungen für eine umfassende Prüfung von Wohnbaugenossenschaften ermöglicht werden, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ" zu Vorwürfen des Wiener FPÖ-Klubobmannes Dr. Erwin Hirnschall.

Im Fall der Wohnbaugenossenschaft „Sozialbau" wurde sogar eine Sonderprüfung des Revisionsverbandes der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen beantragt. Stadtrat Edlinger bezeichnet es als wenig zielführend und effizient, eine Doppelkontrolle durch den Revisionsverband und das Kontrollamt, das hierzu überdies nicht befugt ist, durchführen zu lassen. Ungeachtet dessen habe er größtes Interesse an einer lückenlosen Aufklärung des Sachverhaltes, betonte Edlinger. (Schluß) ah/gg

Flughafendirektor Engelberger geht in Pension

Öffentliche Ausschreibung für neuen Flughafendirektor

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR erklärte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, nach Vorliegen der Rechtsgutachten der Finanzprokuratur und von Präsident Dr. Walter SCHUPPICH wurde heute vormittag mit dem Wiener Flughafendirektor Dipl.-Ing. Otto ENGELBERGER eine einvernehmliche Lösung seine Dienstverhältnisses vereinbart. Engelberger wird unter sofortiger Außerdienststellung mit 31. März 1987 in Pension gehen.

Das Gutachten der Finanzprokuratur stellte fest, daß das Argument der Geschäftsführung, dem Flughafen sei durch die Vergabe der Gratistickets kein Schaden erwachsen, a priori nicht entkräftet werden konnte. Allerdings sei, so die Finanzprokuratur, ein Vertrauensschwund entstanden. Ähnlich habe sich Schuppich in seinem Gutachten geäußert, meinte Mayr.

Der Posten eines Wiener Flughafendirektors wird nun öffentlich ausgeschrieben. (Schluß) sei/gg

Wien im Vorjahr zu 97 Prozent durch Hochquellwasser versorgt

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Mit der Pfannbauernquelle wird 1988 der Wasserbedarf Wiens in Normalzeiten zu hundert Prozent aus Hochquellwasser gedeckt. Bereits im vergangenen Jahr waren nur drei Prozent „Zuschuß" zum Hochquellwasser nötig, diese drei Prozent lieferte das Grundwasserwerk Lobau. Das Grundwasserwerk Nußdorf dagegen, auf das auch gestern in einem ÖVP-Hearing zur Frage der Wasserversorgung Wiens hingewiesen wurde, ist bereits sei eineinhalb Jahren nicht in Betrieb: Das betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch. In Zusammenhang mit dem Hearing der Wiener ÖVP wies Zilk außerdem darauf hin, daß das Grundwasserwerk Lobau von einer eventuellen Staustufe Wien nicht betroffen ist. Zilk bekräftigte damit auch neuerlich seine Wassergarantie: Die Wiener werden ab dem Winter 1988 in Normalzeiten zu 100 Prozent durch Hochquellwasser versorgt werden. Umweltstadtrat Helmut BRAUN wies ebenfalls darauf hin, daß Wien 1986 zu 97 Prozent mit Hochquellwasser versorgt wurde, und sagte in Zusammenhang mit einer Staustufe Wien, daß ja gerade Wien seit Jahren alles unternehme, um die entsprechenden Daten über die Auswirkungen zu erarbeiten.

Zur Frage der Dotation Lobau erklärte Senatsrat Dipl.-Ing. Gerhard WEBER, Leiter der MA 45, daß das Grundwasserwerk Lobau zu 85 Prozent aus Uferfiltrat und zu 15 Prozent aus dem Grundwasser des Hinterlandes angespeist wird. Die Dotation selbst ist nicht für die Quantität des Wassers im Grundwasserwerk Lobau nötig, sondern bietet die Möglichkeit einer ökologischen Verbesserung, etwa Anhebung des Wasserspiegels bei ausgetrockneten Altarmen. Das Projekt wurde von einem Team, in dem mehrere Ökologen vertreten waren, erarbeitet. Die von den Ökologen für die Lobau gewünschte Wassermenge kann allerdings derzeit nicht zugeführt werden; dafür braucht man einen Speicher, der Sickerwasser bringt. (Schluß) hrs/gg

Objektivierung bei der Vergabe von Schulleiterposten

Zilk und Matzenauer stellen Kriterien-Katalog vor

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtschulratspräsident Abg. zum NR. Hans MATZENAUER stellten heute, Dienstag, eine Reihe zusätzlicher Kriterien für die Besetzung von Leiterposten im Schuldienst vor. Über die in den einschlägigen Dienstrechtsgesetzen festgelegten Bestimmungen hinaus werden im Bereich des Stadtschulrates für Wien für die Auswahl und Reihung der Kandidaten diese Kriterien zur Anwendung kommen, um ein Höchstmaß an Objektivität zu gewährleisten. Diese Vorgangsweise soll garantieren, daß das gesamte Besetzungsverfahren bis zum Vorschlag an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport oder an die Landesregierung unter dem Aspekt nach größerer Transparenz und Objektivität abläuft.

Neben den dienstrechtlichen Grundvoraussetzungen wird ein Katalog von Kriterien für die Beurteilung der besonderen persönlichen Eignung für den betreffenden Dienstposten herangezogen, der unter anderem folgende Punkte umfaßt: fachliche Eignung (Lehrerfortbildung, Lehrerausbildung, zusätzliche einschlägige Qualifikationen, Teilnahme an Projekten der Schulentwicklung, einschlägige Veröffentlichungen, Leistungen in der Erwachsenenbildung usw.), administrative Eignung sowie Eignung zur Menschenführung. (Schluß) red/gg

hef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 25. Februar 1987 **Blatt 387**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Neue Verkehrsampel in der Sechshauser Straße (389)

Stadtgeschichte: „Die evangelische Gemeinde H.B. in Wien" (390)

Neuer Leiter für die MA 70 (391)

Faschingsumzug des Wiener Handels (392)

Edlinger: Vergabe von Gemeindewohnungen nach strengen Richtlinien (393)

Kultur:

Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Landstraße (388)

Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Landstraße

Wien, 25.2. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Landstraße werden am Freitag, dem 27. Februar, zwei neue Sonderausstellungen eröffnet: „Theater und Kino im 3. Bezirk", eine Dokumentation aus den Archivbeständen des Museums, und „Chile — der Weg eines Volkes", eine Schau, in der sich die Exilchilenen Wiens künstlerisch (Malerei, Literatur, Musik) und politisch präsentieren.

Beide Ausstellungen sind bis 3. Mai im Bezirksmuseum zu sehen, das jeweils Sonntag von 10 bis 12 Uhr und Mittwoch von 16 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet ist. (Schluß) gab/gg

Neue Ampel in der Sechshauser Straße

Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Auf der Kreuzung der Sechshauser Straße mit der Reindorfgasse beziehungsweise Kürnbergergasse im 15. Bezirk wurde Mittwoch vormittag eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen.

Die Signalanlage wurde auf dringenden Wunsch der Bezirksvertretung montiert und soll die Verkehrssicherheit auf der stark befahrenen Sechshauser Straße wesentlich erhöhen. (Schluß) sc/rr

Stadtgeschichte: „Die evangelische Gemeinde H.B. in Wien"

Wien, 25.2. (RK-LOKAL/KULTUR) Im Rahmen der „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte", einer Publikationsreihe des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, ist nun Band 16 „Die evangelische Gemeinde H.B. in Wien" von Superintendent Dr. Peter KARNER in Zusammenarbeit mit den Autoren Peter BARTON, Martha GRÜLL, Klaus HEHN, Erwin LIEBERT, Balazs NEMETH, Monika POSCH, Hermann RIPPEL und Karl SCHWARZ im Verlag Franz Deuticke, Wien, erschienen. Der Band ist im Buchhandel zum Preis von 268 Schilling erhältlich.

Mit diesem Buch, das auf Initiative von Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE und Univ.-Doz. Dr. Peter CSENDES vom Wiener Stadt- und Landesarchiv zustandekam, liegt praktisch die erste zusammenfassende Geschichte der Reformierten Gemeinde in Wien vor. Der lutherische (evang. AB) Beitrag zur Wiener Stadtgeschichte war ja bereits relativ gut erforscht. Im Vergleich zu den anderen Konfessionen war die 1782 gegründete Reformierte Gemeinde in Wien zwar immer klein, hatte aber von Anfang an eine unverhältnismäßig große Anzahl von Mitgliedern, die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Besonderes geleistet haben. In dem Band werden einige der prominentesten Mitglieder vorgestellt: Fabrikanten, Industrielle, Bankiers (Johann Heinrich GEYMÜLLER), Wissenschaftler, Techniker, Beamte und Politiker, Maler (Johann Peter KRAFFT), Schriftsteller, Musiker (Alban BERG, Heinz SANDAUER), Schauspieler (Otto TRESSLER, Max BÖHM), Sänger (Alfred PICCAVER). Ein eigener Abschnitt ist der „Protestantin im Hause Habsburg" Henriette von NASSAU, der Gattin von Erzherzog Karl, gewidmet.

Beiträge über den Reformer Zwingli, die Periode der holländischen Gesandtschaftskapelle, die Baugeschichte der Reformierten Stadtkirche in der Dorotheergasse und vor allem die Geschichte der Gründungsjahre der Gemeinde sowie die Zeit von 1934 bis 1945 bieten eine Fülle von Informationen. (Schluß) am/gg

Neuer Leiter für die MA 70

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 70 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) hat einen neuen Leiter: Im Auftrag des Bürgermeisters führte Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION Senatsrat Dr. Manfred KÖ in dieses Amt ein. Dr. Kö folgt Obersenatsrat Dr. Hermann BENES, der in den Ruhestand getreten ist.

Bei der Amtseinführung, der auch Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL beiwohnte, erklärte Stadtrat Friederike SEIDL, daß die MA 70 als Berufungsinstanz bei Verkehrsstrafen unter starkem Arbeitsdruck stehe, von den 500.000 Verfahren, die jährlich von der Polizei durchgeführt werden, müssen rund 15.000 in der Berufungsinstanz behandelt werden, was stets ohne Einflußnahmen übergeordneter Stellen erfolgt.

Magistratsdirektor Dr. BANDION wies darauf hin, daß eine Neuordnung des Verwaltungsstrafverfahrens zur Diskussion stehe. Entsprechend den Intentionen der Bundesregierung, mit den Vorschlägen des Europäischen Gerichtshofs in Straßburg konform zu gehen, müßten unabhängige Verwaltungsstrafsenate geschaffen werden, was unter anderem mit einer beachtlichen Vermehrung von Personal verbunden wäre.

Als Vertreter der Gewerkschaft und der Personalvertretung überbrachte OSR Dr. Franz LEITNER die Glückwünsche an den neuen Leiter und den Dank an den bisherigen Abteilungsleiter. Er betonte die Notwendigkeit einer ständigen Zusammenarbeit von Dienststellenleitung und Personalvertretung, um gemeinsam die anstehenden Probleme zu bewältigen.

Dr. Kö ist seit 22 Jahren in der Abteilung tätig und war 15 Jahre Stellvertreter von Dr. Benes, der die Abteilung seit 1972 leitete und seit 1950 in der Abteilung gearbeitet hat. (Schluß) smo/rr

Faschingsumzug des Wiener Handels

Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Am Faschingssamstag, dem 28. Februar, findet heuer zum fünftenmal der Faschingsumzug des Wiener Handels auf dem Ring statt. Die mehr als 100 teilnehmenden Gruppen, mit rund 120 Fahrzeugen und 2.500 Aktiven, brechen um 13.30 Uhr vom Schwarzenbergplatz in Richtung Rathausplatz auf.

Wegen der Vorbereitungen des Umzuges muß die Ringstraße zwischen Wollzeile und Schwarzenbergplatz bereits ab 12 Uhr für den Individualverkehr gesperrt werden. Ab 13 Uhr wird die Ringstraße dann zwischen Schwarzenbergplatz und Rathausplatz ebenfalls gesperrt. Ab diesem Zeitpunkt kommt es auch zur Einstellung der Straßenbahnlinien „1" und „2" sowie zu Verkürzungen der Linien „D" und „J". (Schluß)

Edlinger: Vergabe von Gemeindewohnungen nach strengen Richtlinien

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Vorbereitungen für eine deutliche Verbesserung bei der Vergabe von Gemeindewohnungen sind bereits sehr weit fortgeschritten, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zu Vorwürfen von ÖVP-Gemeinderat Mag. Robert KAUER, die Objektivierung der Vergabe sei ein vergessenes Problem.

Man werde in dieser Frage, so Edlinger, das nicht tun, was die ÖVP kritisiere, nämlich Ankündigungen zu machen, bevor die Lösung der Frage nicht vollständig vorbereitet und durchführbereit ist. Die Verbesserung der Vergabe von Gemeindewohnungen sei ein zu wichtiges Problem, um sie zum Gegenstand kurzlebiger, tagespolitischer Auseinandersetzung zu machen, unterstrich Stadtrat Edlinger. Zur Frage der unabhängigen Kommissionen erklärte Edlinger, daß es diese bereits in Form der Wohnungskommissionen gebe. Dies seien parlamentarisch besetzte Gremien unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen, die über die Rechtmäßigkeit von Zuweisungen in strittigen Fällen entscheiden. Im übrigen lege er persönlich streng darauf Bedacht, daß die Vergabe von Gemeindewohnungen nach den geltenden Vormerkrichtlinien erfolge, betonte Stadtrat Edlinger. (Schluß) ah/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Streusplitt wird bereits seit zwei Wochen eingekehrt (395/FS: 25.2.)

Sanatorium Döbling wurde eröffnet (396/FS: 25.2.)

Wohnstraße in der Borschkegasse (397)

152.412 Liftfahrten auf der Hohen Wand-Wiese (398)

Mayr: Optimistisch für Wien-Tourismus (400)

Waschen der Straßen erst bei Plusgraden möglich (401)

Fernwärme für 83.000 Wohnungen (402/403)

Ampelanlagen: Staatsanwaltschaft eingeschaltet (404)

ÖVP-Abgeordneter bei Verkehrsunfall tödlich verunglückt (nur FS/25.2.)

Öffentliche Verkehrsmittel beim Faschingsumzug (nur FS)

Sechs Verletzte bei Explosionsunglück in Döbling (nur FS)

Kultur:

Primaballerina Julia Drapal feiert 70. Geburtstag (399)

Streusplitt wird bereits seit zwei Wochen eingekehrt

Bereits zwei Drittel des Splitts wieder eingekehrt

Bereits am 25. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 25.2. (RK-LOKAL) „Ein bißchen spät kommt die Wiener ÖVP drauf, daß Streusplitt eingekehrt werden muß. Die Stadt Wien tut dies nämlich schon seit zwei Wochen. Fast zwei Drittel des Splitts wurden bereits von 800 Mitarbeitern der MA 48 und rund 2.000 vorübergehend aufgenommenen Splittkehrern wieder eingesammelt — eben um die Staubbelästigung möglichst zu verhindern. Die Vorwürfe des Wiener ÖVP-Landesparteisekretärs, die Stadtverwaltung sei lax oder gefährde die Gesundheit der Bürger, sind daher schärfstens zurückzuweisen": Das erklärte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Mittwoch gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ" zu einer Aussendung des ÖVP-Pressedienstes. Braun wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß selbstverständlich, sobald die Witterung dies zuließ — konkret seit der Nacht auf 10. Februar — mit dem Einkehren des Splitts begonnen wurde. Zusätzlich wurde am 19. Februar darauf hingewiesen, daß bei den Straßenpflegedepots Splitteinkehrer zu denselben Bedingungen wie die Schneeräumer aufgenommen werden — eine Maßnahme, die, wie 2.000 Meldungen von Splitteinkehrern zeigen, auch erfolgreich war.

Zur Frage des Streumaterials selbst ist außerdem festzuhalten: Das im Winter zur Streuung verwendete Splittmaterial ist kantig gebrochenes Felsgestein — Kalksteine und/oder Dolomite, vorwiegend aus dem Raum Gumpoldskirchen und Leithagebirge. Der Staub, das heißt der Abrieb des Streumaterials, ruft, wie die Umweltabteilung festgestellt hat, selbst keine Silikose hervor, da er kein Siliziumdioxid (Quarz) enthält. Kalk und Dolomit sind aber auch viel zu weich, um einen Staubabrieb auf Quarzpflastersteinen hervorzurufen. (Schluß) hrs/gg

Sanatorium Döbling wurde eröffnet

Bereits am 25. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Anläßlich der Eröffnung des Sanatoriums Döbling in der Heiligenstädter Straße 63 im 19. Bezirk am Mittwoch verwies Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in seiner Rede auf den positiven Aspekt des Nebeneinanders von öffentlichen und privaten Spitälern im Dienste der speziellen Bedürfnisse der Patienten. Das Privatsanatorium, das unter der Leitung des Gynäkologen Dr. Peter Hernuss steht, beherbergt auch ein Ambulatorium und ein Fertilitätszentrum. (Schluß) du/rr

Wohnstraße in der Borschkegasse

Pausenraum für neue Schule

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Der Sackgassenabschnitt der Borschkegasse beim Allgemeinen Krankenhaus im 9. Bezirk wird nun zu einer Wohnstraße umgebaut. Die 500 Quadratmeter große Fläche vor dem Haupteingang der neuen medizinisch-technischen Schule im AKH soll vor allem als Pausenraum für die Schülerinnen und Schüler dienen.

Der Platz wird mit braunen Betonsteinplatten und Granit-Kleinsteinen gepflastert. Es werden fünf Sitzbänke aufgestellt. Drei neue Bäume sollen im Sommer für Schatten, zwei Kandelaber mit neuen Leuchten für die passende Beleuchtung sorgen.

Die Kosten für den Straßenumbau und die „Möblierung" werden etwa 1,2 Millionen Schilling betragen. Die Arbeiten sollen Ende Mai abgeschlossen werden. (Schluß) sc/rr

152.412 Liftfahrten auf der Hohen Wand-Wiese

Schibetrieb nach 45 Betriebstagen eingestellt

Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Nach 45 Betriebstagen wurde nunmehr der Schibetrieb auf der Hohen Wand-Wiese in Wien-Mauerbach eingestellt. Die Schibegeisterung der Wiener war heuer sehr groß: Insgesamt wurden 152.412 Fahrten auf dem Schlepplift registriert (99.613 Erwachsene und 52.799 Kinder). (Schluß) hof/gg

Primaballerina Julia Drapal feiert 70. Geburtstag

Wien, 26.2. (RK-KULTUR) Julia Drapal wurde am 28. Februar 1917 in Wien geboren. Schon als Kind stand sie auf der Bühne der Wiener Staatsoper, in deren Ballettschule sie im Alter von 6 Jahren eintrat. Vierzehnjährig tanzte sie bereits ein Solo in dem in die Operette „Die Fledermaus" eingelegten Donauwalzer. Daneben absolvierte sie die Mittelschule und war auch als Schauspielschülerin erfolgreich.

In die Staatsoper trat sie 1936 als Vollmitglied des Ballettkorps ein, wurde 1936 Solotänzerin, 1945 erste Solotänzerin und übernahm 1949 die Position der Primaballerina. Nach Else von Strohlendorf und Gusti Pichler war sie also die dritte Primaballerina, die seit dem Bestehen der Staatsoper hier wirkte.

Von ihren zahlreichen tänzerischen Partien seien nur genannt: Die Chinesin in „Puppenfee", die Swanilda in „Coppelia", die Schusterbuben-Polka im „Zigeunerbaron", die Ballerina in „Petruschka", das Äffchen in „Vogelhändler", die verfolgte Seele in „Orpheus in der Unterwelt" und schließlich ihre Meisterrolle als Potiphar in der „Josephslegende" von Richard Strauss. Zahlreiche Solopartien in den Balletteinlagen der Operetten von Strauß und Suppe kamen hinzu.

Julia Drapal ist als Ballettänzerin weit über Österreich hinaus durch ihre Gastspielreisen bekannt geworden. Man sah sie nicht nur bei den Salzburger Festspielen — hier erntete sie 1936 ihren ersten internationalen Erfolg in Debussys „Nachmittag eines Fauns" — sondern auch in der Schweiz, in Frankreich, Schweden, England, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Deutschland.

1958 wurde ihr durch eine Verletzung die Ausübung anstrengender Solotänze unmöglich gemacht, sodaß sie schließlich mit Ende 1958 als Tänzerin in den Ruhestand gehen mußte. Sie verabschiedete sich als schauspielerisch und pantomimisch großartige Potiphar in einer Vorstellung der „Josephslegende".

Für ihre Leistungen wurde sie 1958 mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet, 1977 erhielt sie das Silberne Ehrenzeichen des Landes Wien. (Schluß) red/rr

Mayr: Optimistisch für Wien-Tourismus

Seit November Nächtigungszuwachs von 6 Prozent

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Vorsichtig optimistisch zeigte sich Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch abend in einem Pressegespräch, in dem es über künftige Aktivitäten im Wien-Tourismus ging. Nach dem Nächtigungsrückgang im vergangenen Jahr gab es seit November 1986 wieder eine leichte Aufwärtstendenz: So stiegen die Nächtigungen von November bis Ende Jänner um 6 Prozent, bei insgesamt 823.000 Gästenächtigungen. Erfreuliche Zuwächse verzeichnete man aus Deutschland, Italien, Frankreich, Japan und Spanien, aber auch die österreichischen Wien-Besucher legten mit 7 Prozent zu. Die Hotels der 4- und 5-Stern-Kategorien schnitten mit einem Plus von 9 Prozent überdurchschnittlich gut ab. Die Sommersaison 1987 wird auf jeden Fall besser ausfallen als 1986, das Rekordergebnis von 1985 dürfte allerdings sehr schwer zu erreichen sein, meinte Mayr.

Große Gästebefragung mit Bildschirmcomputer

Wien ist derzeit dabei, in einer groß angelegten Studie seine Rolle im internationalen Städtetourismus und die Chancen Wiens für die Zukunft zu erfassen. Das 2,9-Millionen-Schilling-Projekt wird vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) abgewickelt. Als ein wichtiger Bestandteil des Projekts werden rund 5.500 Wien-Besucher bis zum Sommer mit einem Bildschirmcomputer „auf der Straße" interviewt. Das Interviewprogramm umfaßt 10 Sprachen bis zu japanisch, die Ergebnisse aus der Untersuchung sollen bereits für die im November 1987 geplante Wiener Fremdenverkehrsenquete als Anhaltspunkte dienen.

„Kreative Konzepte" für Wiener Fremdenverkehr

Unter der Leitung von Wolfdieter HUGELMANN wurden seit Oktober 1986 in einem Arbeitskreis „kreative Konzepte" für den Wiener Fremdenverkehr zusammengetragen. Das Ergebnis reicht vom Vorschlag, Christo zum Verpacken des Flakturms im Esterhazypark nach Wien zu bitten, bis zum „Ersten internationalen Drachensteigen" (das in Japan bereits Interesse fand), von den „Vienna Workshops for Personal Development" mit berühmten Seminar-Gurus bis zur „Woche der komischen Musik", einst von Jörg Mauthe erfunden. Die über 40 Vorschläge werden derzeit von Tourismus- und Kulturexperten bewertet. Besonderen Anklang fanden der Vorschlag, in Wien ein eigenes Kindersightseeing einzurichten, und das Projekt, im sommerlichen Schönbrunner Schloßpark barocke Fest zu veranstalten.

Schwerpunkt Fernost-Markt

Der Hoffnungsmarkt Japan — die Nächtigungen aus Japan nahmen von 1981 bis 1986 immerhin um 49 Prozent zu — wird bereits im März durch ein Festival „Japan in Wien" beworben. Vom 19. bis 30. März werden rund 700 japanische KÜnstler in Wien auftreten, die mitreisenden Presse- und Fernsehteams aus Japan gewährleisten ein breitgestreutes Medienecho in Japan. Am 20. März wird in Tokio unter Mitwirkung der Wiener Staatsoper ein Opernball stattfinden, ebenfalls im März werden die Wiener Philharmoniker anläßlich einer Tournee Konzerte in Tokio, Osaka und Nagoya absolvieren. (Schluß) sei/gg

Waschen der Straßen erst bei Plusgraden möglich

Wien, 26.2. (RK-LOKAL) „Die Stadt Wien hat bekanntlich schon vor über zwei Wochen mit dem Einkehren des Streusplitts begonnen, um die Staubbelastung nach der Winterstreuung möglichst zu reduzieren. Diese Maßnahme hat auch bereits entsprechende Erfolge gezeigt. Den feinen Staub können wird damit allerdings nicht wegbringen — hier müssen wir auf eine längere Wärmeperiode warten, um die Waschwagen einsetzen zu können", betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ". Braun wies in diesem Zusammenhang neuerlich darauf hin, daß der Großteil des im Winter gestreuten Splitts bereits wieder von den Straßen entfernt wurde. Die Wasserwagen allerdings können natürlich bei den derzeit herrschenden Minusgraden nicht eingesetzt werden, da es ja sofort zur Glatteisbildung kommen würde. Sollte es keine neuen Schneefälle mehr geben, kann das Waschen der Straßen jedoch bei einsetzender Wärmeperiode beginnen. (Schluß) hrs/gg

Fernwärme für 83.000 Wohnungen

10.000 Anschlüsse pro Jahr

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Im Wirtschaftsjahr 1985/86 (das sich bei den Heizbetrieben vom 1. September bis 31. August erstreckt) haben die HBW um fast sechs Prozent mehr Wärme geliefert als im Vorjahr, nämlich 2.180,5 Gigawattstunden. Insgesamt wurden rund 83.000 Wohnungen im Wiener Raum mit Fernwärme versorgt. Darüber hinaus ist bereits eine Vielzahl von Verwaltungs- und Industrieobjekten angeschlossen. Wie Energiestadtrat Johann HATZL Donnerstag in einem Pressegespräch weiters ankündigte, sollen in den nächsten Jahren durchschnittlich je 10.000 Wohnungen der Anschluß an das Fernwärmenetz angeboten werden. Bei der Pressekonferenz wurden auch Meßwerte des TÜV von der Rauchgasreinigung in der MVA Spittelau vorgelegt, sie unterschreiten die erlaubten Werte deutlich.

Eine Analyse des Bilanzergebnisses zeigt, daß sich die Betriebsleistung um rund 44,5 Millionen Schilling oder 2,9 Prozent erhöht hat, allerdings sind auch die gesamten Betriebsaufwände um 9,5 Prozent auf rund 1,4 Milliarden Schilling gestiegen. Die Ursache dafür liegt vor allem in erhöhten Abschreibungen, Betriebs- sowie Personalaufwendungen begründet, die erstmals ganzjährig für die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig durchgeschlagen haben. Der Energieeinsatz kostete gegenüber dem Vorjahr rund vier Prozent weniger (519,7 Millionen Schilling). Dafür sind vor allem die gesunkenen Primärenergiekosten verantwortlich. Der ausgewiesene Jahresverlust beträgt 69,3 Millionen Schilling gegenüber 52,5 Millionen Schilling im Vorjahr. Der Fremdmittelanteil ist von 60,5 auf 62,8 Prozent des Gesamtkapitals angestiegen. Das ist vor allem auf den hohen Investitionsaufwand, der überwiegend mit Fremdkapital finanziert wird, zurückzuführen.

Vorschau 1986/87: Forcierter Leitungsausbau

Für das laufende Geschäftsjahr 1986/87 wird mit einer Steigerung der Wärmeerzeugung auf etwa 2.550 Gigawattstunden gerechnet. Auf dem Investitionssektor ist vor allem der Bau wichtiger Fernwärmeleitungen signifikant. So ist die Leitung vom AKH über Gürtel und Herbststraße zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig in Bau. Zwei große Abzweigleitungen zum Blockheizwerk Hütteldorf und zur Heizzentrale Siebeneichengasse wurden bereits in Auftrag gegeben. Mit der Fertigstellung dieser Leitungen im Herbst 1987 können sowohl das Blockheizwerk wie auch die Heizzentrale stillgelegt werden.

Im Herbst 1986 wurde bereits mit dem Bau der beiden Fernwärmeleitungen „Süd-West" und „Nord" begonnen. Dadurch wird es möglich sein, die beiden Blockheizwerke Dirmhirngasse und Wiener Flur im Süden sowie Brünner Straße und Trillergasse im Norden stillzulegen. Im Spätherbst 1987 wird ein gasbefeuerter und damit umweltschonender Heißwasserkessel im Gaswerk Leopoldau für die Spitzenabdeckung und Reserveversorgung in Betrieb genommen. Insgesamt wird für Investitionen rund eine Milliarde Schilling im Geschäftsjahr 1986/87 ausgegeben werden.

Seit 1985 ist die Preisentwicklung bei der Primärenergie tendenziell sinkend. Dementsprechend wurden 1986 zwei Preissenkungen vorgenommen. Gegenüber den amtlich genehmigten Preisen ist der Arbeitspreis im sozialen Wohnbau damit bereits um 17,3 Prozent verbilligt, der Wärmepreis für Sonderabnehmer ist um fast 16 Prozent billiger als von der Preisbehörde bewilligt. Aus diesem Grund ist für das laufende Geschäftsjahr nicht mit einer wertmäßigen Steigerung der Umsatzerlöse zu rechnen. Zur Zeit beträgt der Fernwärmetarif im sozialen Wohnbau drei Schilling pro Quadratmeter und Monat (Grundpreis) sowie 354 Schilling pro Megawattstunde (Arbeitspreis) zuzüglich der jeweiligen Umsatzsteuer.

Nachträglicher Zentralheizungseinbau

In den nächsten Jahren wird der nachträgliche Zentralheizungseinbau in Wohnhausanlagen der Stadt Wien stark forciert. So stehen für 1987 rund

Forts. auf Blatt 403

Ampelanlagen: Staatsanwaltschaft eingeschaltet

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat die Weisung erteilt, die Staatsanwaltschaft einzuschalten, ob es bei der Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen zur Errichtung von Ampelanlagen mit Duldung von Beamten verbotene Absprachen von zwei Lieferfirmen gegeben habe. SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA berichtete am Donnerstag in einer Pressekonferenz, daß sich in der Sitzung des Kontrollausschusses vom Vortag dafür Verdachtsmomente ergeben hätten. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vavrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Immissionsschutz: Zilk unterstützt Flemming (414)

Kommunal/Lokal:

Hatzl: Wochenpresse-Bericht strotzt vor Unwahrheiten (406/FS: 26.2.)

Braun: Maier soll der Verfassung entsprechend handeln und Fakten offenlegen (407/FS: 26.2.)

Ausstellungen über Gestaltungsvorschläge für Fertigteilbauten (408)

Drei Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Donaustadt (409)

Energieberatung geht in die Bezirke (410)

Terminvorschau vom 2. bis 13. März (412/413)

Humanes Sterben in einer inhumanen Umwelt (415)

Faschingsumzug zum Kalvarienberg (nur FS)

Schwefelsäureunfall in der Schönbrunner Schloßstraße (nur FS)

Bezirke:

Wahl der Finanz- und Bauausschüsse im 15. Bezirk (411)

Hatzl: Wochenpresse-Bericht strotzt vor Unwahrheiten

Bereits am 26. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, strotzt der von der „Österreichischen Politischen Korrespondenz" ausgesendete „Wochenpresse"-Artikel vor Unwahrheiten. Von einer „Odyssee" des kontaminierten Erdreiches vom Gaudenzdorfer Gürtel könne keine Rede sein. Nach anfänglichen Problemen, die durch den überraschenden Fund des alten Gaswerkes entstanden, wurde für die Entsorgung des Erdreiches je nach Kontaminierungsgrad eine klare und korrekte Vorgangsweise gefunden.

Wie von der „rk" bereits am 17. Februar anläßlich des Abschlusses der Entsorgung berichtet, ging das stark kontaminierte Material ins Ausland, nämlich in die DDR. Dorthin wurden 18.000 Tonnen geliefert. Leicht kontaminiertes Erdreich wurde auf Grund vertraglicher Vereinbarungen und Genehmigungen der zuständigen ungarischen Behörde in der Menge von 69.000 Tonnen in Ungarn entsorgt. Schwach kontaminiertes Material wurde auch auf Deponien in Niederösterreich und Wien gelagert, insgesamt rund 51.000 Tonnen. In Wien wurde das Material für die im Rahmen der Sanierung der Deponie Rautenweg benötigte Zwischenabdeckung verwendet, in Niederösterreich übernahm es mit Bewilligung der Landesregierung die Deponie Bauer in Fischamend.

Völlig falsch ist die Behauptung, daß in Süßenbrunn im 22. Wiener Gemeindebezirk „besonders giftiges" Erdreich gelagert werde, betonte Hatzl. Die VOEST hatte rund 3.000 Tonnen des kontaminierten Materials für chemische Versuche übernommen und diese in ihrer Versuchsanstalt an der Wiener Stadtgrenze, allerdings auf niederösterreichischem Gebiet, durchgeführt. Danach wurde das Erdreich aber dort nicht endgelagert, sondern zur Fortsetzung der Versuche abtransportiert. (Schluß) roh/gg

Braun: Maier soll der Verfassung entsprechend handeln und Fakten offenlegen

Bereits am 26. Februar 1987 über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 26.2. (RK-LOKAL) „Der Wiener ÖVP-Landesparteisekretär Dr. Ferdinand Maier, der ja auch Landtagsabgeordneter und Gemeinderat ist und als solcher einen Eid auf die Verfassung abgelegt hat, in dem er sich verpflichtete, alles im Interesse der Stadt Stehende zu tun, möge diesem Eid entsprechend handeln und die Fakten über angeblich überhöhte Silikatwerte den zuständigen Stellen, sprich der Umweltabteilung, übermitteln", forderte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag nach Anfragen über eine — offensichtlich nicht über das APA-Netz gelaufene — Aussendung des Wiener ÖVP-Landesparteisekretärs. Wie Braun betonte, wird entsprechenden Hinweisen selbstverständlich rasch und unbürokratisch nachgegangen und die Sachlage — in diesem Fall die behaupteten überhöhten Silikatwerte — kontrolliert. Dies sei eine Selbstverständlichkeit der Bevölkerung gegenüber. Ein politisches Manöver möge man jedoch nicht daraus machen.

Braun wies in diesem Zusammenhang neuerlich darauf hin, daß der von der Stadt Wien verwendete Streusplitt kein Siliziumdioxid (Quarz) enthalte und durch seine Weichheit auch keinen entsprechenden Abrieb bei Quarzpflastersteinen hervorruft. Die Umweltabteilung stellt dazu fest, daß es allenfalls in der Nähe bestimmter Fabriken, die mit entsprechendem Material arbeiten, zu Silikatbelastung kommen könnte. (Schluß) hrs/gg

Ausstellungen über Gestaltungsvorschläge für Fertigteilbauten

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Vorschläge zur gestalterischen Verbesserung von Großwohnsiedlungen der 60er Jahre waren der Gegenstand eines Architektenwettbewerbes, der auf Initiative von Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN im vergangenen Jahr von der Stadt Wien ausgeschrieben worden war. Auslösendes Moment dafür war das bereits angelaufene Programm zur Verbesserung der Wärmedämmung dieser Fertigteilbauten („Einmantelung"). Die gestellte Aufgabe war, Vorschläge zu machen, wie diese baulichen Maßnahmen gleichzeitig zu gestalterischen Verbesserungen genützt werden könnten. Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden nun ab kommenden Montag, dem 2. März, bis zum 13. März in zwei Ausstellungen in der Nähe jener Wohnhausanlagen gezeigt, mit denen sich die Wettbewerbsteilnehmer auseinandergesetzt hatten:

- Wien 21, Haus der Begegnung Großfeldsiedlung, Kürschnergasse 9 (Wohnhausanlagen Großfeldsiedlung und Autokaderstraße)
- Wien 22, Aula der Schule Klenaugasse 12 (Wohnhausanlage Eipeldauerstraße/Saikogasse).

Die Ausstellungen sind jeweils Montag bis Freitag von 14 bis 19 Uhr geöffnet. Die offizielle Eröffnung wird Wohnbaustadtdrat Rudolf EDLINGER am Montag, dem 2. März, um 14 Uhr (HdB Großfeldsiedlung) beziehungsweise um 15.30 Uhr (Schule Klenaugasse) vornehmen. Edlinger: „Ich lade alle Bewohner von Bauten jener Epoche ein, sich die Ausstellungen und die Architektenvorschläge anzusehen und sich selbst eine Meinung zu bilden; denn was wir auf keinen Fall wollen, ist eine Zwangsbeglückung gegen den Willen der Mieter." (Schluß) ger/gg

Drei Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Donaustadt

Wien, 27.2. (RK-LOKAL/KULTUR) Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL eröffnet am kommenden Sonntag, dem 1. März, um 10 Uhr, drei Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Donaustadt am Kagraner Platz 53. Die Themen der Ausstellungen: „Haarmonie", zeigt das Friseurgewerbe gestern und heute; „Aus gutem Holz geschnitzt" präsentiert den Hobbyschnitzer und Gitarristen Peter PETERS und „Ein Buch — Dein Freund" stellt alte und neue Bücher über die Donaustadt vor. Die Ausstellung dauert bis zum 29. April und ist an Sonn- und Feiertagen von 9.30 bis 11.30 Uhr sowie jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr geöffnet. (Schluß) fk/rr

Energieberatung geht in die Bezirke

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Durch den Einsatz der richtigen Heizungsart für die jeweilige Wohnung kann mehr an Energie und damit an Geld gespart werden, als man gemeinhin glaubt. Die Wiener Stadtwerke wollen ihren Kunden beim Sparen helfen. Um Interessenten aus den Außenbezirken den langen Weg in die ständige Energieberatungsstelle in der Spitalgasse 5-9 (Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke — E-Werke) zu ersparen, werden jetzt „Außenstellen" der Energieberatung in Filialen der „Z" eingerichtet. Die erste dieser Außenstellen wird am kommenden Montag, dem 2. März, in der „Z"-Filiale Am Spitz 11 in Floridsdorf eröffnet. Sie wird bis zum 13. März zur Verfügung stehen.

In der zentralen Energieberatung wurden innerhalb von rund eineinhalb Jahren schon mehr als 10.000 Kunden beraten; man sieht also, daß das Interesse groß ist. Jetzt ist die richtige Zeit, um sich Gedanken für die nächste Heizperiode zu machen. Die Beratung bezieht sich vor allem auf Möglichkeiten der Beheizung und Warmwasserbereitung, Auslegung der Heizung, Wirtschaftlichkeit von Verbesserungsmaßnahmen, Finanzierung — in vielen Fällen gibt es für Energiesparmaßnahmen Förderungsmittel — sowie im allgemeinen auf sinnvolle Energieanwendung in jedem Bereich. (Schluß) roh/gg

Wahl der Finanz- und Bauausschüsse im 15. Bezirk

Wien, 27.2. (RK-BEZIRKE) Im Zuge der Dezentralisierung werden eine Reihe von Entscheidungsrechten an die Bezirke abgetreten. Dazu zählen auch bestimmte Budget- und Baukompetenzen. Zu diesem Zweck werden auch in den Bezirken Finanz- und Bauausschüsse eingerichtet. In Rudolfsheim-Fünfhaus wird die Wahl dieser Ausschüsse in der Bezirksvertretungssitzung am 5. März um 16 Uhr vorgenommen. Weitere Punkte der Tagesordnung: Beschlußfassung über die mit Projektlisten der MA 42, 46 und 56 ausgewiesenen Vorhaben für das Jahr 1987 sowie ein Bericht des Bezirksvorstehers. (Schluß) end/rr

Terminvorschau vom 2. bis 13. März

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 2. bis 13. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ" vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 2. MÄRZ:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener SPÖ (SPÖ-Klub)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an ao. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Felix CZEIKE und Hofrat Mag. Dr. Franz PATZER (Wappensaal, Rathaus)

10.30 Uhr, Eröffnung Energieberatungs-Außenstelle durch StR. Hatzl (Z-Filiale, 21, Am Spitz 11)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.30 Uhr, Ehrenmedaillen-Überreichung durch Bgm. Zilk an Kammersänger Hans BEIRER (Arbeitszimmer Bgm.)

DIENSTAG, 3. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Überreichung der Kainz-Medaillen der Stadt Wien 1986 durch StR. Mrkvicka an Karlheinz HACKL, Susanne LOTHAR, Prof. Fritz ZECHA und Matthias KRALJ, Förderungspreise zur Josef-Kainz-Medaille: Otto CLEMENS, Oda THORMEYER, Meret BARZ und Mag. Thomas KIERLINGER (Wappensaal, Rathaus)

15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Ministerialrat Mag. Josef RADLEGGER, Oberstudienrat Hofrat Dr. Fritz WOLFRAM und Liselotte KLAMMER (Steinerner Saal I, Rathaus)

MITTWOCH, 4. MÄRZ:

9.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an S. E. ao. und bev. Botschafter von Japan, Ryohei Murata, (Roter Salon, Rathaus)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka „Literatur im März" (Secession, 1, Friedrichstraße 12)

DONNERSTAG, 5. MÄRZ:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Smejkal „Pensionistenheime" (PID)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 6. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Direktor Dr. Leopold GRUBER, Vorstandsdirektor Dkfm. Gerhard SCHREYVOGL, Gerd BILLERBECK und Ing. Erich KLEIN (Steinerner Saal I, Rathaus)

VORAUSSICHTLICHER TERMIN:
10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hofmann, Jury „Donauraum Wien" (Messepalast)

MONTAG, 9. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

14.00 Uhr, Überreichung von Einsatzmedaillen durch StR. Stacher (Wappensaal, Rathaus)

Forts. auf Blatt 413

Forts. von Blatt 412

DIENSTAG, 10. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Direktor i.R. Kurt PORDES, Geschäftsführender Vizepräsident der Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich (Arbeitszimmer, Bgm.)

MITTWOCH, 11. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Ewald KARPF, Geschäftsführer des Österreichischen Mieter-, Siedler- und Wohnungseigentümerbundes (Arbeitszimmer, StR. Edlinger)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hofmann (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dr. Walter SKALA (Arbeitszimmer, Bgm.)

18.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka „Viennale"

DONNERSTAG, 12. MÄRZ:

Vorläufig keine Termine

FREITAG, 13. MÄRZ:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

(Schluß) red/gg

Immissionsschutz: Zilk unterstützt Flemming

Wien hält sich bereits an strenge Grenzwerte der Akademie

Wien, 27.2. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK bekundete heute, Freitag, in einem Antwortschreiben an Umweltminister Dr. Marilies FLEMMING seine Bereitschaft, beim Immissionsschutz in der nächsten Landeshauptleutekonferenz für die von der Akademie der Wissenschaften festgelegten Grenzwerte einzutreten. Während sich der Entwurf zur Immissionsschutzvereinbarung zwischen Bund und Ländern an den deutschen Normen (Smogalarm Stufe 1 bei 0,6 mg SO_2/m^3, Stufe 2 bis 1,1 mg) orientiert, hält sich Wien an die wesentlich strengeren Grenzwerte der österreichischen Akademie der Wissenschaften (Stufe 1 bei 0,4 mg, bei 0,6 mg bereits Stufe 2).

Nur durch die Anerkennung der relativ niederen Akademie-Grenzwerte sei es bei Smoggefahr seriöserweise möglich, rechtzeitig jene Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die einen gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung gewährleisten, betonte Zilk. Er verwies in diesem Zusammenhang auf jene Wiener Studie, der zufolge 0,4 mg SO_2/pro m^3 bei älteren Menschen bereits mit einer erhöhten Mortalitätsrate zu rechnen sei. „Angesichts dieser äußerst strengen, aus politischer Verantwortung selbst auferlegten Wiener Grenzwerte ist es doppelt erfreulich, daß im Gegensatz zu anderen Großstädten in Wien bisher noch kein Smogalarm gegeben werden mußte", schloß Zilk.

Minister Flemming hatte sich in einem Schreiben an die Landeshauptleute „bestürzt über die hohen Grenzwerte im Rahmen der Immissionsschutzvereinbarungen der Länder" gezeigt und die Grenzwerte der Akademie der Wissenschaften als „die einzig richtungsweisenden" bezeichnet. (Schluß) red/gg

Humanes Sterben in einer inhumanen Umwelt

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS berichtete am Freitag in einer Pressekonferenz über eine Enquete an der Politischen Akademie der ÖVP zum Thema „Humanes Sterben in einer inhumanen Welt". Zwar hätten mehr als 90 Prozent den Wunsch, zuhause sterben zu können, aber nur bei zehn Prozent aller Bürger sei dieser Wunsch erfüllbar. In Westeuropa haben sich bereits zahlreiche Selbsthilfegruppen mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Stadtrat Hampel-Fuchs regte an, sogenannte Palliativ-Stationen zu errrichten, in denen unheilbar Kranken eine Linderung ihres Zustandes ermöglicht werden kann. Auch der Einsatz freiwilliger und gut ausgebildeter Mitarbeiter könnte forciert werden. „Sterben darf kein Tabu-Thema in unserer Gesellschaft sein", meinte StR. Hampel-Fuchs. (Schluß) fk/gg

60984 81800